

Kommentar von **Lotte Laloire** zur
Rückkehr zum Zivildienst

Hinterlistiger Schritt zum Kriegsdienst

Der Vorschlag der Bundesregierung, den Zivildienst wieder einzuführen, ist komplett abzulehnen. Wer noch vor der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 Ersatzdienst geleistet hat, erinnert sich oft gern zurück: durchfeierte Nächte und viel Schabernack. Was Zivis auch trieben, rausschmeißen konnte man sie nicht, erinnert sich ein Ex-Zivi im Gespräch mit der taz nostalgisch. Es war schließlich ein Pflichtdienst.

Während die einen in Altenheimen und andere in Krankenhäusern tätig waren, wurde dieser Mann in einer Tagesstätte für Kinder mit Behinderung eingesetzt. Dort beaufsichtigte er unter anderem einen 6-jährigen Autisten, was den damals 18-jährigen erklärtermaßen deutlich überforderte. Doch die ausgebildeten Hauptamtlichen, die unter permanentem Personalmangel litten, hätten die besonders anstrengenden Kinder gern den Zivis aufgedrückt. Aber er habe viel gelernt, betont er. Nicht nur, dass man irgendwann aufhören müsse zu saufen, um morgens wieder fit zu sein. Auch habe er Menschen getroffen, mit denen er sonst kaum in Berührung gekommen wäre – also nicht nur die behinderten Kinder, sondern auch seine Zivikollegen, die anders als er von der Hauptschule kamen.

Klingt das alles nicht super? Junge Menschen tun etwas Soziales fürs Land – diese Idee dürfte vielen gefallen, von rechts bis links. Zivildienst heißt, dass auch *rich kids* mal Scheißjobs machen müssen. Männer schauen über den Tellerrand, sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, und leisten – teilweise das einzige Mal in ihrem Leben – richtig Care-Arbeit. Auch aus feministischer Sicht sollten wir die Pläne zur Wiedereinführung des Zivildiensts also begrüßen, oder nicht?

Nein. Denn all die positiven Effekte ließen sich auch anders erreichen. Manche fordern ein verpflichtendes soziales oder ökologisches Jahr. Eine andere Option wäre, dass Männer ein Care-Arbeitsjahr leisten, als gesellschaftlichen Ausgleich dafür, dass (viele) Frauen Kinder austragen und großziehen. Oder – es mag in diesen Zeiten fast verrückt klingen – der Staat bezahlt genug ausgebildete Menschen für die Arbeit in diesen Pflegebereichen. Es gibt viele Möglichkeiten.

Nicht zu unterstützen ist jedoch der untrennbar mit dem Wehrdienst verbundene Zivildienst. Diesen jetzt, im Sommerloch, zu fordern, ist ein hinterlistiger Versuch der Bundesregierung, Akzeptanz für die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu schaffen. Also für das staatlich organisierte Verheizen vieler junger Männer im Interesse einiger weniger alter Männer.

VERBOTEN

Guten Tag,
meine Damen und Herren!

Drogen sind *verboten*, *verboten* ist logischerweise drogenaffin. Unser Expertentipp zu den Spekulationen, welches synthetische Betäubungsmittel CDU-Mann Thomas Bareiß bei seinem Autounfall vor 3 Wochen intus hatte? Amphetamine? Crystal? Crack? Na ja, Stichwort 60-Stunden-Woche: Wahrscheinlich wollte er nur die Parteilinie durchziehen als Mitglied der ...

... Crystaldemokratischen Union.

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13

Datenmine Afrika

Wie die USA, China und Russland um digitale Informationen im globalen Süden konkurrieren

4-5



Datenverkehr: Überwachungskameras an einer Kreuzung in Kampala, Uganda Foto: James Akena/reuters

Angst vor der Brandmauer

Wie gut ist Deutschland auf die Waldbrandsaison vorbereitet?

3



Foto: Taktuell.de/mago

Drohnenalarm

Flugobjekt mit Sprengvorrichtung am Leipziger Flughafen

2

Schummeln wie ein Mensch

Wieder hat eine KI einen digitalen Angriff gestartet. Und jetzt?

13

Tour de Schweiz auf der Tour de France

Die Schweizer Radsportlerin Marlen Reusser gewinnt erste Etappe

19





*Auch mal im
Mittelpunkt:
Der Mond hat
Besuch bekommen*

Am Mittwochmorgen mitteleuropäischer Zeit bekam der Mond ziemlich wahrscheinlich Besuch. Der Gast wog 3,9 Tonnen, war 12 Meter lang und kam mit 8.700 Kilometern pro Stunde: die ausgediente Oberstufe einer Rakete von Elon Musks Weltraumfirma SpaceX.

Im Januar 2025 hatte SpaceX zwei kommerzielle Landefähren auf den Weg gebracht. Danach trieb sie anderthalb Jahre auf einer mondkreuzenden Umlaufbahn um die Erde. Eingeschlagen sein soll sie nun in der zerklüfteten Gegend zwischen den Kratern Einstein und Bell, am Westrand des sichtbaren Mondes. Die Bestätigung durch eine Sonde wird in den nächsten Stunden bis Tagen erwartet, gilt unter Experten aber als Formalität.

Der Mond ist ein Ort, an dem nichts verschwindet. Kein Wind, kein Wasser, keine Atmosphäre, die einen fallenden Körper abbremsen oder später abtragen könnte. Was hier ankommt, bleibt liegen.

Und liegen tut dort schon so einiges: Landestufen, Rover, Messgeräte, Kameras, Werkzeug, Handtücher, Nagelscheren, zwei Golfbälle. Dazu 96 Säcke mit Fäkalien, Urin und Erbrochenem, abgeworfen von den zwölf Apollo-Astronauten zwischen 1969 und 1972, um Gewicht für Mondgestein zu sparen. Auf einem der ersten Bilder, die Neil Armstrong nach der Landung machte, ist so ein Beutel zu sehen. Eingesammelt wurde der Müll bislang nicht.

Im Raum dazwischen sieht es nicht besser aus. Die Europäische Weltraumagentur (ESA) zählt über 54.000 Schrottteile, die größer sind als zehn Zentimeter, und schätzt die Zahl der Teile unter einem Zentimeter auf mehr als 140 Millionen. International verbindliche Regeln gibt es dafür nicht, nur nationales Recht und Empfehlungen: etwa, dass ein ausgedienter Satellit nach 25 beziehungsweise 5 Jahren verglühen oder auf eine Friedhofsbahn ausweichen soll.

Zugleich wird der Mond gerade zur Zielscheibe territorialer Aneignung. Im April dieses Jahres flogen erstmals seit 1972 wieder Menschen um ihn herum, US-amerikanische Astronauten und chinesische Taikonauten wollen an seinem Südpol landen und dort eine permanente Basis errichten. Die Nasa lässt sie von Privatfirmen bauen und hat vor, einen Atomreaktor dorthin zu stellen. Auch Pläne für ein Mondhotel gibt es schon, ein US-amerikanisches Start-up nimmt dafür Anzahlungen entgegen.

Das Weltraumrecht geht mit der Kommerzialisierung des Mondes Hand in Hand. Ein US-geführtes internationales Abkommen spricht von „Sicherheitszonen“ auf dem Mond, ein US-Gesetz von 2015 erlaubt Unternehmen den Besitz im All geförderter Rohstoffe, und der Wirtschaftsbericht des Präsidenten von 2021 macht es zur Staatsaufgabe, Eigentum im All zu schaffen und so für Kapital verfügbar zu machen. Man will sich zuerst auf dem Mond festsetzen, bevor die Konkurrenz da ist.

So entsteht auf dem Mond, was auf der Erde längst existiert: eine Landkarte aus Ansprüchen und daneben, unsortiert, der Abfall, den diese Ausweitung menschlichen Territoriums produziert. Überall, wo Menschen hingehen, lassen sie ihren Müll zurück.

Zum aktuellen Fall teilte SpaceX mit, man habe sich bei der Entsorgung der Stufe an die geltenden Regeln gehalten. Das stimmt vermutlich. Die US-Luftfahrtbehörde hatte 2023 fünf zulässige Wege vorgeschlagen, ausgediente Oberstufen loszuwerden, darunter das Einschwenken auf eine Bahn um die Sonne. Der Treibstoff dafür hätte beim Start Nutzlast gekostet, also Geld. Ihn wegzulassen, kostete nichts.

Enno Schöningh

Foto: Anwar Hazarika/Inago

Teil einer gezielten Sabotageaktion?

Über zwei Stunden ist der Flughafen in Leipzig gesperrt. Die sächsische Behörde für Extremismus und Terror ermittelt mit der Generalstaatsanwaltschaft Dresden

Von **Adam Schwedhelm**

Ein Mitarbeiter des Leipziger Flughafens hat dort am frühen Mittwochmorgen eine Drohne mit einer Sprengvorrichtung entdeckt. Wie die Generalstaatsanwaltschaft Dresden auf Anfrage der taz mitteilte, wurde der Zünder des Geräts von Polizeibeamten entschärft. Menschen wurden bei dem Vorfall keine verletzt. Für Fragen sorgt unterdessen, dass ein Frachtflugzeug, das auf der Landebahn des Leipziger Flughafens nicht landen konnte, nach einem Durchstartmanöver in der Luft mit einem bislang unbekannten Objekt zusammenstieß – ob es sich hierbei auch um eine Drohne handelte, war zunächst unklar.

Das Flugzeug landete nach seiner Umleitung auf dem Flughafen Hannover, dort konnten nach Behördenangaben leichte Beschädigungen an der Maschine festgestellt werden. Laut dem Innenministerium in Berlin war der Flughafen Leipzig/Halle ab etwa 2 Uhr nachts für zwei Stunden gesperrt. Inzwischen läuft der Betrieb dort wieder.

Spurensuche statt Flugbetrieb: Ermittler arbeiten am Flughafen Leipzig/Halle
Foto: Axel Schmidt/reuters

Die Hintergründe des Vorfalls waren zunächst nicht bekannt. Die Zentralstelle Extremismus Sachsen (Zesa) der Generalstaatsanwaltschaft Dresden sowie das entsprechende Landeskriminalamt und das polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) führen die Ermittlungen.

„Ganz generell sehen wir, dass Russland jeden Tag hybrid versucht Einfluss zu nehmen.“

Sprecher des Auswärtigen Amts

Die entschärfte Drohne konnte zunächst nicht zugeordnet werden, hieß es. Ob sie aus dem Ausland stamme, sei Gegenstand der Ermittlungen. Die Bundeswehr war an der Sprengung nicht beteiligt, teilte das Verteidigungsministerium mit. Aus dem Verkehrsministerium hieß es, die Einschränkung des Luftverkehrs sei auf ein Minimum reduziert worden.

Als es im vergangenes Jahr ähnliche Vorfälle gab, etwa in

München, wollte das BMI die Flughafenbetreiber mehr in die Verantwortung nehmen. Diese sind aber bisher nicht zur Drohnenabwehr berechtigt. Am Leipziger Flughafen verfügt auch die Bundespolizei nach Angaben aus dem Innenministerium bislang über keine eigenen Mittel zur Drohnenabwehr.

Ob der Vorfall mit der Drohne Teil einer gezielten Sabotageaktion war, ist bislang offen. Sicherheitsbehörden sehen Deutschland jedoch seit Längerem hybriden Bedrohungen ausgesetzt. Unweit des Flughafens explodierte bereits 2024 ein Paket im DHL-Logistikzentrum. Die Explosion wurde einer Serie aggressiver Ausspäh- und Sabotageaktionen zugerechnet, die deutsche Sicherheitsbehörden Russland zuschreiben.

Sorgen bereiten den Behörden im Kontext der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland gesteigerte Aktivitäten, die vor allem auf Desinformation abzielen. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen haben Akteure mit Bezug zu Russland ihre Kampagnen hier erheblich verstärkt.

Die Aktivitäten zielten darauf ab, Parteien zu diskreditieren und das politische Klima weiter zu polarisieren, hieß es schon am Dienstag aus Kreisen der Behörden.

Dabei würden soziale Netzwerke genutzt und auch gezielt auf kommunaler Ebene versucht, Einfluss zu nehmen. So würden gezielt Videos gepostet, die etwa über Logos den Eindruck erwecken sollten, sie kämen von renommierten Medien wie der BBC oder der ARD. Dabei sollten lokale Politiker mit Vorwürfen der Veruntreuung von Geld etwa für ein Tierheim bis hin zu sexuellen Belästigungen und Missbrauch diskreditiert werden.

„Ganz generell sehen wir, dass Russland jeden Tag hybrid versucht Einfluss zu nehmen“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amts am Mittwoch mit Bezug auf die gefälschten Videos. Regierungssprecher Sebastian Hille (CSU) sagte dazu, dass hybride Bedrohungen durch Social Media zunähmen. In einem „Appell an uns alle“ befand er, das wirksamste Mittel dagegen sei eine kritische und in Medienkompetenz geschulte Bevölkerung.



taz  lage

Umverteilung gegen rechts

Eine offene Gesellschaft braucht engagierte Menschen und Orte, an denen sie sich begegnen und organisieren können. Doch der Druck auf genau diese Freiräume steigt seit einiger Zeit: Gewalttätige Angriffe auf alternative Zentren nehmen immer mehr zu, gleichzeitig werden Fördergelder im Kulturbereich gestrichen, finanzielle Engpässe werden zur Existenzfrage. Gerade jetzt müssen wir diejenigen stärken, die sich für

eine starke Zivilgesellschaft einsetzen. Die taz kooperiert daher mit „Alles beginnt im Zentrum“. Bis zum 30. September fließen 50 Prozent aller Einnahmen aus Anmeldungen bei *taz zahl ich*, also regelmäßige Geldgänge, an die Kampagne, die linke, selbstverwaltete Orte unterstützt und sich für den Erhalt von Freiräumen einsetzt. Alle Einmalzahlungen sind davon also ausgeschlossen.

„Alles beginnt im Zentrum“ ist eine Spendenkampagne der gemeinnützigen MONOM Stiftung, die linke Kultur-, Jugend- und Begegnungsorte finanziell unterstützt. Mit einem solidarischen Fonds erhalten soziokulturelle Zentren bei rechten Angriffen, politischem Druck oder gestrichenen Fördergeldern schnell Unterstützung. Die MONOM Stiftung fördert, stärkt und berät Initiativen, die sich gegen bestehende Diskriminierungen – wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus – oder für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus engagieren. Die taz schreibt, redet und diskutiert für Pluralismus und eine freie, offene Gesellschaft. Ihr Beitrag zu *taz zahl ich* wirkt also doppelt: Sie erhalten unsere unabhängige Berichterstattung und stärken zugleich die Zivilgesellschaft vor Ort. Gemeinsam Freiräume erhalten: taz.de/abiz

(taz)



„Der Mythos vom Brandstifter hält sich hartnäckig“

Die Brände in Südeuropa zeigen, was auch Deutschland droht. Feuerökologe Alexander Held erklärt, warum wir lernen müssen, mit Feuer zu leben, statt es nur zu bekämpfen

Der Großbrand auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog in Brandenburg Anfang Mai zeigt, dass Waldbrände längst kein Problem Südeuropas mehr sind
Foto: imago

Interview **Sean-Elias Ansa**

taz: In Europa wüten unzählige Brände. Stimmt der Eindruck, dass diese besonders früh im Jahr ausgebrochen sind und besonders heftig verlaufen?

Alexander Held: Absolut. Die Statistik der letzten 20 Jahre zeigt, dass wir gar nicht häufiger Feuer haben. Aber wir haben größere, intensivere, katastrophalere Brände mit vielen Todesopfern. Im Mittelmeerraum beginnt die „Fire Season“ üblicherweise im August. Doch jetzt, am 5. August, ist schon mehr Fläche verbrannt als im gesamten Vorjahr.

taz: In den Nachrichten heißt es oft, ein Feuer sei „außer Kontrolle“. Was heißt das eigentlich? Wie wird „Kontrolle“ hier definiert?

Held: Kontrollschwellen werden über Energiemengen definiert. Wenn wir vor einem Feuer stehen, das dreieinhalb bis vier Meter Flammenlänge hat, das entspricht zwei VW-Bussen, dann kommen wir nicht mehr nah genug dran. Das Wasser verdunstet, bevor es das Feuer erreicht. Dann ist ein Feuer außer Kontrolle. Erst wenn sich Bedingungen wie Topografie, Brennmaterial oder Wetter ändern und wir Flammen unter dreieinhalb Metern haben, können wir Feuer direkt löschen.

taz: Wie lange dauert es, bis der Wald sich nach einem Feuer regeneriert?

Held: Manche Feuer sind wie ein Rasenmäher. Sie brennen nur oberflächliche Vegetation ab. Dann dauert die Weiterentwicklung nicht lange. Wenn aber die Bodenlebewesen, wie Pilze und andere Mikroorganismen, verbrannt sind, kann die Regeneration fünf, sechs, sieben Jahre dauern.

taz: Der überwiegende Teil der Brände ist menschengemacht. Kommt das davon, dass Leute Zigaretten wegschmeißen oder Lagerfeuer machen? Sind es Zünd-

ler? Oder gibt es das Phänomen mit Glas, an dem sich das Licht bricht, tatsächlich?

Held: Der Mythos vom Brandstifter hält sich hartnäckig. Es ist ein Gerücht aus den Zeiten, als Brachland durch Entfernen der Vegetation zu Bauland werden konnte. Das war aber eher in den 80er Jahren der Fall. Zum Glas: Nur über eine Lupe – mit einem Brennglas – könnte man einen Brand auslösen. Nicht mit normalem Glas.

taz: In Frankreich nahmen die Behörden 162 Menschen fest, die sie verdächtigen, Brände gelegt zu haben. Wie erklären Sie sich das?

Held: Die Verhaftung von über 160 Menschen entspringt einem

sehr menschlichen Bedürfnis, Schuldige zu finden. Die Feuer werden immer noch als externer Unfall betrachtet. Wenn wir endlich verstehen, dass das Feuer eine so normale, regelmäßige Störung ist wie der Borkenkäfer, dann wird das nachlassen. Ich kann nicht ausschließen, dass es den einen oder anderen Brandstifter gibt. Aber in allen Fällen, die uns bekannt sind, war es eher Unachtsamkeit, Fahrlässigkeit.

Wir haben deshalb einen Running Gag. Die drei Hauptursachen für Brände sind: Männer, Frauen und Kinder. Trotzdem müssen wir natürlich Zündquellen noch besser verstehen und reduzieren. In Australien und Amerika gibt es eine Dis-

ziplin, um die Brände forensisch zu untersuchen. Da muss man Kurse belegen und sich qualifizieren. Bei uns ist dieser Bereich noch unterentwickelt.

taz: Apropos Deutschland: Auch hier hat es in den letzten Wochen bereits gebrannt. Wie gefährlich ist die Lage?

Held: Die Wetterbedingungen deuten auf eine hohe bis sehr hohe Gefahr hin. Die hydrologische Situation – also die Wasserverfügbarkeit in den Böden – ist katastrophal. Dementsprechend gibt es viel Brennmaterial. Übrigens auch mehr als in Spanien. Wir müssen sehr, sehr vorsichtig sein die nächsten Tage. In Deutschland reichen kleinere Brände, um großen Schaden anzurichten. Ein kleiner Brand in Beelitz bei Berlin hatte die A9 und die A10 stundenlang lahmgelegt. Brände auch in Gasleitungen, Stromleitungen bedeuten schnell einen – auch volkswirtschaftlichen – Schaden. Zumindest kommt die freiwillige Feuerwehr im europäischen Vergleich über gute Waldwege relativ schnell an die Feuer.

taz: Wie gut sind wir hier gewappnet?

Held: Wir haben drei Systeme der Frühwarnung: den Deutschen Wetterdienst mit seinem wetterbasierten Waldbrandgefahrenindex und den Grasland-Feuerindex. Damit können wir die nächsten fünf Tage vorhersagen. Der zweite Level ist die satellitengestützte Überwachung in Echtzeit. Das dritte System ist die Bevölkerung, die sich viel im Freien aufhält und mit Handys ausgerüstet ist. Feuer werden bei uns relativ zügig erkannt.

taz: Welche Regionen sind besonders gefährdet?

Held: Brandenburg ist das Waldbrand-Bundesland schlechthin.

taz: Brände entstehen in heißen Gebieten. Wie halten es die Feuerwehrleute aus, in kompletter Montur in die noch viel größere Hitze eines Brandes zu gehen?

Held: Das geht gar nicht. Die volle Schutzmontur, Atemschutz und Sauerstoff auf dem Rücken führt eigentlich zu Hitzschlägen oder Herzinfarkten, noch bevor man überhaupt am Feuer angekommen ist. Wir können nicht verantwortungsvoll sagen, dass wir Menschen bei 40 Grad plus Feuer körperlich arbeiten lassen. In Deutschland hat man das erkannt und steuert mit leichterem Einsatzkleidung und technischen Mitteln nach. Doch egal, ob schwere oder leichte Schutzkleidung, das System stößt definitiv an seine Grenzen.

taz: Was sollten Bürgerinnen und Bürger bei hoher Waldbrandgefahr beachten?

Held: Wir müssen lernen, dass wir Hitze in Waldbrandgefahr übersetzen und uns achtsamer verhalten. Vermeiden sollten wir: Gedankenloses Rauchen, gedankenloses Grillen, gedankenloses Lagerfeuer machen. Auch das geparkte Auto am Baggersee kann gefährlich werden. Der heiße Katalysator kann trockenes Gras entzünden. Wir haben noch einigen Aufklärungsbedarf, bis das Thema allen in Fleisch und Blut übergeht.

taz: Was kann die Forstwirtschaft tun, um Wälder langfristiger widerstandsfähiger gegen Brände zu machen?

Held: Zunächst täuscht der Begriff „Waldbrand“ ein bisschen. Viele sogenannte Waldbrände sind eigentlich Landschaftsfeuer oder Buschbrände. Das heißt, nicht nur die Forst-, sondern die gesamte Landwirtschaft ist betroffen. Ziel müsste sein, Landwirtschaft, Tourismus, Forstwirtschaft, Naturschutz etc. so zu betreiben, dass Feuer innerhalb der Kontrollschwelle bleiben und so weniger Schaden anrichten können. Großflächige, fast industrielle Landwirtschaft aber vergewaltigt Wasserkreisläufe und das Bodenleben. Eine kleiner strukturierte Landwirtschaft stünde Flächenbränden per se entgegen.



Alexander Held
geboren 1975 in Augsburg, Forstwissenschaftler, forschte am Max-Planck-Institut für Chemie zu natürlichen und menschengemachten Vegetationsbränden und deren ökologischen wie gesellschaftlichen Auswirkungen. Seit 2011 unterstützt er als Experte das forstliche Risikomanagement des European Forest Institute (EFI) in Bonn mit den Schwerpunkten Vegetationsbrand und Waldbau.

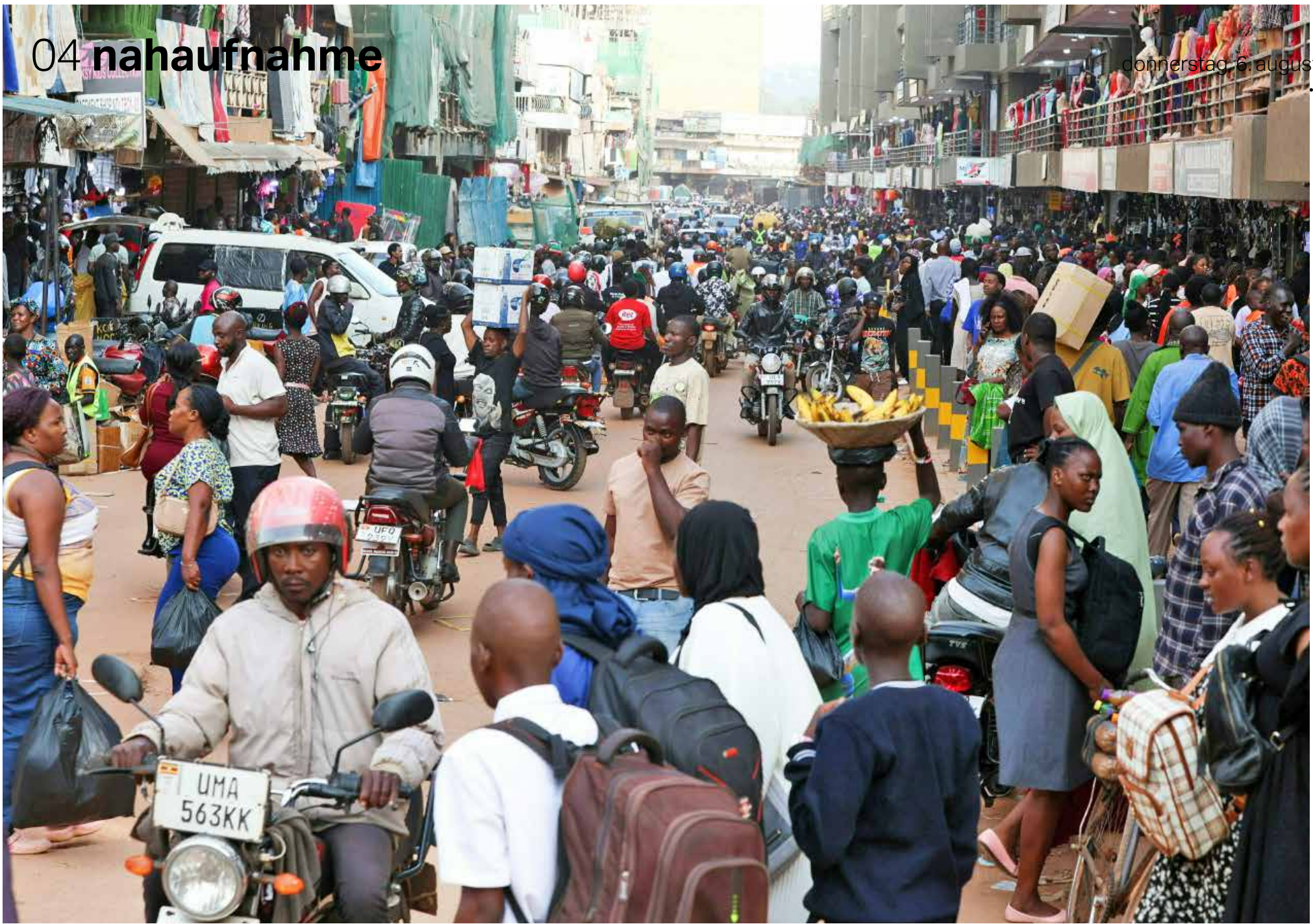


taz  **shop**

Sonnenöl LSF 30. Pflegt die Haut mit einer Kombination aus Bio-Granatapfelkernöl, Bio-Sanddornöl und Bio-Karanjaöl und ist durch den Verzicht auf Wasser oder Emulgatoren besonders gut für trockene Haut geeignet. Der mineralische UV-Filter reflektiert die Sonnenstrahlen und schützt sofort nach dem Aufsprühen. Wasserfest, ohne Alkohol, vegan. Mit Rohstoffen aus biologischem Anbau. Von Eco Cosmetics. Inhalt: 50 ml. **25,00€**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Überwacht, gesammelt, verkauft: Wie sicher sind Personendaten in Uganda?
Foto: Michael Muhati/reuters

Cloudgräberstimmung

Mit der Digitalisierung in Afrika nimmt auch die Cyberkriminalität zu. Doch auch Staaten wie die USA oder Russland verschaffen sich über undurchsichtige Staatsverträge Zugriff auf Personendaten. Experten sind alarmiert

Aus Kampala **Simone Schlindwein**



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V.
taz.de/auslandsrecherche

Monica Luboga sitzt an ihrem Computer und klickt sich durch die neue Onlineplattform von Ugandas Regierung: Steuererklärung, Geburtsurkunden, Grundbuchauszug – hier kann man alles beantragen, was man an Dokumenten benötigt. „Ich nehme gerade Fahrstunden und wollte mich schlaumachen, wie ich meinen Führerschein beantragen kann“, sagt die 35-Jährige und klickt auf die entsprechende Schaltfläche.

Eine Sprechblase öffnet sich, eine künstliche Intelligenz fragt, ob sie helfen kann. Dann gibt Luboga ihre Daten ein: Name, Telefonnummer, Geburtsdatum, Wohnort sowie die Fahrschule, bei der sie Unterricht nimmt. Dann drückt sie auf „senden“. „Das ist nun der Moment, in dem ich ein ungutes Gefühl bekomme“, seufzt sie. „Denn man weiß ja nie, was mit den Daten geschieht.“

Ugandas Regierung bemüht sich derzeit, ihre Behörden zu digitalisieren. Im Juni ging das neue Onlineportal UgGov-Agent an den Start, über das Ugander*innen Behördengänge online erledigen können – auch in lokalen Sprachen, dank KI. Eine gute Sache, findet Luboga, „denn es spart ungemein viel Zeit und Geld“. Jüngst war sie auf dem Amt, um sich eine Geburtsurkunde für ihre Tochter ausstellen zu lassen. „Das hat mich einen halben Tag gekostet – dabei kann ich das online offenbar in wenigen Minuten machen.“

Dass sie den Führerschein online beantragen kann, „erleichtert mich nun enorm, denn mein Fahrlehrer verlangt von mir hohe Schmiergelder, damit er für mich den Antrag stellt“. Statt dem Fahrlehrer umgerechnet rund 150 Euro zuzustecken, zahlt sie auf der Onlineplattform gerade einmal 15 Euro. Doch Luboga macht sich Sorgen um die Datensicherheit und berichtet von Anrufen, die sie nach ihrem PIN-Code fragen, jedes Mal, wenn sie Guthaben auf ihrem Handy anspart.

Ugandas Ministerium für Informationstechnologie hat 2023 mit Unterstützung der UN-Entwicklungsagentur UNDP einen Fahrplan verabschiedet, um bis zum Jahr 2027 die Umstellung auf digitale Behörden zu bewältigen. Uganda ist auch Teil der sogenannten 50-zu-5-Kampagne, in der die im IT-Bereich führenden fünf Staaten des Globalen Nordens – darunter Estland und Norwegen – 50 afrikanischen Regierungen Tipps geben, wie sie die Umstellung am besten bewältigen.

Vorreiter auf dem Kontinent war bislang Rwanda, das die erste E-Plattform Irebo bereits 2015 online gestellt hat. Jetzt ziehen andere Staaten nach und sind in der Digitalisierung bereits weiter als Deutschland.

Neben dem Aufbau der Infrastruktur – von Onlineplattformen bis hin zu Rechenzentren – stehen derzeit Datenschutz und Cybersicherheit auf dem Programm. Denn Ugandas Datenschutzgesetz von 2019 wird nur schleppend umgesetzt, es gibt noch immer viele Schlupflöcher. Die taz hat mehrfach

das IT-Ministerium um ein Interview gebeten. Ein anberaumter Termin wurde kurzfristig wieder abgesagt. Auch die unabhängige Behörde PDPO, die die Einhaltung der Verordnung überwachen soll, sagt zunächst ein Interview zu, will aber die Fragen vorher schriftlich. Nach Erhalt antwortet sie nicht mehr. Es wirkt ein wenig, also wolle man sich diesen kritischen Fragen nicht stellen.

Kein Wunder: Anfang Juli stürmte die Kriminalpolizei in der Hauptstadt Kampala mehrere Gebäude mit Hunderten Computern. Sie nahmen über Tausend meist chinesische Menschen fest. Sie sollen sich laut Ermittler*innen in IT-Systeme von Telefonanbietern in ganz Afrika gehackt, Telefonnummern und mobile Guthaben gestohlen haben. Eine der Hackerzentralen war im Konferenzraum des Hotels Kingdom Resort Katomi eingerichtet, das Ex-Vizepräsident Gilbert Bukenya gehört. Ob dieser davon Kenntnis hatte oder gar aktiv darin verwickelt ist, ist bislang nicht bekannt, die Ermittlungen laufen noch.

Doch die Daten afrikanischer Bürger*innen sind nicht nur im Visier krimineller Netzwerke. Auch internationale Konzerne und westliche Regierungen wollen darauf zugreifen. Als „Datenkolonialismus“

„Damit werden die Leben von Millionen von Menschen, die auf Gesundheitsversorgung angewiesen sind, als Geisel genommen“

Julia Bleckner, Human Rights Watch

bezeichnet Sven Hilbig, Referent für Handelspolitik und Digitalisierung bei Brot für die Welt, dieses Wettrennen um Afrikas Daten.

In seinem Buch „Digitaler Kolonialismus“ beschreibt er die strukturelle Abhängigkeit des Globalen Südens von der digitalen Infrastruktur des Globalen Nordens. Als Beispiel nennt er die Rechenzentren: Während in den USA rund 5.000 stehen, gibt es in ganz Afrika gerade einmal 250. Fünfzehn afrikanische Staaten verfügen über kein einziges. Damit stellt sich automatisch die Frage: Wem gehören diese Daten dann überhaupt und welche Datenschutzgesetze gelten dafür?

Auf einen Blick sichtbar wird das Problem an den großen Straßenkreuzungen der Hauptstadt Kampala. Chinesische CCTV-Kameras mit Gesichtserkennungssoftware von Huawei sind dort installiert. Daneben hängen Radiofrequenzgeräte der russischen Firma Joint Stock Company.

Seit Anfang 2025 werden neu importierte Autos von der Moskauer Firma mit einem digitalen Kennzeichen ausgestattet. Kostenfaktor: über 200

Euro pro Kennzeichen. Der darin installierte Mikrochip schickt Daten an das Empfängergerät, darunter Name und Telefonnummer des Fahrzeughalters. Sobald das Auto zu schnell fährt, schickt das System einen Straßettel direkt per SMS auf das Handy – so die Idee.

Damit können aber auch Sicherheitsbehörden prüfen, wo welches Fahrzeug gerade lang fährt – in Anbetracht der Tendenz, dass Opposition und Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck geraten, eine besorgniserregende Entwicklung. Doch gerade in Russland sieht Uganda einen engen Partner im Aufbau der digitalen Infrastruktur. In einem 2018 unterzeichneten Abkommen, das der taz vorliegt, wurde beschlossen, dass Russland die nötige Technologie für Data-Mining, wie es im Vertragstext heißt, zur Verfügung stellt, darunter „Software für Forensik“.

NGOs wie Cipesa, ein in Uganda ansässiger Think-tank, der die Digitalisierung in Afrika begleitet, haben versucht herauszufinden, auf welche Daten die russische Firma dabei zugreifen kann, stoßen aber auf Granit. „Ich glaube nicht, dass irgendjemand weiß, wie diese Daten übertragen und wo sie gespeichert werden“, so Brian Byaruhanga, IT-Experte bei Cipesa. „Wir wissen nicht einmal, ob diese Daten überhaupt den Ugander*innen oder dem ugandischen Staat gehören oder nicht.“ Uganda verfügt nur über ein einziges Rechenzentrum: „Und genau das ist das Problem.“

Woran es zudem fehlt, so Byaruhanga, sind Verordnungen über den Gebrauch, Verwendung und die Eigentumsrechte von Daten, welche es den Bürger*inne auch erlaubt, ihre Daten löschen zu lassen. „Denn selbst wenn wir die Daten in Uganda speichern, wissen wir nicht, ob sie auch wirklich uns gehören.“

Gilbert Sendugwa, Direktor von Afic in Uganda, einem weiteren Thinktank, das afrikaweit die Zivilgesellschaft in Sachen Datensicherheit unterstützt, hat zumindest Teile der russisch-ugandischen Verträge einsehen können. Er kommt zum Schluss: Es seien weder öffentliche Ausschreibungsverfahren eingehalten noch unabhängige Gutachten hinsichtlich der Datensicherheit erstellt worden: „Man kann nicht sagen, dass die Regierung im Interesse des ugandischen Staates gehandelt hat, aber auch nicht im Interesse der Bürger“, so Sendugwa. Dies sei äußerst „besorgniserregend“. Er stellt die Frage: „Warum also wollen sie unsere Daten?“

Obwohl Ugandas Regierung mittlerweile viel mehr persönliche Daten ihrer Bürger*innen hor-



US-Pharmafirmen sind scharf auf pathogene Daten, notfalls ohne Zustimmung der Betroffenen
Foto: Hajarah Nalwadda/ap/picture alliance

York. Sie hat sich einige der Abkommen angeschaut und findet sie höchst problematisch.

Ziel ist es, mithilfe von US-Geldern Afrikas Gesundheitssysteme zu digitalisieren. Die US-Regierung verlangt jedoch im Gegenzug Zugriff auf sämtliche gesundheitsrelevante Daten, auch mit personenbezogenen Details: „Die Formulierungen sind so vage, dass wir befürchten, sie könnten den individuellen Gesundheitszustand umfassen“, so Bleckner. Dazu gehören HIV-Status, Viruslast oder Schwangerschaftstests: „Unabhängig davon, ob dies ein Risiko darstellt, verletzt es das Recht auf Gesundheitsdatenschutz.“

Die US-Regierung rechtfertigt diesen Datenzugriff damit, dass so Seuchenausbrüche wie Ebola überwacht werden können. Sie wolle aber auch sicherstellen, das mit ihren Geldern keine Abtreibungen vorgenommen werden, da dies in den USA gesetzlich verboten ist: „Wenn die Staaten diese Daten nicht liefern, kann das zur vollständigen Beendigung des Abkommens führen“, so Bleckner. „Damit werden die Leben von Millionen von Menschen, die

ten. Denn während das Gesundheitsabkommen nur für fünf Jahre gilt, erhalten die USA das Recht, im Fall von Rwanda bis zu 25 Jahre auf die Daten zuzugreifen. „Die Bedingungen aus den USA könnten sich ändern, aber Rwanda müsste die Datenweitergabe bis zu 25 Jahre lang fortsetzen.“

Kenia war das erste Land, das am 4. Dezember 2025 ein 2,5-Milliarden-US-Dollar-Abkommen unterzeichnete. Der Verbraucherschutzverband zog direkt am nächsten Tag vor Gericht, das die Umsetzung vorerst stoppte. Im April schloss sich das Menschenrechtsinstitut Katiba an. Im Wesentlichen gehe es um den Verstoß gegen das Recht auf Privatsphäre sowie gegen das Datenschutzgesetz, sagt Direktorin Nora Mbagathi: „Die kenianische Regierung hat, ohne mich überhaupt genügend informiert zu haben und ohne mein Einverständnis, beschlossen, meine Daten einfach zu verkaufen“, erklärt Mbagathi das Problem gegenüber der taz.

Im November wird nun das Urteil erwartet. Für Mbagathi ein wichtiger Präzedenzfall, denn Kenias Regierung tüfelt derzeit an einer Onlineplattform, auf welcher sie sämtliche von der Regierung gesammelte Daten – anonymisiert – zum Verkauf anbietet. Für die Menschenrechtlerin ein alarmierendes Vorhaben: „Wenn solch ein Geist erst einmal aus der Flasche heraus ist, dann ist es schwer, das rückgängig zu machen.“

Doch viele afrikanische Regierungen haben keine Wahl. Als Ugandas Finanzministerin Matia Kasaija am 10. Dezember 2025 das US-Gesundheitsabkommen unterzeichnete, ging ein Raunen der Erleichterung durch das Land. Knapp ein Jahr zuvor hatte US-Präsident Donald Trump im Hauruckverfahren die US-Entwicklungsagentur USAID und weitere Programme abgewickelt, die zur Bekämpfung von Malaria, Tuberkulose oder HIV/Aids eingesetzt wurden.

Damit waren von heute auf morgen Gelder in Milliardenhöhe weggebrochen und hatten eine gewaltige Lücke im Staatshaushalt hinterlassen. Als die US-Regierung dann das neue Abkommen im Umfang von 2,3 Milliarden Dollar vorlegte, wurde dies mit Kusshand unterzeichnet.

Im März wurden die ersten 725 Server, 4.700 Computer sowie Solaranlagen und Internetrouter für fast 800 Gesundheitseinrichtungen landesweit aus den USA angeliefert. In Zukunft soll, so geht es aus dem 32-seitigen Abkommen hervor, das der taz vorliegt, jede kleine Gesundheitsstation in sämtlichen Dörfern die Krankenakten online speichern, um der US-Regierung Einblick zu gewähren. Dazu stellen die USA „Softwarelizenzen, Cybersecuritymaßnahmen sowie die Erweiterung der Datenspeicherung bis 2028“, so das Abkommen.

Immerhin: Die Daten werden in Uganda selbst gespeichert und ein gemeinsames Gremium soll den Datenschutz überwachen. Die damalige Gesundheitsministerin Ruth Aceng versicherte bei Unterzeichnung: „Ugandas Souveränität über seine biologischen Ressourcen und Gesundheitsdaten ist unschätzbar und unverhandelbar.“ Auf taz-Anfrage

über die Details dieses Deals erklärt der Sprecher des Gesundheitsministeriums, dass nur der Minister diese Fragen beantworten dürfe. Doch der ist telefonisch nicht erreichbar und beantwortet auch keine Nachrichten.

Anwalt David Waboga ist spezialisiert auf Datensicherheit; seine NGO Lawpoint Uganda hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Bevölkerung über Datensicherheit aufzuklären und sich deswegen die Abkommen angesehen, die ihm von Quellen im Ministerium zugespielt wurden: Auf den 32 Seiten fand er jede Menge „Schlupflöcher“, die „problematisch“ sind.

Immerhin, so merkt er an: Der ursprüngliche Vertragstext, den die US-Regierung vorgelegt hatte und der, der letztlich unterzeichnet wurde, unterscheiden sich: Ugandas Regierung hat also nachverhandelt. Der wichtigste Unterschied, so Waboga: Der Umgang mit den Daten falle nun unter Ugandas Datenschutzgesetze und nicht unter die US-amerikanischen. Damit hat auch die Datenschutzbehörde PDPO die Aufsicht: „Das verschafft Uganda zumindest ein gewisses Maß an Einfluss.“

Keinen Einfluss hat Uganda jedoch darauf, was mit den Daten in den USA geschieht. Denn die US-Regierung behält sich vor, pathogene Daten, also Informationen über krankheitserregende Organismen wie Viren und deren Genomdaten, mit der US-Pharmaindustrie zu teilen: „Vielleicht finden sie ein Heilmittel für diese schrecklichen Krankheiten“, so Waboga. „Aber wir Ugander haben kein Recht, diese Impfungen oder Medikamente dann auch zu erhalten.“

Genau dies unterminierte die globalen Verhandlungen über ein internationales Pandemieabkommen, das von der WHO derzeit ausgearbeitet wird, um die Fehler während der Coronapandemie in Zukunft zu vermeiden. Damals erhielten die meisten Staaten Afrikas nicht genügend Impfdosen. Künftig

„Kenias Regierung hat, ohne mich informiert zu haben und ohne mein Einverständnis, beschlossen, meine Daten zu verkaufen“

Nora Mbagathi, Katiba-Institut

sollen alle Regierungen weltweit pathogene Daten mit der WHO teilen, diese stellt sie in einer Datenbank öffentlich zur Verfügung. Hersteller von Impfstoffen garantieren im Gegenzug einen festen Prozentsatz an den Globalen Süden abzugeben.

Der Text des Pandemieabkommens wurde von der Weltgesundheitsversammlung angenommen. Derzeit sollten eigentlich die Unterverträge verhandelt werden, wie diese Daten geteilt werden. Doch diese Gespräche sind auf 2027 verschoben, so Julia Bleckner von HRW. Der Grund: „Die bilateralen US-Abkommen untergraben diese Verhandlungen vollständig.“

Um dies zu verhindern, haben 60 afrikanische NGOs kurz vor der Unterzeichnung im Dezember 2025 einen offenen Brief an alle Regierungen des Kontinents verfasst: „Diese Bestimmungen bergen auch das Risiko schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen“, heißt es darin. Die meisten haben diese Warnungen in den Wind geschlagen.ambia hat die Verhandlungen zumindest auf Eis gelegt.

Nur Simbabwe hat den USA eine Absage erteilt – das Land hat bei den Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen den Vorsitz inne: „Unser Verfassungsauftrag verpflichtet uns, die Daten unserer Bürger zu schützen“, rechtfertigte Informationsminister Nick Mangwana die Entscheidung. Das US-Abkommen „erfüllt diese grundlegenden Kriterien nicht“. Die Antwort der US-Botschafterin in Simbabwe, Pamela Tremont, kam prompt: „Wir werden uns nun der schwierigen und bedauerlichen Aufgabe zuwenden, unsere Gesundheitshilfe in Simbabwe schrittweise einzustellen.“

Jean Kaseya, Direktor der afrikanischen Seuchenbekämpfungsbehörde Africa-CDC, hat nun Simbabwe und Sambia seine Unterstützung angeboten, denn, so bekräftigt er: „Wir können es nicht akzeptieren, die Kontrolle über unsere Daten zu verlieren.“



Im Aufbau: Nur rund 250 Rechenzentren gibt es auf dem afrikanischen Kontinent. Das hier steht in Ghana Foto: amazing aerial agency/picture alliance

tet, erlaubt sie umgekehrt weder Journalist*innen noch NGOs, Anwalt*innen oder einfachen Ugander*innen, in jene Verträge hineinzuschauen. Selbst das Parlament erhält keinen Einblick.

Von 2018 bis 2025 hat Afic zahlreiche Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an Behörden gestellt und die Ergebnisse jüngst veröffentlicht. Drei Viertel davon blieben unbeantwortet, so Sendugwa: „Wie können Bürger*innen Vertrauen in eine Regierung haben, wenn es keinerlei Transparenz oder Rechenschaftspflicht gibt?“

Das prominenteste Beispiel sind die neuen Gesundheitsabkommen mit der US-Regierung: die sogenannte America first – Globale Gesundheitsstrategie. Allein der Titel lässt bereits Rückschlüsse zu, wem diese Deals in erster Linie nutzen, so Julia Bleckner von der NGO Human Rights Watch in New

auf Gesundheitsversorgung angewiesen sind, gewissermaßen als Geisel genommen.“

31 afrikanische Regierungen haben mittlerweile die US-Abkommen unterschrieben. Sieben hat sich Bleckner konkret angeschaut: Fünf davon, Kenia, Äthiopien, Uganda, Mosambik und Nigeria, waren kurzzeitig auf US-Regierungsseiten abrufbar. Dann berichtete die *New York Times*, dass im Fall von Sambia die US-Regierung auch Zugang zu Mineralien verhandelt hatte. Daraufhin wurden sie offline genommen: „Das deutet auf größere Bedenken hinsichtlich der Transparenz hin“, merkt Bleckner an. Immerhin, die fünf genannten Abkommen hat sie gespeichert, bevor sie offline gingen, die Abkommen mit Rwanda und Liberia wurden ihr geleaked. Die übrigen sind unter Verschluss.

Schockiert zeigt sich Bleckner über die Laufzei-

Immer weniger Personen bekommen Bafög

Neue Daten zeigen, wie dringend eine Reform hermuß. Wissenschaftsministerin Dorothea Bär (CSU) plant derweil erst mal weitere Verschlechterungen

Von Ralf Pauli

Die Bafög-Zahlen sinken weiter. Das zeigen Daten, die das Statistische Bundesamt am Mittwoch veröffentlicht hat. Demnach haben im vergangenen Jahr nur mehr 570.000 Personen (gut 440.000 Studierende und knapp 130.000 Schüler:innen) die staatliche Ausbildungsförderung erhalten. Das ist der niedrigste Wert seit 25 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Geförderten um 7 Prozent eingebrochen. Studierende bekamen 2025 im Schnitt 682 Euro, Schüler:innen 552 Euro.

Für das Deutsche Studierendenwerk belegen die neuen Zahlen, wie hoch der Handlungsdruck ist. „Das Bafög ist nicht auskömmlich, und es erreicht zu wenige Studierende“, kritisierte am Mittwoch der Vorstandsvorsitzende Matthias Anbuhl.

Besonders nötig seien zwei von der schwarz-roten Koalition versprochene Maßnahmen: „Erstens die im Koalitionsvertrag versprochene automatische Erhöhung der Freibeträge sowie zweitens die Angleichung des Bafög-Grundbedarfs an die Grundsicherung.“ Anbuhl forderte, die Bundesregierung müsse die geplante Bafög-Novelle noch in diesem Monat ins parlamentarische Verfahren bringen.

Tatsächlich wollte das Kabinett die Bafög-Reform schon vor Monaten beschließen, doch CDU, CSU und SPD konnten sich lange nicht darauf einigen, welches Ministerium die Mehrkosten der Reform – etwas mehr als eine Milliarde Euro bis 2030 – übernimmt. Zuletzt stand die Reform sogar ganz auf der Kippe, weil die Union in der angespannten Haushaltslage keine Sozialleistungen mehr erhöhen wollte.

Anfang Juli hat sich die Koalition dann aber doch auf die Reform verständigt. Ärgerlich für Studierende: Durch das Hin und Her verschiebt sich die Reform um ein halbes Jahr, die geplante Erhöhung der Wohnkostenpauschale von 380 auf 440 Euro greift erst zum Sommersemester 2026.

Wie das Bundeswissenschaftsministerium auf Anfrage der taz mitteilte, will das Kabinett kommenden Mittwoch abschließend über die Bafög-Reform beraten. Grundlage ist ein Entwurf von Wissenschaftsministerin Dorothee Bär (CSU), der jedoch auch Verschlechterungen für Studierende enthält, die bisher nicht öffentlich diskutiert wurden

So soll die schrittweise Erhöhung der Bafögsätze auf Grundsicherungsniveau (aktuell 563 Euro) erst zum Sommersemester 2029 – statt wie versprochen zum Wintersemester 2028/29 – erfolgen. Auch soll plötzlich die Wohnkostenpauschale für Studierende, die bei ihren Eltern wohnen, zunächst von derzeit 59 auf 41 Euro gekürzt und dann ganz gestrichen werden. Auch die Ausnahmeregelung, die Studierenden über 45 Jahren Bafög ermöglicht, soll gestrichen werden.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete und für Bafög zuständige Berichterstatterin Lina Seitzl bestätigt auf taz-Anfrage, dass die Änderungen mit der SPD abgesprochen waren: „Natürlich haben wir in der Koalition auch Kompromisse suchen müssen, um in der schwierigen Haushaltslage die Bafög-Reform umsetzen zu können.“ Insgesamt bringe die Novelle jedoch deutliche Verbesserungen bei Bedarfssätzen, Wohnkosten und Bürokratieabbau, so Seitzl.

Aus Sicht des Studierendendachverbands fzs sind die Neuerungen jedoch ein Skandal: „Ministerin Bär will uns hier unbemerkt einige Verschlechterungen unterjubeln“, sagt fzs-Vorstand Katharina Rummenhölter der taz. Dafür spreche auch, dass das Ministerium den Verbänden nicht einmal drei Tage Zeit für eine schriftliche Stellungnahme gelassen habe. „Das ist ein bewusst undemokratisches Verfahren“, kritisiert Rummenhölter.

Ob diese Bafög-Reform eine wirkliche Trendumkehr einleitet, die angesichts der sinkenden Bafög-Zahlen nötig wäre, bezweifelt nicht nur der fzs. Auch den Gewerkschaften, dem Studierendenwerk und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) geht die Reform nicht weit genug. Ein Kritikpunkt ist, dass die finanziellen Erhöhungen angesichts der steigenden Lebenskosten viel zu spät kommen.

Einigt sich das Kabinett kommende Woche auf einen Entwurf, könnte sich im September dann der Bundestag mit der geplanten Bafög-Reform befassen.

Die Angeklagten der rechts-extremen Letzte Verteidigungswelle beim Prozess vor dem Hamburger Oberlandesgericht Foto: Christian Charisius/dpa



donnerstag, 6. august 2026 taz

Vom braunen Kinderzimmer in den Knast

Ein Gericht hat Mitglieder der „Letzten Verteidigungswelle“ zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Die Jugendlichen planten und verübten Anschläge auf Geflüchtete und politische Gegner

Von Andreas Speit

Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg hat am Mittwoch die acht Angeklagten der rechtsextremen Terrorgruppe Letzte Verteidigungswelle zu Jugendstrafen zwischen eineinhalb und fünf Jahren verurteilt. Das Gericht sprach die zur Tatzeit zwischen 14 und 21 Jahre alten Angeklagten unter anderem wegen Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes sowie weiterer Straftaten wie schwerer Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung schuldig. Die Strafe für den jüngsten Angeklagten wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die Bezeichnung „braune Kinderzimmer“ sei „durchaus passend gewählt“, sagte der Vorsitzende Richter. Mit ihren Taten hätten die Angeklagten „Chaos herbeiführen“ wollen.

Die Bundesanwaltschaft hatte Ende November 2025 Anklage vor dem Hanseatischen

Oberlandesgericht in Hamburg erhoben. Sie warf allen Angeklagten die Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vor. Vier von ihnen wurden zudem wegen versuchten Mordes angeklagt, den übrigen wurde Beihilfe hierzu vorgeworfen. Das Gericht folgte den Vorwürfen der Anklage im Wesentlichen.

Aus der Gruppe heraus planen und verübten die Angeklagten potenziell tödliche Anschläge auf Flüchtlinge und politisch Andersdenkende. Einige von ihnen verübten im Oktober 2024 einen nächtlichen Brandanschlag auf ein bewohntes Kulturzentrum in Altdöbern und im Januar 2025 eine Pyrotechnikattacke auf eine Flüchtlingsunterkunft in Schmölln, Thüringen. Dass beim Anschlag auf das Zentrum niemand verletzt oder getötet wurde, war wohl reiner Zufall. Die Staatsanwaltschaft warf den Angeklagten außerdem sogenanntes Pädophil Hunting vor – die Jagd auf Men-

schen, die sie für Pädophile hielten.

Die Letzte Verteidigungswelle hatte in mehreren Bundesländern Anhänger. Der Prozess fand in Hamburg statt, weil der Staatsschutzsenat dort auch für Verfahren aus Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist. Zwei der Hauptbeschuldigten, Jason R. und Benjamin H., 19 und 16 Jahre alt, stammen aus diesem Bundesland. Wegen des Alters der Angeklagten lief das Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch die Plädoyers von Anklage und Verteidigung fanden ohne Publikum und Presse statt. Erst am Mittwoch, nach 28 Verhandlungstagen, durften Journalist:innen und Zuschauer:innen zur Urteilsverkündung in den Saal.

Schon seit 2022 kannten sich einzelne Mitglieder der Gruppe. Nach den Ermittlungen gründeten Jason R. und Benjamin H. aber erst im April 2024 die Letzte Verteidigungswelle. Ihr Motto: „Wir sind die Welle, die den Dreck aus unserem Land spült.“

Als Logo wählten sie den Totenkopf der Waffen-SS mit ihrem Kürzel. Die beiden verwalteten verschiedene Whatsappgruppen und entschieden, wer sich anschließen durfte. Die Ermittler fanden über 70 Chatgruppen mit Verbindungen zum Netzwerk. Rund 200 Personen sollen beteiligt gewesen sein.

Ein schriftliches Bekenntnis zur rechtsextremen Gesinnung reichte jedoch nicht, um zum Kern der Gruppe zu gehören. Die selbsternannten „Kämpfer für Nation und Nationalismus“ mussten auch Straftaten nachweisen. Videoaufnahmen der Aktionen dienten als Beweis. Über einen Generalchat und regionale Gruppen blieb die Terrorgruppe vernetzt.

Die Letzte Verteidigungswelle verbreitete zudem eine besonders radikale Verschwörungstheorie der Szene: den „großen Austausch“. Diese Theorie behauptet, dass „fremde Einwanderer“ gezielt die angeblich „eigene Bevölkerung“ ersetzen sollen. Diese Erzählung wird unter anderem von der Identitären Bewegung verbreitet. Auch einzelne Politiker innerhalb der AfD haben entsprechende Narrative verwendet.

Am 12. Februar 2025 durchsuchten Ermittler erstmals eine Wohnung in Meißen und fanden zwei Kugelnbomben. Im Mai folgten weitere Razzien in Brandenburg, Hessen, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Im April vergangenen Jahres berichtete die taz als eine der ersten über die Letzte Verteidigungswelle. Der Brandanschlag in Altdöbern löste verstärkte Ermittlungen aus. Der Saal des Kulturzentrums Kultberg mitsamt Biergarten brannte am 23. Oktober 2024 komplett aus. Die Ermittler vermuteten zunächst einen technischen Defekt. Im Zuge der weiteren Ermittlungen stießen sie jedoch auf Videos und Chatnachrichten, die den Verdacht auf einen gezielten Brandanschlag erhärteten. Zwei damals 15-jährige Mitglieder der Letzten Verteidigungswelle sollen sich vor den Flammen gefilmt haben. Nach den Ermittlungen hielten sie den Kultberg für ein linkes Zentrum.

Staatsanwaltschaft ermittelt im Fall Pedro C.

Nach einem Polizeieinsatz fällt Pedro C. ins Koma. Erst sieht die Staatsanwaltschaft keinen Anfangsverdacht für ein Verfahren – nun ermittelt sie doch

Von Adrian Breiting

Die Staatsanwaltschaft Köln hat wegen eines Polizeieinsatzes ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Polizeibeamte und eine Notärztin eingeleitet. Am Ende des Einsatzes am 8. April dieses Jahres lag der 30-jährige Pedro C. ins Koma; heute leidet der Erzieher unter irreparablen Hirnschäden. Zunächst hatte die Staatsanwaltschaft keine Hinweise für ein übermäßiges Vorgehen der Einsatzkräfte gesehen.

Der Venezolaner Pedro C. hat mit psychischen Problemen zu kämpfen. Anfang April befand er sich durch den Tod eines nahen Menschen in einer Ausnahme-situation. Seine Freund*innen riefen deswegen eine Notärztin. Diese kam, wollte C. in eine Klinik einliefern lassen, woraufhin sich C. in seiner Wohnung einsperrte. Die Notärztin rief die Polizei. 90 Minuten nach deren Ankunft musste C. reanimiert werden.

In der Folge hatte die Polizei Bonn ermittelt, ob es einen An-

fangsverdacht für übermäßige Polizeigewalt gibt. Doch wie die Staatsanwaltschaft Köln, der die Pressehoheit in diesem Fall obliegt, im Mai mitteilte, hätten die vorliegenden Beweismittel zunächst keinen Anlass für einen solchen Verdacht ergeben. Zu diesen Beweismitteln zählten allen voran die Bodycam-Aufnahmen der Beamt*innen.

Dieses Vorgehen hatte bei Expert*innen für Unverständnis gesorgt. Zum einen deutete einiges auf eine übermäßige Fixierung C.s hin. So wurden ihm Spuckmasken aufgesetzt (Hauben, die umstehende vor ansteckenden Krankheiten schützen sollen) und starke Beruhigungsmittel verabreicht. Zum anderen sorgte die Einschätzung der Staatsanwaltschaft für Kritik, es lägen keine Anzeichen für ein unverhältnismäßiges Vorgehen vor. Der Polizeiforscher Thomas Feltes beschrieb das als „voreilig“.

Auch C.s Anwalt, Simón Barrera González, hatte das Vorgehen der Beamt*innen kritisiert. Er sah zudem rassistische Mo-

tive sowie eine Stigmatisierung C.s aufgrund seiner HIV-Diagnose – obwohl er dank Medikamenten kaum ansteckend ist. Barrera González' Vorwurf: Polizeigewalt.

Bestärkt wurde dieser Vorwurf im Juli, als der Anwalt nach wochenlangem Drängen die Bodycam-Aufnahmen einsehen konnte. Dort sei nicht nur die unverhältnismäßige physische Gewalt der Beamt*innen sichtbar, sagte Barrera González der taz. Darüber hinaus hätte er auch Beleidigungen gegenüber C. hören können. Schon diese Beweislage hätte aus Sicht des Anwalts einen Anfangsverdacht und ein Ermittlungsverfahren gerechtfertigt.

Wenige Tage später bekam der Anwalt C.s Telefon, das bis dahin von der Polizei beschlagnahmt war. Darauf fanden er und einige Freund*innen von C. ein Video, das er aufgenommen hatte, kurz bevor die Beamt*innen und die Notärztin die Wohnung betraten. Dort ist zu sehen, dass C. zwar ner-

vös wirkte, aber keinesfalls aggressiv oder als eine Gefahr für andere. Nachdem C. selbst die Tür geöffnet hatte, wurde er von einem Polizisten zu Boden gebracht.

Dieses Beweismittel ist nun Anlass für die Staatsanwaltschaft, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. So bestehe „im Hinblick auf einen Polizeibeamten sowie eine Polizeibeamtin der Anfangsverdacht der Körperverletzung im Amt, da das auf dem Video nachvollziehbare Geschehen Anlass zur Überprüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme gibt“, heißt es. Auch gegen die Notärztin wird ermittelt. Hier gehe es vor allem um das C. verabreichte Beruhigungsmittel.

Für C.s Anwalt Barrera González ist dieser Schritt der Staatsanwaltschaft ein „Etap-pensieg“. Gleichzeitig stelle er nur den Anfang eines langwierigen Prozesses dar – und darüber hinaus ohnehin bloß das Mindeste, einen Schritt, der schon vor Monaten hätte gehen werden müssen.



Protest gegen den Bau des Abschiebeterminals am Münchner Flughafen im Mai 2026
Foto: Wolfgang Maria Weber/imago

„Infrastruktur für Abschiebungen am Fließband“

Ein eigenes Terminal für Abschiebungen, Geflüchtete in ein ehemaliges Gefängnis unterbringen: Bayern geht bei der Umsetzung der Geas-Reform voran. Katharina Grote vom Bayerischen Flüchtlingsrat zeigt sich im Gespräch darüber besorgt

Interview **Vanessa Barisch**

taz: Frau Grote, der Münchner Flughafen soll ein Abschiebeterminal bekommen. Was genau ist geplant?

Katharina Grote: Zwei Charterabschiebungen und 100 Einzelrückführungen sollen von dem Münchner Abschiebeterminal zukünftig möglich sein – pro Tag. Die Planung des Terminals hatte bereits 2022 begonnen, am 14. Juli stimmte schließlich der Aufsichtsrat des Münchner Flughafens zu. Damit hat er die Chance vertan, dieses überdimensionierte, höchst fragwürdige Projekt zu verhindern. Nur der Münchner Oberbürgermeister Dominik Krause und die beiden Vertreterinnen von Verdi hatten dagegen gestimmt. Das Planungsfeststellungsverfahren läuft auch bereits, unmittelbar danach soll mit dem Bau begonnen werden.

taz: Der Bund soll für das Abschiebeterminal jährlich 4,2 Millionen Euro Miete zahlen. Dabei gehen die Fluchtzahlen immer weiter zurück. Warum dann das Ganze?

Grote: 2025 schob Deutschland etwa 23.000 Personen ab. Durch das Münchner Terminal läge die Kapazität um ein Vielfaches höher. Dazukommen auch noch die Terminals am Frankfurt und Berliner Flughafen, die bereits in konkreter Planung sind. Klar ist, dass München sich als Standort für Charterabschiebungen etablieren will, sodass Charterabschiebungen gemeinsam mit anderen EU-Ländern über München laufen können.

taz: Was ist bei Abschiebungen mit Charterflugzeugen anders als bei Linienflügen?

Grote: Bei Charterabschiebungen gibt es deutlich weniger Abbrüche als bei Linienflügen, denn sie werden mit mehr Zwang durchgesetzt. Es sind keine anderen Passagier:innen oder ziviles Flugpersonal an Bord, die eingreifen oder Bedenken äußern könnten. Der entscheidende Unterschied ist: Es kann niemand mehr hinschauen.

taz: Welche Rolle spielt das Abschiebeterminal bei der Umsetzung der Geas-Reform?

Grote: Die Reform hebt das individuelle Recht auf Asyl systematisch aus. Deutlich weniger Menschen werden unter

diesen Gesetzen Schutz erhalten und das bedeutet, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen ansteigt. Die sollen dann abgeschoben werden. Momentan reizt Deutschland noch nicht alle Instrumente des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas) aus. Aber wer weiß, was passiert, wenn es eine neue Regierung gibt. Das geplante Abschiebeterminal würde dann die Infrastruktur bieten, um – drastisch gesprochen – Abschiebungen wie am Fließband durchzuführen.

taz: Kürzlich geriet das bayerische Innenministerium in die Kritik, weil Asylsuchende in der ehemaligen JVA Ingolstadt untergebracht werden sollen. Was genau ist dort vorgesehen?

Grote: Die JVA Ingolstadt ist seit 2025 geschlossen und wird aktuell umgebaut, um dort Asylsuchende im Außengrenzverfahren unterzubringen. Das betrifft Asylsuchende, die über die deutschen EU-Außengrenzen, also Häfen oder Flughäfen, einreisen. Falls sie aus einem Land kommen, dessen Asylanerkennungsquote geringer als 20 Prozent ist – etwa der Türkei oder Tunesien – durchlaufen sie in der Regel das Außengrenzverfahren. Das kann bis zu 25 Wochen dauern. Während dieser Zeit befinden sich die Asylsuchende entweder am Münchner Flughafen oder künftig auch in der JVA Ingolstadt in De-facto-Haft.

taz: Und das ist rechtlich einfach so möglich?

Grote: Einen Haftbeschluss gibt es nicht. Trotzdem können die Betroffenen die Einrichtungen nicht verlassen. Sie gelten rechtlich als nicht eingereist – obwohl sie sich physisch längst auf deutschem Boden befinden. Möglich wird das durch die sogenannte Fiktion der Nichteinreise. Davon sind auch Kinder betroffen.

taz: Hatten Sie Kontakt mit Personen, die dieses Verfahren bereits durchlaufen haben?

Grote: Das Außengrenzverfahren ist bisher eine Blackbox. Über unsere Kontakte haben wir von ersten Verfahren erfahren. Generell gibt es wenig Austausch mit den Behörden. Das zeigt auch die Entscheidung rund um die JVA: Das kam überraschend für uns. Dabei sollte man meinen, dass die bayerische Staats-

regierung bei solchen Plänen unverzüglich versucht, Kontakt mit den Beratern aufzunehmen.

taz: Warum ist dieser Kontakt so wichtig?

Grote: Bayern hat sich keine Gedanken darüber gemacht, wie zum Beispiel besonders vulnerable Personen erkannt werden können. Momentan ist das wohl Aufgabe der Bundespolizei. Aber ich kann nicht erwarten, dass sich eine Person, die aufgrund ihrer Homosexualität verfolgt wurde, gegenüber einem Polizisten öffnet. Dabei gibt es Fachstellen mit qualifiziertem Personal. Das zeigt, dass die Behörden ein schnelles Verfahren gegenüber der Wahrung der Rechte der Betroffenen priorisieren.

taz: Wie sieht es mit Zugang zu Rechtsschutz für Asylsuchende im Außengrenzverfahren aus?

Grote: Im Flughafenverfahren war es bisher so, dass die Bundespolizei im Falle einer Ablehnung des Asylantrags anbot, Anwälte zu kontaktieren. Die Kosten übernahm das Bamf. Seit die Geas-Reform umgesetzt wird, macht die Polizei das nicht mehr. Wie hier zukünftig weiter verfahren wird, ist ungewiss.

taz: Welche Unterstützung bleibt den Betroffenen dann noch?

Grote: Das Bamf bietet eine Rechtsauskunft namens auRa an. Das ist jedoch keine unabhängige Beratung, denn das Bamf entscheidet über den Asylantrag. Außerdem ersetzt die Rechtsauskunft keine individuelle Rechtsberatung. Dabei sieht das Gemeinsame Europäische Asylsystem genau einen solchen Anspruch für die Betroffenen vor.

taz: Welche Folgen hat das?

Grote: Schon vor der Einführung wurde gewarnt, dass effektiver Rechtsschutz im Außengrenzverfahren kaum möglich sein wird. Die Praxis in geschlossenen Einrichtungen wie den bayerischen Ankerzentren zeigt, warum: Der Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung, Verdolmetschung und medizinischen Attesten und rechtlicher Vertretung ist dort deutlich erschwert.

taz: Könnten Organisationen wie Sie eine solche Lücke im Notfall schließen?

Grote: Generell sind NGOs und Wohlfahrtsverbände im Mi-

grationsbereich von Mittelkürzungen betroffen. Massiv war sie bei der Asylverfahrensberatung. Im letzten Bundeshaushalt sanken die Mittel von knapp 25 Millionen Euro auf 5 Millionen. Und das, obwohl die Struktur vor Kurzem vom Bamf als zielführend evaluiert worden war. Auch auf EU-Ebene ist ein Rückgang von Fördermitteln zu erwarten. In Bayern haben wir zudem das Problem, dass die Beratungsrichtlinie mit den Wohlfahrtsverbänden neu abgestimmt wird. Damit wird versucht, den Beratenden Maulkörbe anzulegen.

taz: Was meinen Sie damit?

Grote: Beratungsstellen, die durch den Freistaat finanziert werden, sollen künftig nicht mehr zum Asylverfahren beraten. Auch Informationen zu Tauschinitiativen gegen die Bezahlkarte sollen unterbunden werden. Wer Menschen ergebnisoffen und parteiisch berät, riskiert finanzielle Sanktionen. So greift der Staat die Unabhängigkeit Sozialer Arbeit an.

taz: Und jetzt?

Grote: Jetzt müssen alle aktiv werden. Vorher war die Reform abstrakt und wurde weit weg in Brüssel verhandelt, nun gibt es konkrete Orte der Entrechtung. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Orte zu Blackboxen verkommen.

taz: Was kann man zivilgesellschaftlich tun?

Grote: Beim Münchner Flughafen haben wir bereits gesehen, was eine zivilgesellschaftliche Kampagne bewirken kann: Das Terminal konnte nicht klammheimlich beschlossen werden und es gelang, in der Münchner Stadtgesellschaft eine Debatte über Abschiebungen anzustoßen. Sie hat das Bewusstsein geschärft, dass es sich nicht nur um Straftäter handelt. Wir müssen Zugänge beantragen und gegebenenfalls den Ausschluss von Zivilgesellschaft öffentlich anprangern. In der JVA Ingolstadt kann man über ein seelsorgerisches Angebot nachdenken oder ein Helferkreis könnte einen Spielesachmittag anbieten – es muss nicht immer ein professionelles Beratungsangebot sein.

Katharina Grote ist Sprecherin beim Bayerischen Flüchtlingsrat.

Zahl der Asylanträge sinkt massiv

Immer weniger Menschen beantragen in Deutschland Asyl. Die Gründe hierfür sind komplexer, als Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) glauben machen will

Von **Frederik Eikmanns**

Die Zahl neuer Asylanträge fällt immer weiter. Im Juli beantragten nur rund 4.300 Geflüchtete Schutz in Deutschland, knapp halb so viele wie im Juli 2025 und ein Rückgang von über 75 Prozent gegenüber Juli 2024. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verkauft das als Erfolg seiner Abschottungspolitik, etwa durch die Zurückweisung Schutzsuchender an den Grenzen. Doch ganz so einfach ist es nicht.

Eine Erklärung: Es fliehen kaum noch Syrer*innen

Grundsätzlich gehen die Migrationszahlen EU-weit zurück. Laut der EU-Grenzschutzagentur Frontex sank die Zahl der Neuankünfte im ersten Quartal 2026 um rund 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Der wichtigste Grund dafür ist weiterhin die Lage in Syrien. Seitdem Rebellen Ende 2024 den Langzeittyrannen Baschar al-Assad stürzten, hat sich die Sicherheitslage und die humanitäre Situation im Land verbessert. Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppierungen, ethnische und religiöse Gewalt gegen Zivilist*innen und die israelische Besatzung eines Teils Südsyriens halten zwar an, insgesamt ist die Lage aber deutlich ruhiger als noch vor zwei Jahren. Auch deshalb fliehen aktuell kaum noch Syrer*innen außer Landes.

Aus Staaten, die auf dem Weg in die EU liegen, bewegen sich syrische Geflüchtete derzeit vor allem in Richtung ihres Herkunftslandes zurück. Das trifft vor allem auf die Türkei zu, in der über das letzte Jahrzehnt Millionen Geflüchtete Schutz gefunden hatten. Jetzt gehen

Hunderttausende zurück nach Syrien, die sich unter anderen Umständen womöglich nach Europa aufgemacht hätten.

Ebenfalls eine Rolle spielen dürfte der nochmals verschärfte Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Griechenland beispielsweise gewährt Geflüchteten, die auf Kreta ankommen, inzwischen generell kein Asyl mehr. Stattdessen werden die Ankommenden bis zu ihrer Abschiebung inhaftiert. Dadurch sinkt auch die Zahl der Geflüchteten, die die Möglichkeit haben, innerhalb der EU weiterzureisen.

Der Gesamtrückgang erklärt einen Großteil des Rückgangs in Deutschland – allerdings nicht allein. Denn die Zahl der Asylanträge sinkt hier noch schneller als in anderen EU-Ländern. Nachdem Deutschland jahrelang das Land mit den meisten Asylanträgen war, wurde es im laufenden Jahr von Frankreich, Spanien und Italien überholt. Hier kann man tatsächlich davon ausgehen, dass die verstärkten Grenzkontrollen, die Zurückweisungen und die verschärften Lebensbedingungen eine Rolle spielen.

Genauso wichtig dürfte aber sein, dass sich die Herkunft der Geflüchteten geändert hat, die derzeit noch in die EU kommen. Syrer*innen bevorzugten meistens Deutschland als Ziel innerhalb der EU, weil die syrische Community hier schon groß ist. Geflüchtete aus Venezuela zieht es dagegen oft nach Spanien, allein schon wegen der Sprache.

Wenn nun – wie in den letzten Jahren geschehen – die Zahl einreisender Syrer*innen massiv sinkt, gleichzeitig aber mehr Venezolaner*innen kommen, dann bedeutet das einen Rückgang der Asylanträge in Deutschland über den EU-weiten Trend hinaus. In Spanien sinken die Asylzahlen dagegen deutlich langsamer als im EU-Schnitt.

Anzeige

taz  **fernverbindung**

Gespräche um den Globus

Ob Proteste im Iran oder Regionalwahlen in Italien – im Podcast „fernverbindung“ sprechen die taz-Redakteur*innen wöchentlich mit einer taz-Korrespondent*in über das Auslandsthema der Woche.

Moderiert von: Judith Poppe, Anastasia Zejneli, Tanja Tricarico, Fabian Schroer und Leon Holly

Hier hören: taz.de/fernverbindung

Wie das Niedrigwasser die Landwirtschaft trifft

Wegen der geringen Pegelstände lädt der neue Verkehrsminister zum Krisengipfel ein. Auch den Äckern setzt der fehlende Regen stark zu

Wenig Ladung wegen Niedrigwasser: ein Frachtschiff auf dem Rhein bei Düsseldorf am 5. August
Foto: Oliver Berg/dpa

Von **Jonas Waack** und **Nanja Boenisch**

Die anhaltende Trockenheit führt nicht nur zu Niedrigwasser in den Flüssen, sondern setzt auch der Landwirtschaft zu: Weite Teile West- und Süddeutschlands verzeichnen extrem trockene Böden. Nur in Teilen Nord- und Mitteldeutschlands regnete es genug, um die Vorräte des sogenannten pflanzenverfügbaren Wassers in den oberen Bodenschichten aufzufüllen. Das geht aus dem Dürremonitor des Umweltforschungszentrums Leipzig hervor.

Aufgrund der niedrigen Pegelstände in Flüssen und des Grundwassers beschränken derzeit zahl-

reiche Kommunen die Wassernahme für Landwirt*innen: In Brandenburg sind es sieben Landkreise, im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg dürfen Landwirt*innen bei hohen Temperaturen und Windstärken ihre Flächen gar nicht beregnen.

Allerdings können nur wenige Landwirt*innen ihre Flächen überhaupt künstlich bewässern: Laut Statistischem Bundesamt wurden selbst im extrem trockenen Jahr 2022 nur 3,3 Prozent der Äcker beregnet. „Das trifft vor allem den Anbau von Sonderkulturen wie Gemüse“, erklärt Philip Brändle, Landwirtschaftsexperte vom Naturschutzbund Nabu. „Die Investitionen in die Beregnung von Mais

und Getreide ist ohnehin meist nicht rentabel.“

Entscheidend für die Landwirtschaft sei, dass tatsächlich Wasser in der oberen Bodenschicht verfügbar ist, sagt Brändle. „Das ist abhängig von Regen und der Bodenqualität. Leichte Böden wie Sand speichern Wasser schlecht, schwere Böden wie Lehm dagegen sehr gut.“ Es sei deswegen außergewöhnlich, dass zum Beispiel in Ostbrandenburg, wo es viele leichte Böden gibt, die Wassersituation aktuell weniger angespannt ist als im Westen und Süden. Die Getreideernte war laut Bauernverband bislang allerdings durchschnittlich.

Der Juli war laut Deutschem Wetterdienst (DWD) in Deutsch-

land extrem trocken: Pro Quadratmeter fielen nur 40 Liter Regen, zwischen 1961 und 1990 waren es durchschnittlich 78 Liter. „Historische Ausmaße“ nahm die Niederschlagsarmut laut DWD im Westen und in Teilen des Südwestens an. Dort seien mancherorts nur 10 Liter Regen pro Quadratmeter gefallen.

Während der Klimawandel zwar Hitze in Europa deutlich wahrscheinlicher macht, lässt sich das generell für Trockenheit nicht sagen: Heißere Luft kann mehr Wasser aufnehmen, deswegen verschieben sich Niederschlagsmuster eher, als dass die Regenmengen flächendeckend sinken. Die Hitze sorgt aber für mehr Verdunstung, außerdem kommt es wegen der heißeren und

deswegen potenziell feuchteren Luft zu mehr Starkregen. Kurzen, heftigen Niederschlag können Böden aber schlechter speichern.

Um die Äcker an die Erderhitzung anzupassen, empfiehlt Nabu-Expertin Brändle, mehr verschiedene Nutzpflanzen anzubauen: „Unterschiedliche Kulturen brauchen zu unterschiedlichen Zeitpunkten Wasser“, erklärt er. Wenn Landwirt*innen also viele unterschiedliche Kulturen anbauen, streue sich das Risiko von fehlendem Regen. „Das hat auch ökologische Vorteile, weil das mehr Artenvielfalt auf dem Acker nach sich zieht.“ Pflanzen die Landwirt*innen darüber hinaus Zwischenfrüchte und Untersaaten an, bauen sie mehr Humus auf und verbessern so die Wasserhaltefähigkeit der Böden „deutlich“.

Zentral sei aber der Klimaschutz, sagt Brändle: „Wenn die Agrarpolitik weiterhin auf ein System setzt, das darauf angewiesen ist, viel synthetischen, chemischen Dünger zu nutzen, für die viel fossile Energie gebraucht wird, heizen sie durch den CO₂-Ausstoß den Klimawandel weiter an.“

Besser wäre laut Brändle zum Beispiel der Anbau von Leguminosen, also zum Beispiel Erbsen und Bohnen, um Stickstoff zu binden, statt dafür synthetische Dünger zu nutzen. Düngemittel wiederum werden in Deutschland unter anderem per Binnenschiff transportiert – und das wird ohnehin immer schwieriger, weil viele Wasserstraßen wenig Wasser führen.

Bislang läuft der Wassermangel in der Landwirtschaft politisch weitgehend unter dem Radar. Bei den niedrigen Pegelständen in den Flüssen ist das anders: Wegen des extremen Niedrigwassers hat der neue Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) für Donnerstag zu einem Krisentreffen nach Bonn eingeladen.

Bilger hat bereits rund eine Milliarde Euro für neue oder sanierungsbedürftige Schleusen an der Donau in Bayern zugesichert. Gleichzeitig will der Bund die Förderung für moderne Binnenschiffe, die besser auf Niedrigwasser fahren können, im kommenden Jahr um mehr als die Hälfte eindampfen.



Vorzugsbehandlung für die Tech-Kinder der USA

Der US-Konzern Palantir zahlt nur ein Zehntel der Steuern, die die globale Mindeststeuer verlangt. Das zeigt ein neuer Gewerkschaftsbericht

Von **Pauline Ruprecht**

Sechs Verfilmungen der Herr-der-Ringe-Reihe könnte Palantir mit seinem Gewinn im Jahr 2025 produzieren. Auf diesen Profit hat das Tech-Unternehmen weltweit nur etwa 21,7 Millionen US-Dollar Steuern gezahlt – da springt gerade mal ein Zehntel einer Verfilmung bei heraus. Der Konzern, der nach einer magischen Kugel aus den Tolkien-Büchern benannt ist, zahlt wenig Steuern.

Das geht aus einem Bericht der European Public Service Union (EPSU) hervor. Der Gewerkschaftsverband setzt sich gegen Steuervermeidung und die Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen ein. Nun veröffentlicht er in Zusammenarbeit mit dem Center for International Corporate Tax Accountability and Research einen Bericht, der der taz im Vorhinein vorlag. Er legt offen, wie Palantir global Steuern vermeidet.

Das Unternehmen Palantir ist Spezialist für Datenanalyse und verspricht Schutz vor Kriminalität, Terror und ineffizienten Arbeitsvorgängen. Das Geschäftsmodell hat sich in den vergan-

genen Jahren ausgezahlt. Inzwischen gehört Palantir zu den 50 größten Unternehmen der Welt. 2003 gegründet, machte es zwar erst 2023 Profit, dann aber richtig: Sein Gewinn vor Steuern verdreifachte sich von 2024 zu 2025 auf 1,66 Milliarden US-Dollar. Der Trend hält an. Am vergangenen Montag veröffentlichte das Unternehmen seine Zahlen für das zweite Quartal. Es verzeichnet eine Ertragssteigerung von rund 62 Prozent.

Viele öffentliche Behörden haben Verträge mit Palantir, in den USA etwa das Immigration and Customs Enforcement, kurz ICE, in Deutschland unter anderem die hessische Polizei. Kurz sah es so aus, als ob Software des Unternehmens auch vom deutschen Geheimdienst eingesetzt wird. Die Kritik war laut: Zivile und politische Akteure sahen Datenschutz und digitale Unabhängigkeit bedroht.

Zu den kritischen Stimmen kommt nun der Bericht der EPSU, der Palantir Steuervermeidung vorwirft. Eine Steueroase findet das Unternehmen in seinem Heimatland. Laut dem Bericht stammen etwa 74 Prozent des Umsatzes 2025 aus den USA. Aber 96

Prozent des Profits wurden in den USA verzeichnet. Das liegt nicht unbedingt daran, dass Europa nicht profitabel ist. Dem EPSU-Bericht zufolge verlagert Palantir seine Gewinne von Europa in die USA.

So wird in Europa möglicherweise weniger versteuert, als wirklich erwirtschaftet wird. 65 Prozent des deutschen Umsatzes machten zum Beispiel „Servicegebühren“ an das Mutterunternehmen in den USA aus.

Illegal ist das nicht. Doch Unternehmen suchten aktiv nach Schlupflöchern, während sie gleichzeitig von öffentlichen Aufträgen und öffentlich finanzierter Infrastruktur profitierten, sagt Jan Willem Goudriaan, Generalsekretär der EPSU. „Legalität ist der Mindeststandard, nicht das

Ende der Diskussion“, ist seine klare Haltung.

Denn sind die Profite in den USA verbucht, muss Palantir kaum Steuern darauf entrichten. Auf Staatenebene zahlte das Unternehmen 22,5 Millionen US-Dollar Steuern, auf Bundesebene gar keine. Grund dafür sind großzügige Steuerfreibeträge – unter anderem aus dem „One Big Beautiful Bill“, den Trump Anfang des Jahres erließ. Zudem profitiert Palantir von sogenannten latenten Steuern. Das sind Steuervorteile, die sich in den Jahren ansammelten, als Palantir Verluste machte. Die Autor*innen des Berichts rechnen damit, dass Palantir deswegen auch in den nächsten Jahren auf US-Bundesebene keine Steuern zahlen muss.

Palantir landet so bei einem effektiven globalen Steuersatz von 1,55, so der Bericht. Zum Vergleich: Die Körperschaftssteuer in Deutschland beträgt 15 Prozent.

Eigentlich soll die globale Mindeststeuer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen einheitlichen, fairen Steuersatz sichern. Doch Anfang des Jahres vereinbarte die Trump-Re-

gierung einen neuen Deal mit den anderen Staaten. Für die USA gelten nun Ausnahmeregelungen, bei denen Unternehmen mit Sitz in den USA nur der US-amerikanischen Mindeststeuer unterliegen.

Auf eine Anfrage nach Stellungnahme antwortet Palantir der taz nicht. Ob Palantir seinen Gewinn aktiv mit dem Ziel verschiebt, Steuern zu umgehen, ist deswegen nicht klar.

Generalsekretär Goudriaan sieht trotzdem allen Grund zur Kritik: „Der Einfluss von Palantir in Europa nimmt rasch zu, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit und öffentliche Dienste“, sagt er. Wer sich vom öffentlichen Dienst finanzieren lasse, solle auch Steuern zahlen. Alles andere sei weder fair noch nachhaltig.

Die Autor*innen des EPSU-Berichts formulieren einen klaren Appell an Regierungen und Behörden: Palantir vermeiden und bestehende Verträge überdenken. In Deutschland zeigte der öffentliche Widerstand der Vergangenheit bereits erste Wirkung: Letztendlich entschied sich der deutsche Geheimdienst für eine französische Alternative.

„Wir können Software entwickeln, die so eine Tat verhindert“

Lassen sich Auto-Anschläge und -Amokfahrten verhindern?
Ja, sagt Unfallforscher Siegfried Brockmann. Aber das werde dauern

Interview **Raoul Spada**

taz: Herr Brockmann, bei Anschlägen und Amokfahrten wird das Auto zur Waffe. Neben den islamistischen Anschlägen fast vergessen sind die zahlreichen Amokfahrten, bei denen die Täter ohne politisches Motiv handelten. Lässt sich das verhindern?

Siegfried Brockmann: Ja. Wir könnten ohne Weiteres eine Software entwickeln, die solche Taten komplett verhindert.

taz: Wie sähe so ein System aus?

Brockmann: Zuerst braucht es moderne Sensorik, also mindestens eine Kamera und mehrere Sensoren mit verschiedenen Reichweiten, Radar und Infrarot. Dann braucht es die passende Software.

taz: Und die gibt es noch nicht.

Brockmann: Ab 2026 ist laut der General Safety Regulation (Verordnung zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit, Anm. d. Red.) der EU bereits ein System für alle neu zugelassenen Fahrzeuge verpflichtend, das reagiert, wenn es einen Fußgänger erkennt. Die Software des Notbremsassistenten wertet die Sensorik aus, erkennt einen Fußgänger und sogar seine Laufrichtung. Aber es gibt immer einen Unterschied zwischen Sehen und Verstehen. Auf Menschenmengen sind die Systeme etwa nicht trainiert, sie erkennen darin nur eine amorphe Masse. Das lässt sich ändern.

taz: Und das könnte Todesfahrten wie die beim Berliner Christopher Street Day verhindern?

Brockmann: Ich halte es für denkbar, dass das Fahrzeug, das der Attentäter jetzt benutzt hat, schon auf Fußgänger reagiert hat. Dass es vergleichsweise wenige Opfer gegeben hat, könnte daran gelegen haben, dass so ein System immer wieder heruntergebremsst hat. Die heutigen Systeme lassen sich aber alle noch übersteuern. Es kann sein, dass der Täter immer wieder

beschleunigen und nachlenken musste und keine Ahnung hatte, was da vor sich geht. In der Zukunft könnten wir das Auto vielleicht nicht immer zum Stillstand bremsen, aber mindestens tödliche Energie rausnehmen.

taz: Schränkt das die fahrende Person nicht zu stark ein?

Brockmann: Wenn ich ein Fahrzeug kaufe und niemanden umbringen möchte, dann ist ein Bremsassistent doch eine Bereicherung.

taz: Und wenn das System mal falsch liegt?

Brockmann: Diese Angst ist unbegründet. Im Zweifel wird es immer die sichere Variante wählen. Falls es sich nicht ganz sicher ist, wird es nicht bremsen. Das ist schon bei aktuellen Systemen der Fall.

taz: Wäre es nicht auch eine Möglichkeit, Autos mittels Software in gesperrten Zonen zum Stehen zu bringen oder eine reduzierte Geschwindigkeit zu erzwingen?

Brockmann: Im Fachjargon heißt das Geofencing und es hat einen großen Nachteil: Es ist nicht gut genug. GPS-Systeme haben teilweise Abweichungen von mehreren Metern, da kann viel schiefgehen mit fatalen Auswirkungen.

taz: Auch für größere Areale wäre das keine Option?

Brockmann: Für einen Weihnachtsmarkt zum Beispiel? Nein. So eine Sperrzone müsste immer gesperrt sein. Wenn das nicht ständig aktualisiert wird, weiß das System am Ende noch gar nichts von der morgendlichen Sperrung. Mal ganz abgesehen von den Datenschutzproblemen.

taz: Die es bei automatischen Bremssystemen nicht gibt?

Brockmann: Nein, überhaupt nicht. Weil ich keine personenbezogenen Daten erhebe. Das System erkennt Fußgänger und macht eine Notbremsung. Ein Datenschutz-Problem entsteht erst, wenn das Fahrzeug mit dem Hersteller ver-



bunden ist, der in jeder Sekunde weiß, wo ich mich befinde.

taz: Dauert es nicht zu lange, bis wir so zu irgendeiner Art von Gefahrenabwehr kommen?

Brockmann: Dazu muss ich immer wieder sagen: Der Einwand ist korrekt. Aber für Abbiegeassistenten und ähnliche Systeme brauchen wir ebenso lange. Aber wenn das das Argument ist: Wenn wir jetzt nicht darüber sprechen, sind wir auch in zehn Jahren noch nicht weiter. Im Übrigen wird auch kein Hersteller daran gehindert, zu sagen: Ich mache hier sowieso automatisiertes Fahren. Da nehme ich die Funktion gleich mit rein.

taz: Auch bei Mietwagen und beim Carsharing ginge das sicher schneller.

Brockmann: Ja, insofern die Anbieter das freiwillig umsetzen. Wenn Sie privat ein Auto haben, dann fährt das Ding mindestens zehn Jahre im zweiten oder

dritten Besitz. Carsharing-Anbieter erneuern ihre Flotten dagegen oft. Das heißt, wenn es diese Technik erst mal gäbe, wäre es dort natürlich in allen Mietwagen, in allen Carsharing Systemen sehr schnell verfügbar.

taz: Auch in älteren Autos?

Brockmann: Großflächig? Keine Chance. Vielleicht bei einzelnen Herstellern, aber das wäre ein komplizierter Eingriff ins Betriebssystem.

taz: Von den Autokonzernen kommt da nichts?

Brockmann: Es ist mir total rätselhaft, warum die damit nicht punkten wollen. Gerade die Hersteller, die Sicherheit in ihrer DNA haben. Wenn ich die Sensorik sowieso einbaue, kostet mich das kein halbes Jahr. Das verstehe ich überhaupt nicht.

taz: So eine Einschränkung des Fahrvergnügens verkauft sich bestimmt schlecht.

Brockmann: Aber die Entscheidung, in eine Fußgängergruppe zu rasen, die will man ja einschränken. Wer da was dagegen hat, ehrlich, dem müsste man eine Behandlung verordnen.



Foto: Björn-Steiger-Stiftung

Siegfried Brockmann, Jahrgang 1959, ist Leiter der Unfallforschung bei der Björn Steiger Stiftung. Zuvor leitete er fast zwei Jahrzehnte die Unfallforschung der Versicherer (UDV) im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Das Auto, mit dem ein mutmaßlicher Islamist den CSD in Berlin angriff. Schon jetzt können Autos Fußgänger erkennen und abbrem sen
Foto: Jason Tscheppljakow/dpa

Starkregen, Hochwasser und Erdbeben

Überschwemmungen nehmen in Russland zu. Viele Wälder brennen. Und immer mehr Russ*innen halten das für einen von der Natur vorgegebenen Prozess

Aus Moskau **Vera Bessonova**

Der Klimawandel ist zwar längst im Bewusstsein der Menschen in Russland angekommen. Dass es globale Erderwärmung gibt, zweifelt kaum noch jemand grundsätzlich an. Anders ist das bei der Frage, wer sie zu verantworten hat. Einer Umfrage des staatlichen russischen Meinungsforschungsinstituts VCIOM von 2025 nach zu urteilen, glauben 44 Prozent der russischen Bevölkerung, Tendenz steigend, dass es sich dabei um einen von der Natur vorgegebenen Prozess handelt. Und das ist, gelinde gesagt, bedenklich. Denn der Klimawandel ist menschengemacht, geht besonders auf das Konto großer Industrienationen - und macht das Auftreten extremer Wetterereignisse auch in Russland wahrscheinlicher.

In der Hauptstadtregion sind noch die Erinnerungen an den Extremsommer 2010 wach, als, begünstigt durch lang andauernde Hitze und fehlende Niederschläge, verheerende Feuer in trockengelegten Torfgebieten ausbrachen und Moskau in eine hochgradig giftige Rauchwolke hüllten.



Überflutete Ortschaften im Oblast Swerdlowsk im Juli 2026
Foto: Donat Sorokin/ZUMA Press/imago

Und auch in den vergangenen Jahren häuften sich in der Metropole sintflutartige Regenfälle in einem Ausmaß, dass sich derartige Vorfälle nicht mehr als Ausnahmeerscheinungen abtun lassen. Im Juni und Juli verwandelten sich mehrmals ganze Straßenzüge in Flüsse, Autos verschwanden stellenweise fast komplett unter den Fluten, Einkaufszentren standen unter Wasser, Bäume hielten den Sturm böen nicht stand. Tornados richteten regelmäßig erhebliche Schäden an.

Kürzlich warnte Wladimir Tetelmin, Professor am Lehrstuhl für Systemökologie der Fakultät für Umweltwissenschaften der Russischen Universität der Völkerfreundschaft RUDN, vor zunehmenden Sturzfluten als Folge der Erderwärmung. Innerhalb der kommenden 30 bis 40 Jahre, so Tetelmin, würden sie sich zur neuen Norm entwickeln. Besonders betroffen seien der Ural, Sibirien, der russische Ferne Osten und der Nordkaukasus.

Dabei sehen sich die Menschen auch dort schon jetzt mit teils verheerenden Überschwemmungen konfrontiert. Das Jahr 2026 stand bisher vielerorts im Zeichen heftiger Regenfälle und Hochwasser. Ob in Nowosibirsk oder Tschita – überall zeigen sich die gleichen Bilder. Besonders kritisch entwickelt sich die Situation in abgelegenen Gebieten. So wurde die einzige befahrbare Straße nach Bodaibo im Irkutsker Gebiet, bekannt für seinen Goldabbau, geflutet, sodass die Stadt auf dem Landweg nicht mehr erreichbar war.

Im Swerdlowsker Gebiet, wo einer der niederschlagsreichsten Juniwerte seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gemessen wurde, kam es zu kuriosen und gleichzeitig erschreckenden Vorkommnissen. Als der Fluss Schajtanka über die Ufer trat, riss er einen Teil des Fischbestandes mit. Nachdem das Wasser zurück ins Flussbett abgeflossen war, glitzerte der Waldboden silbern wegen der vielen Fische, die dort zurückgeblieben und verendet waren.

Dagestan im Nordkaukasus traf es bereits im Frühjahr besonders hart. Nach rekordver-

dächtigen Regenfällen Ende März kam es in mehreren Gebieten der am Kaspischen Meer gelegenen russischen Republik zu Erdbeben. Ein Damm brach, in Machatschkala stürzte ein dreistöckiges Wohnhaus ein, Hunderte Häuser trugen Schäden davon, sieben Menschen starben, darunter einige Kinder. Schnell wurde der Vorwurf laut, die Behörden hätten versagt, weil Hilfe erst mit Verspätung geleistet wurde und die Bewohner:innen der betroffenen Ortschaften zunächst weitgehend sich selbst überlassen waren.

Dagestan hat es zumindest in die Schlagzeilen geschafft - fast in Vergessenheit gerät, dass wie jedes Jahr im Land Waldbrände toben. Gefährliche Brandherde

entstanden bereits im Frühjahr vor allem jenseits des Baikalsees, Waldbrandgefahr wurde im April in Dutzenden Regionen Russlands ausgerufen. Dass sich in den vergangenen Jahren die Brände nicht ausweiteten, sondern leicht rückläufig sind, ist nur ein schwacher Trost.

Zwar erhöhte die Regierung Zuschüsse für die Forstwirtschaft aus dem Staatshaushalt, aber nach wie vor bleibt die Verantwortung für die Brandbekämpfung bei den finanziell, oft auch personell schlecht ausgestatteten Regionalbehörden. Übersteigen die Kosten für Löscharbeiten den wirtschaftlichen Wert entflammter Waldgebiete, lassen die Behörden dem Feuer einfach seinen Lauf.

Anzeige



Die Welt verstehen.

Immer dienstags, mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.

taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM

hitzschlag

Zwischen Betonburgen und dem Bosphorus

Auch in Istanbul schwitzen sich die Menschen durch die Sommerhitze. Wer kann – also die Mittel- und Oberschicht – weicht in Feriendomizile am Meer aus

Aus Istanbul **Jürgen Gottschlich**

Es ist Anfang August, die heißeste Zeit im Jahr. Obwohl die Wettervorhersage 33 Grad angekündigt hatte, ist es direkt am Bosphorus in Istanbul angenehm kühl. Ein starker Wind vom Schwarzen Meer, die Menschen hier nennen ihn „Poyraz“, weht den Bosphorus hinunter ins Marmarameer und sorgt für Temperaturen weit unter den angekündigten. Große Platanen helfen außerdem dabei, dass es auch im Ort überwiegend schattig und angenehm bleibt.

Doch die wenigsten der bald 20 Millionen Menschen, die im Großraum Istanbul leben, erfreuen sich derart angenehmer Bedingungen. Die meisten der immer weiter ins Umland wuchernden Vororte sind Betonburgen, in denen kaum ein Baum steht und die sich in der Sommerhitze entsprechend aufladen. Der vor einem Jahr verhaftete Istanbul Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu hatte schon vor Jahren versprochen, in diesen Vierteln Grünflächen und Parks anlegen zu lassen. Einige dieser Projekte konnte er realisieren – doch seit seiner Verhaftung und der Hunderter weiterer Mitarbeiter der Stadtverwaltung stocken die Projekte. Die Verwaltung der Stadt läuft nur noch im Notstandsmodus.

Die Hitze zählt da zu den kleineren Problemen. Auch wenn es dazu keine offiziellen Zahlen gib: Die Anzahl der Hitzetoten dürfte weit unter den Annahmen liegen, die es in Deutschland während der letzten Hitzewellen gab. Das liegt natürlich daran, dass sich das Leben in der Türkei seit Langem der Sommerhitze angepasst hat. Von Mitte Juni bis Mitte September schaltet das gesamte Land einige Gänge runter. Schulen und Universitäten haben drei Monate Ferien, auch die Justiz macht eine längere Gerichtspause, das Parlament tagt nicht und die gesamte öffentliche Verwaltung ist dünner besetzt. Wer arbeiten muss, tut das gewöhnlich in klimatisierten Räumen, das gilt natürlich auch für Krankenhäuser, Pflegeheime und so weiter.

Die Städte, insbesondere Istanbul, werden in dieser Zeit auch auffallend leerer. Die Massmigration vom Land in die Metropolen ist ja oft gerade mal eine Generation her. Viele Familien haben noch enge Kontakte in die Dörfer ihrer Eltern und Großeltern und kehren im Sommer für die heißen Monate dorthin zurück. Die Mittel- und Oberschicht weicht in ihre Feriendomizile am Meer aus.

Allerdings macht sich gerade dort der Klimawandel in den letzten Jahren besonders bemerkbar. Die Orte an der Mittelmeerküste und auch in der südlichen Ägäis werden mittlerweile so heiß, dass der Aufenthalt im Juli und August dort kein Spaß mehr ist. Temperaturen von mehr als 40 Grad machen das Leben im Ferienhaus unerträglich, dann bleiben einige doch lieber in den heißesten Wochen in Istanbul.

Dazu kommen die immer stärker zunehmenden Waldbrände. In der Türkei hat es Ende Juli, Anfang August an knapp 300 Orten entlang der Mittelmeer- und Ägäisküste gebrannt. Man hat in den letzten Jahren in die Früherkennung von Bränden investiert, durch mehr Feuertürme und Drohnen werden die Wälder besser überwacht als früher. Die meisten der Feuer konnten deshalb schnell gelöscht werden. Einige entwickelten sich dennoch zu Großfeuern, die tagelang brannten. Glücklicherweise kam es in diesem Jahr noch nicht zu solchen Monsterfeuern wie in Frankreich oder Spanien – aber der Sommer ist ja noch lang.

Mittelfristig das größte Problem ist aber die Wasserversorgung. Die sommerlichen Dürreperioden werden länger und die Winter und Frühjahrsregenfälle immer unregelmäßiger. Zu römischen, byzantinischen und auch noch zu osmanischen Zeiten hatte Istanbul große unterirdische Zisternen, in denen das Wasser für die Sommermonate gespeichert wurde. Die gibt es schon lange nicht mehr. Stattdessen wird die Stadt jetzt mit Wasser versorgt, dass teils über Hunderte Kilometer weit herans transportiert wird. Da das in regenarmen Jahren schon jetzt nicht mehr reicht, wird nun über eine große Meerwasserentsalzungsanlage nachgedacht.



Ein Erfolg für den progressiven Flügel der Demokratischen Partei, Abdul El-Sayed bei seiner Siegesrede am 4. August
Foto: Andrew Roth/Zuma Press/imago

Kopf-an-Kopf-Rennen in Michigan

In dem US-Bundestaat gewinnt wohl Abdul El Sayed, Kandidat des progressiven Flügels der Demokratischen Partei, die Senatskandidatur seiner Partei

Aus New York **Sebastian Moll**

Die Stimmen in Michigan waren noch nicht ganz ausgezählt, es gab noch immer eine hypothetische Chance, dass Hayley Stevens die Vorwahl um die Senatskandidatur für die Demokratische Partei gewinnt. Doch als Abdul El Sayed um ein Uhr morgens vor die Kameras trat, hielt er eine kaum verhohlene Siegesrede. „Ab morgen“, sagte er, „werden wir unsere Reihen schließen und uns auf unseren wahren Gegner konzentrieren“ – den republikanischen Kandidaten Mike Rogers. Den er „die schlimmste Sorte von MAGA“ nannte und einen „Stiefellecker Trumps“, mit Bezug auf den Slogan „Make America Great Again“ (MAGA) des US-Präsidenten Donald Trump.

Die Auszählungen um ein Uhr früh zeigten Sayed mit 2 Prozentpunkten Führung vor seiner Gegnerin Hayley

Stevens. Ein Ergebnis, das die meisten Umfragen nicht derartig knapp vorhergesagt hatten – einige Umfragen hatten einen Sieg für Sayed mit bis 19 Punkten projiziert. Die Wahl, die der *New-York-Times*-Repor-

„Man gewinnt heute keine Wahlen mehr, indem man Spenden sammelt und einen Haufen Fernsehwerbung kauft“

Abdul El Sayed, US-Demokrat

ter Michael Kruse als die bislang wichtigste Vorwahl der diesjährigen Midterms beschrieb, war ein Erfolg für den progressiven Flügel der Demokratischen Partei, dem Sayed angehört. Aber es war kein überwältigender Triumph.

Die Wahl wurde als so wichtig angesehen, weil sich im Mittleren Westen der USA zeigen sollte, ob die progressive Politik einer neuen Generation demokratischer Kandidaten nicht nur in den urbanen Zentren der Küsten, sondern auch in der Mitte Amerikas eine Chance hat. Sayeds knapper Sieg deutet darauf hin, ebenso wie der Sieg des Demokratischen Sozialisten Donovan Kinney in der Vorwahl um den Sitz im Abgeordnetenhaus sowie der des Klimaaktivisten William Lawerence in einem anderen Bezirk. Doch es eignete sich kein Erdbeben in der Mitte Amerikas. Die Wähler sind wohl dennoch bereit, neuen Ideen eine Chance zu geben. Doch sie sind noch vorsichtig. In Missouri etwa wurde die demokratische Sozialistin Cori Bush bei ihrem Comeback-Versuch besiegt.

Die Wahl war auch ein Referendum über das Geld von Lobbygruppen in der amerikanischen Politik. Verschiedene

Interessengruppen hatten insgesamt mehr als 70 Millionen Dollar ausgegeben, um Sayed zu besiegen. Darunter war die Rekordsumme von 30 Millionen der proisraelischen Lobbyorganisation Aipac. Insgesamt hatte Hayley Stevens ein Budget zur Verfügung, das mehr als zehnmal so hoch war wie jenes von Sayed.

Dass das Geld allein keine Wahlen mehr entscheidet, bestätigte in Michigan, was man bereits zuvor in New York und Pennsylvania gesehen hatte. „Man gewinnt heute keine Wahlen mehr, indem man Spenden sammelt und einen Haufen Fernsehwerbung kauft“, so Sayed. Wichtiger sei gerade im digitalen Zeitalter eine Politik zum Anfassen. Sayed verfügte über ein enormes Netzwerk an Freiwilligen, die von Tür zu Tür gingen. Er selbst trat bei weit über 100 Veranstaltungen auf.

Die Taktik von Aipac in Michigan war dabei, trotz der enormen Ausgaben, eher zurückhaltend. Obwohl die Gruppe das erklärte Ziel hat, eine breite Pro-Israel-Koalition zu formen, war in den Radio- und TV Spots in Michigan kaum von Israel die Rede. Stattdessen konzentrierte man sich auf das zentrale Thema des Wahlkampfes – die Lebenshaltung für die Mittel- und die Arbeiterschicht. Aipac schien anzunehmen, dass der Gazakrieg unter den Wählern wohl keine mehrheitliche Unterstützung finden würde.

Sayed möchte in Washington gegen die Unterstützung von Israel, gegen den Irankrieg, für universelle Krankenversicherung und kostenlose Bildung an öffentlichen Schulen kämpfen. Bei all diesen Themen wird er mutmaßlich Verbündete aus New York, Kalifornien und Pennsylvania finden. Und im Verlauf der kommenden Wochen werden noch einige hinzukommen.



Die Schlacht um die Wahlkabine

Die israelische Regierungspartei Likud tut sich vor den Wahlen im Oktober mit versuchter Einflussnahme hervor. So soll etwa der Diaspora die Anreise erschwert werden

Von **Tamar Ziff**

In Israel stehen im Oktober Wahlen an. Sie sind heiß umkämpft – und gerade die derzeitige Regierungspartei Likud scheint dabei auch mit unlauteren Mitteln zu kämpfen.

Bislang durften bei Wahlen in Israel Informationen über das Wahlverhalten der israelischen Bürgerinnen und Bürger an die politischen Parteien weitergegeben werden. Diese Informationen wurden in eine Datenbank eingespeist, in der Wählerdaten gebündelt und mit personenbezogenen Daten abgeglichen werden, die von externen Anbietern erhoben wurden – etwa die Telefonnummer, der Wohnort, die politische Ausrichtung und das bisherige Wahlverhalten. Zu diesen Informationen haben die Parteien Zugang. Und nutzten sie etwa, um am Wahltag gezielt Nachrichten an ihre vermeintlichen Anhänger, die noch nicht gewählt hatten, zu senden.

Damit ist nun Schluss: Am Dienstag entschied der Vorsitzende des israelischen Zentralen Wahlausschusses, Richter Noam Sohlberg, dass Vertreter politischer Parteien nicht mehr in Wahllokalen anwe-

send sein dürfen, um zu protokollieren, wer für ihre Partei abgestimmt hat. Und erklärte, dass „die Weitergabe von Informationen über die tatsächliche Stimmabgabe und deren Umstände“ einen Verstoß gegen die Privatsphäre darstelle. Die Entscheidung folgte auf eine Petition, die argumentierte, dass die gängige Praxis das Grundprinzip der Wahlgeheimnis verletze.

Die Entscheidung des Zentralen Wahlausschusses wurde von der Regierungspartei Likud sowie anderen Parteien aus dem rechten Spektrum verurteilt. Kommunikationsminister und Likud-Politiker Shlomo Karhi erklärte: Sie beeinträchtige die Fähigkeit aller Parteien, Wähler zu mobilisieren, insbesondere rechtsgerichtete Wähler. Und schob nach: „Wir werden die Informationen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln beschaffen.“

Karhi griff zudem Sohlberg sowie die Autorität des Obersten Gerichtshofs und des Generalstaatsanwalts scharf an. Das ist ein bekanntes Muster, die rechts-religiöse Regierung von Premier Benjamin Netanjahu arbeitet seit Beginn ihrer Amtszeit an der Diskreditierung der Jus-

tiz. Karhi veröffentlichte später ein KI-Video mit einer offensichtlich gefälschten Gerichtsverhandlung, in der er sich im Fall „Shlomo Karhi gegen den Deep State“ wegen „Treue zum Volk“ trotz „erfundener Anklagepunkte“, „schuldig“ bekennt. Karhi sitzt seit 2019 in der Knesset und seit 2021 in der Regierung.

Der versuchten Einflussnahme auf die Wahlen seitens der Regierung ist damit aber nicht genug: Jüngst reichen Vertreter des Likud beim Zentralen Wahlausschuss einen Antrag ein, der Israelis in Israel verbieten soll, Israelis im Ausland, die zur Wahl einfliegen möchten, zu beherbergen. Der Diaspora soll so die Teilnahme an den Wahlen erschwert werden. Wer in Israel wählen will, muss sich dafür im Land befinden.

Anfang Juli diskutierte das israelische Verkehrsministerium laut der israelischen Zeitung *Ha'aretz* informell Möglichkeiten, Flüge aus dem Ausland nach Israel zu den Wahlen zu beschränken. Berichten zufolge wurden außerdem mehrere hundert im Ausland lebende Wähler ohne ihr Wissen aus dem Wählerverzeichnis des Innenministeriums gestrichen. Seit dem Antritt der Regierung

und noch vemehrt seit Oktober 2023 wandern immer mehr Israelis, vor allem liberalere, aus. Laut der Universität Tel Aviv liegt das vor allem an „politischen Spannungen, wirtschaftlichen Belastungen und langwierigen militärischen Konflikten“. In einer Umfrage des Oranim College 2025 dazu wurde die Regierung direkt als Grund genannt.

Vor Kurzem warnte der israelische Präsident Isaac Herzog vor „gefährlicher Gewalt“ im Vorfeld der bevorstehenden Wahl. Er sei über „interne und externe Bedrohungen“ der Integrität der Wahlen informiert worden, unter anderem vom Chef des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, David Zini. Herzog forderte die Israelis auf, die Wahlen nicht in einen „Bürgerkrieg“ zu verwandeln.

Zini selbst hatte wenige Tage zuvor empfohlen, dass eine rechtsextrem-kahanistische Partei namens „Ein jüdisches Israel, ganz und stark“ zur Wahl zugelassen werden solle. Sie war zuvor disqualifiziert worden, da sie von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen Kach-Partei des fanatischen Rechtsextremen Meir Kahane geführt wird. Woher also die Bedrohung kommt, ist Ansichtssache.

Menschenjagd mit Drohnen

Ein Gemüsehändler im ukrainischen Cherson wird von einer russischen Drohne angegriffen. Ein Video des Angriffs geht viral. Für viele Ukrainer ist das längst Alltag

Aus Sumy **Anna Klochko**

Ein Gemüsehändler aus der südukrainischen Stadt Cherson wird von einer russischen Drohne verfolgt. Sie kreist um sein Fahrzeug und explodiert anschließend in unmittelbarer Nähe des Mannes. Das Video, das am Dienstag veröffentlicht wurde, verbreitete sich rasch in den internationalen Medien.

Der 52-jährige Juri überlebte, musste jedoch mit einem Schädel-Hirn-Trauma, einer Explosionsverletzung, einer Gehirnerschütterung sowie Splitterwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden. Für viele Zuschauer außerhalb der Ukraine waren diese Bilder ein Schock. Viele Ukrainer wiederum waren überrascht, dass solche Szenen im Westen nach wie vor als etwas Neues wahrgenommen werden.

Tatsächlich ist der Angriff in Cherson nur einer von vielen derartigen Vorfällen. Gezielte Angriffe russischer Drohnen auf Zivilisten in Frontnähe werden seit 2024 dokumentiert. Drohnenpiloten spüren Menschen auf Straßen und Wegen sowie in Innenhöfen auf. Sie verfolgen Autos, Fahrräder sowie öffentliche Verkehrsmittel.

Zu den Opfern zählen Passanten, Dorfbewohner bei der Arbeit auf ihren Grundstücken, Autofahrer, Bus-Insassen, Sanitäter, Rettungskräfte und Mitarbeiter kommunaler Dienste. Derartige Angriffe werden nicht nur in der Region Cherson verzeichnet, sondern auch in den Gebieten Charkiw, Sumy, Donezk, Saporischschja und anderen frontnahen Regionen.

Die Frontlinie in der Ukraine erstreckt sich über rund 1.200 Kilometer. Das entspricht der Strecke von Berlin nach Rom. Entlang dieser Linie setzen russische Einheiten täglich FPV-Drohnen ein. FPV steht für „First



Ukrainische Einheit im Gebiet Charkiw, die russische FPV-Drohnen eliminieren soll Foto: Viacheslav Madiievskiy/NurPhoto/Imago

Person View“ – also die Sicht aus der Ich-Perspektive. Der Bediener empfängt das Kamerabild in Echtzeit, sieht das gewählte Ziel und steuert die Drohne anhand dieser visuellen Informationen.

Das kleine Fluggerät kann Geschwindigkeiten von bis zu 150 Kilometer pro Stunde erreichen, im Tiefflug operieren, zwischen Häusern und Bäumen manövrieren und ein bestimmtes Ziel ins Visier nehmen. Solche Drohnen können mit einem Gefechtskopf von einem bis fünf Kilogramm Gewicht ausgestattet werden und Personen oder Fahrzeuge entweder durch ei-

nen direkten Treffer oder durch eine Explosion in unmittelbarer Nähe ausschalten.

In Russlands Krieg gegen die Ukraine haben sich FPV-Drohnen zu einer der am weitesten verbreiteten Waffenarten entwickelt – sie sind vergleichsweise kostengünstig, manövrierfähig und schwer abzufangen. Im Durchschnitt greifen russische Streitkräfte die ukrainische Seite täglich mit 7.000 FPV-Drohnen an.

Herkömmliche FPV-Drohnen werden über Funk gesteuert – eine Verbindung, die durch Maßnahmen der elektronischen

Kampfführung gestört werden kann. Allerdings setzen russische Truppen zunehmend Drohnen ein, die über ein Glasfaserkabel gesteuert werden, über das sowohl Steuerbefehle als auch Bilddaten übertragen werden. Solche Fluggeräte lassen sich mit herkömmlichen Mitteln nur sehr schwer stören.

Ganze Straßenzüge in Sumy, Cherson, Saporischschja und anderen Städten nahe der Front sind mit Anti-Drohnen-Netzen überspannt. Sie bieten zwar keinen hundertprozentigen Schutz, üben jedoch einen ständigen psychischen Druck

aus: Selbst in der eigenen Straße fühlt man sich wie in einem Käfig – aus dem herauszublicken man dennoch Angst hat.

In verschiedenen Stadtteilen von Sumy wurden bereits russische FPV-Drohnen geschickt. Ziel der Angriffe sind Wohnviertel, private Grundstücke, Straßen, zivile Fahrzeuge und Infrastruktureinrichtungen. Im vergangenen Juni griff eine russische FPV-Drohne einen Trauerzug am Stadtrand von Sumy an – ein Mensch, dem die Beine abgerissen wurden, kam ums Leben.

Mehrere weitere Personen wurden verletzt. Autofahrer aus

Sumy müssen bis zu 30 Kilometer aus der Stadt hinausfahren, um zu tanken, da ein Großteil der Tankstellen in Sumy bereits durch Angriffe von FPV-Drohnen beschädigt oder zerstört wurde.

FPV-Drohnen haben die Wahrnehmung von Gefahr grundlegend verändert. Bei einem Raketenangriff, einem Einschlag einer gelenkten Fliegerbombe oder einem Anflug von „Schahed“-Drohnen bleibt

Straßenzüge in Städten nahe der Front sind mit Anti-Drohnen-Netzen überspannt

den Menschen oft zumindest eine Minute Zeit, um Schutz zu suchen. Im Juli herrschte in Sumy zusammengekommen 25 Tage und sechs Stunden Luftalarm.

Und dennoch fahren die Menschen weiterhin zur Arbeit, nutzen Verkehrsmittel, bestellen die Felder und halten das Leben in den frontnahen Gebieten aufrecht. Nicht, weil sie keine Angst hätten, sondern weil ein Stillstand des Alltagslebens entlang der 1.200 Kilometer langen Front das allmähliche Verschwinden ganzer Regionen bedeuten würde.

Glücklicherweise hat Juri aus Cherson den Drohnenangriff überlebt – Hunderte andere Menschen in der Ukraine haben das hingegen nicht. Und es wird weitere Opfer geben, denn nahezu täglich werden Ukrainer bei derartigen Angriffen verletzt oder getötet. Und ein Ende dieses Krieges ist derzeit nicht abzusehen.

Aus dem Russischen von Barbara Oertel

Straßenreiniger aus China und Indien

Wegen hoher Kriegsverluste setzt Russland jetzt auf Migration. Die ankommenden Menschen werden mit viel Geld gelockt und oft Opfer fremdenfeindlicher Gewalt

Von **Mathias Brüggmann**

Seit der russischen Vollinvasion in der Ukraine sind 1,4 Millionen russische Soldaten gefallen oder so schwer verwundet worden, dass sie in der Armee ausfallen – und meist auch an ihren früheren Arbeitsplätzen. Zwischen Kaliningrad und Kamtschatka fehlen immer mehr Arbeitskräfte: aktuell laut der Moskauer Wirtschaftshochschule HSE 2,6 Millionen, allein in der Hauptstadt 500.000.

Russland braucht Migration: „Ausländische Arbeitskräfte ermöglichen es russischen Unternehmen, den Personalmangel in den Bereichen Bauwesen, Logistik, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Dienstleistungen und Industrie auszugleichen“, sagt Julia Kusnezowa, Expertein der Consultingfirma „Laboratorija smyslow“ (Labor der Ideen) in St. Petersburg.

Während das Riesenreich Migration braucht, schreckt es zugleich die einwandernden Menschen ab: „Jeder Migrant muss bei der Registrierung ein Mobiltelefon kaufen. Auf diesem Handy wird sein elektronisches Profil gespeichert. Und wir werden den Aufenthaltsort jedes Migranten kennen“, verkündete Vize-Innenminister Igor Subow Mitte Juli. „Ein Migrant wird nicht unkontrolliert von einem Ort an einen anderen umziehen können.“

Die App „Amina“ übermittelt der russischen Polizei die Aufenthaltsda-



Ein Straßenreiniger in Moskau Foto: Belkin Aleksey/news.ru/picture alliance

ten der User. Aktuell gibt es in Russland laut offizieller Statistik 5,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte, 10 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Denn vor allem aus Zentralasien und dem Kaukasus kommen weniger Menschen nach Russland – obwohl Personen aus den Nachfolgestaaten der UdSSR keine Visa brauchen.

Aber es gibt zunehmende Schikanen spätestens seit dem Anschlag auf das Moskauer Ausstellungs- und Konzertzentrum „Krokus“ im März 2024. Bei dem Anschlag mit 151 Getöteten wurden vier Tadschiken verurteilt, nachdem sie in U-Haft gefoltert worden waren.

Seither wurde der visafreie Aufenthalt auf 90 Tage halbiert. Kinder dürfen nur nach schweren Russisch-Tests

in die Schule gehen, 2025 fielen 87 Prozent durch die Aufnahmeprüfung. Wer sein Visum nicht rechtzeitig verlängert bekommt, riskiert Kontensperrung und Wohnungsverlust. Die Zahl der ausgegebenen Arbeitserlaubnisse an Menschen aus Staaten der Ex-Sowjetunion ist im ersten Halbjahr um 21 Prozent auf 1,1 Millionen gesunken.

So setzt der Kreml jetzt auf gezielte Anwerbung in Asien und Afrika. Im ersten Halbjahr wurden bereits fast 150.000 Arbeitsvisa erteilt: über 70.000 in China, fast 34.000 in Indien und etwa 10.000 in Vietnam. Gelockt wird mit Löhnen wie für Einheimische: etwa 1.100 Euro für Straßenreiniger in St. Petersburg mit zusätzlich kostenloser Unterkunft und Gratis-Essen oder 1.500 Euro bei der

Staatsbahn RZD und 600 bis 800 Euro auf dem Bau.

Zuletzt hat Kremlchef Wladimir Putin eine nahezu grenzenlose Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte erlaubt. Das kritisiert der Abgeordnete Dmitrij Asejew in der Wolgastadt Samara: „Unsere Leute werden entlassen und wir holen welche aus Indien“, kommentierte er die ersten Anstellungen von 35 Indern bei der Bahn. Ein indischer Diplomat in Moskau indes nannte es eine Win-win-Situation: „Russland will Arbeiter importieren, Indien seine Arbeitslosigkeit exportieren.“

Der wegen des Krieges nach Litauen geflohene russische Wirtschaftsprofessor Igor Lipsiz sieht die Sprachbarriere als Hauptproblem: „Man holt Menschen ins Land, mit denen man sich nicht verständigen kann. Das bedeutet, dass sie nur für einfachste Tätigkeiten wie Transporte, Reinigungsarbeiten und Schneeschippen eingesetzt werden können.“ Aber es müsse darum gehen, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen – sie seien für das Land am wichtigsten.

Russland ziele vor allem auf Indien und China, „um die Zahl muslimischer Einwanderer zu verringern“, meint Ökonom Andrej Jakowlew. Zuständig dafür ist die staatliche Agentur Intrad in Moskau – Abkürzung für ausländische Arbeitskräfte. 2025 wurden lang-

fristige Arbeitskräfteanwerbeabkommen geschlossen.

Laut Julia Kosarewa von WMT Consult müssten Unternehmen ein Jahr im Voraus Bedarfe anmelden, Flüge zahlen, Unterkünfte organisieren und Dolmetscher – und bei Verletzungen des Immigrationsrechts hohe Strafen zahlen. Scheitert die Anwerbung, muss die anfordernde Firma trotzdem zahlen.

Wie in der Rüstungsstadt Alabuga: Von dort angeworbenen 500 Arbeitskräften aus Uganda kamen nur 60. Dennoch stellen bereits 37 Prozent der russischen Unternehmen ausländische Arbeitskräfte ein, 43 Prozent erwägen es – vor 2022 waren es nur 5 Prozent.

Die russische Menschenrechtsorganisation „Sowa“ (Eule) registrierte voriges Jahr 276 Fälle xenophober Gewalt. Die Polizei mache regelmäßig gewaltsame Razzien in Moscheen oder schlage Migranten in Banjas und Wohnheimen. Zuletzt kam es auch zu sexuellen Übergriffen in Rüstungsfabriken und völliger Isolation der Migranten in Alabuga.

Dazu kommen unbezahlte Überstunden, Umgang mit giftigen Chemikalien in Fabriken und Alltagsrassismus. Immer wieder kommt es in Russland auch zu Morden an Zugewanderten. Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow fordert bereits einen anderen Weg: Russland solle verstärkt seine Rentner wieder arbeiten lassen. Von ihnen gebe es 40 Millionen.



debatte

Neuer Verteilungskampf

Die Kassen wollen bei den Psychotherapien sparen. Was zu der heiklen Frage führt: Wer braucht eine Behandlung besonders dringend und wer nicht?

In Blick in eine Selbsthilfegruppe in Berlin für Menschen mit Ängsten und Depressionen: Eine Teilnehmerin schickt dutzendweise E-Mails raus an Therapeut:innen aus einer Datenbank, auf der Suche nach einer von den gesetzlichen Kassen finanzierten Psychotherapie. Es kommt eine einzige Antwort.

Ein weiteres Mitglied überlegt, als Selbstzahlerin leichter zugängliche privat bezahlte Therapiestunden zu buchen, Kostenpunkt 120 Euro. Eine redet abends mit ChatGPT auf der Suche nach Trost. Gut die Hälfte nimmt Antidepressiva und geht in Abständen zu Psychiater:innen. Einige haben Klinikaufenthalte hinter sich. Die Mehrzahl der Mitglieder ist berufstätig.

Die Suche nach Psychotherapieplätzen wird für diese gesetzlich versicherten Menschen künftig womöglich schwieriger. Laut dem sogenannten GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz soll das Angebot an

Psychotherapeuten suchen sich oft Fälle aus den eloquenten Mittelschichtmilieus heraus

von den gesetzlichen Kassen finanzierten Therapiestunden künftig stärker budgetiert, also verringert werden. Die Psychotherapeutenverbände laufen Sturm dagegen.

Ein Entschließungsantrag von Union und SPD, der nach der Sommerpause im Bundestag behandelt werden soll, will nun differenzieren. Die Behandlungen psychisch schwer kranker Menschen, also etwa Psychosekranker oder Hochdepressiver mit akuter Suizidgefährdung, sollen von der Budgetierung ausgenommen werden, ebenso die Vergütungen für Kinder- und Jugend-Psychotherapeut:innen und die Honorare für als „dringlich“ angesehene Fälle. Der Gemeinsame Bundesausschuss beim Bundesgesundheitsministerium soll bis Ende 2026 Regelungen zur Feststellung von „Dringlichkeit“ einer Behandlung erarbeiten.

Was aber können Dringlichkeitskriterien sein? „Bei der Definition von Dringlichkeit ist ein wichtiger Maßstab, welcher Schaden droht, wenn eine ambulante psychotherapeutische Behandlung nicht zeitnah erfolgt. Auch wenn wegen der psychischen Erkrankungen der Verlust des Arbeitsplatzes zu befürchten ist oder Funktionseinschränkungen etwa bei der Sorgeverantwortung für Kinder bestehen, können dies Kriterien für Dringlichkeit sein“, sagt Andrea Benecke, Präsidentin der Bundespsychotherapeuten-Kammer, der taz. Die Kammer hat beim Gemeinsamen Bundesausschuss ein Stellungnahmerecht.

Setzen sich Dringlichkeitskriterien durch, bekämen Patient:innen, die beim Erstgespräch in einer Akutsprechstunde bei der Psychotherapeut:in einen Dringlichkeitsvermerk zur Weiterbehandlung erhalten, wohl eher einen von den gesetzlichen Kassen finanzierten Therapieplatz, weil das Honorar dafür nicht in die geplante Budgetierung fällt. Psychiater:innen in Kliniken beklagen, dass sich Psychotherapeut:innen zur ambulanten Behandlung oft die „leichteren“ Fälle aussuchen, meist aus

den eloquenten Mittelschichtmilieus. Dies könnte sich mit verstärkter Einführung von „Dringlichkeitskriterien“ womöglich ändern.

Durch die Budgetierung bei den Fällen ohne Dringlichkeitsvermerk könnte sich das kassenfinanzierte Angebot an Psychotherapien aber verknappen. Die Wartezeiten dürften länger und der Verteilungskampf härter werden um die Behandlungen, die 12, 24 oder mehr Einzelstunden bei einer ausgebildeten psychologischen Psychotherapeut:in dauern. Dazu trägt bei, dass die Nachfrage weiter steigt, auch weil es nicht mehr so stigmatisiert ist, zum Therapeuten zu gehen.

Doch heute schon kehren offenbar viele Menschen nach einer seelisch bedingten Krankschreibung wieder in den Job zurück, ohne eine längere Psychotherapie begonnen zu haben. Nach einer Statistik der Krankenkasse DAK sind arbeitsunfähige psychisch Kranke im Durchschnitt 28 Tage lang krankgeschrieben. Laut Psychotherapeutenkammer beträgt die Wartezeit vom Erstgespräch bis zum Beginn einer von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlten sogenannten Richtlinien-therapie aber im Schnitt mehrere Monate.

Es wäre also sinnvoll, die Zugänge zu Hilfen in Krisen niedrigschwelliger und differenzierter zu gestalten und Alternativen anzubieten statt ellenlangen Wartezeiten auf eine Richtlinien-therapie. Derzeit gibt es schon niedrigschwelligere psychotherapeutische Sprechstunden für akute Fälle. In dieser Erstberatung sollten sich die Therapeut:innen nicht nur mit den Optionen zu Einzelgesprächen auskennen, sondern auch mit Gruppentherapien, mit Psychopharmaka, mit Kliniken und Tageskliniken, mit Sozialberatungsstellen, mit Selbsthilfegruppen, mit kassenfinanzierten Psycho-Apps, die zum Teil durch weitergebildete Psycholog:innen betreut werden. Auch die Chancen und Gefahren des Austauschs in den sozialen Netzwerken und mit Chatbots sollte man besprechen können.

Denn während die Wartezeiten auf längere Einzeltherapien zugenommen haben, ist das quasitherapeutische Angebot in den sozialen Medien, dem Ratgeber auf Youtube, der Selbsthilfelimiteratur angewachsen – ebenso wie der Konsum von Antidepressiva. Viele psychisch Angeknackste reden mit ChatGPT. Es gibt eine Motivation zur Selbsthilfe, aber die Leute suchen Ansprechpartner.

Damit die Vielfalt und Niedrigschwelligkeit gefördert wird, sollten die Zuschläge für Kurzzeittherapien und Akutsprechstunden der Psychotherapeut:innen nicht wegfallen, wie es das GKV-Spargesetz plant. Angebote von Videosprechstunden für die unterversorgten ländlichen Regionen sollten gefördert werden. Gespräche bei Psychiater:innen, die oft nur noch Medikamente verschreiben, müssen besser honoriert werden. Krisendienste mit geschulten Sozialarbeiter:innen sollten auch in kleineren Städten eingerichtet werden. Das Rückkehrmanagement in Betrieben für Mitarbeiter:innen nach Krisen muss unterstützt werden.

Mehr Krankschreibungen, Frührenten, tausendfache Langzeitarbeitslosigkeit wegen psychischer Erkrankungen – das ist derzeit die Realität. So was kann niemand wollen. Was auch heißt: Billiger wird es nicht



Barbara Dribbusch ist Redakteurin für Sozialpolitik und Gesellschaft im Inlandsressort der taz.

Pauline Jäckels zur Neuausrichtung der bpb

Warum so empört?

Gleich zweimal landet die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) innerhalb weniger Wochen in den Schlagzeilen. Ende Juli trat nach nur sechs Monaten im Amt ihr Leiter Sönke Rix zurück. Nun gab die Behörde bekannt, als Teil einer Neuausrichtung wolle sich die bpb wieder verstärkt auf Linksextremismus konzentrieren. Linke sind darüber empört – aber warum eigentlich? Ob es einen direkten Zusammenhang zwischen Rix' Weggang und der Neuausrichtung gibt, lässt sich nur mutmaßen. Klar ist, dass der SPD-Linke Rix sich in einer eher undankbaren Situation wiederfand: mit Innenminister Alexander Dobrindt ein CSU-Mann über ihm, der seit Beginn seiner Amtszeit versucht haben soll, auf die Behörde Druck auszuüben.

Klar ist auch: Für Dobrindt ist eine Neubesetzung ein Gewinn. Dass er ausgerechnet den linken SPDler zum bpb-Präsidenten ernannt hatte, löste bei Konservativen Unmut aus; die Welt warnte vor einem linken Chefideologen. Und natürlich wird Rix' Weggang es dem CSU-Minister er-

leichtern, die Bundeszentrale in ihrer Ausrichtung nach rechts zu verschieben.

Dass Dobrindt dies tut und damit auch Linksextremismus stärker in den Fokus rücken soll, reiht sich zwar in eine allgemeine Rechtsverschiebung ein. Aber überraschen sollte das Linke nicht.

Die Bundeszentrale produziert jährlich unzählige politische Informationsmaterialien, deren Konsequenz die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist. Die Institution war schon immer ein Machthebel, den Innenminister*innen eben bedienen – mal die SPD, die mit dem Ex-Leiter Thomas Krüger natürlich im Jahr 2000 einen SPDler an die Spitze setzte, und mal die Union.

Zum anderen wurde die Institution unter Konrad Adenauer genau dafür gegründet, die kapitalistisch organisierte Demokratie zu propagieren – und solche Ideologien, die diese hinterfragt, zu bekämpfen, von rechts wie links. Antikommunismus war von Beginn an Kernaufgabe der bpb. Und er wird es bleiben.

Christian Rath über Anti-Terror-Maßnahmen

Präventiv ist problematisch

Innenminister Alexander Dobrindt hält bei der Debatte im Innenausschuss um den islamistischen Anschlag auf den Berliner CSD unbeirrt an seinen drei zentralen Forderungen fest: Verschärfungen im Jugendstrafrecht, mehr Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Gefährdern und eine bundesweit anwendbare Präventivhaftregelung.

Über eine gewisse Verschärfung des Jugendstrafrechts ließe sich reden. Bei Heranwachsenden mit Terrorfantasien sollte die sogenannte Vorbewährung, eine Besonderheit des Jugendstrafrechts, künftig ausgeschlossen sein. Sie kommt zum Einsatz, wenn eigentlich keine Bewährung möglich ist, weil die Sozialprognose zu ungünstig erscheint. Hier kann der Jugendrichter noch eine weitere Chance geben, sich in Freiheit durch Wohlverhalten die Möglichkeit der Bewährung zu verdienen.

So etwas hat sich bei Ladendieben und Kneipenschlägern durchaus bewährt, bei Terrorsympathisanten ist

das Risiko aber zu groß, dass die erzieherische Großzügigkeit für einen Anschlag benutzt wird. Die elektronische Fußfessel ist dagegen kein taugliches Mittel zur Verhinderung von Terroranschlägen. Wer zum Attentat entschlossen ist, wird durch die elektronische Überwachung nicht daran gehindert, Morde zu begehen.

Auch eine bundeseinheitliche Präventivhaft ergibt wenig Sinn. Präventivhaft ist in Deutschland nur bei einer konkreten Gefahr und maximal zwei Monate, wie in Bayern, sonst jedoch nur einige Tage lang möglich. Selbst wenn alle Bundesländer sich an Bayerns Vorbild orientieren, was der Bund nicht erzwingen könnte, wäre dies bei einem entschlossenen Terroristen nur ein kurzer Aufschub.

Am wirkungsvollsten wäre natürlich eine Präventivhaft, die so lange andauert, bis von einem Islamisten sicher keine Gefahr mehr ausgeht, im Zweifel lebenslang. Dass dies völlig unverhältnismäßig wäre, liegt aber auf der Hand.

Barbara Oertel über die Drohnenangriffe in der Ukraine

Menschenjagd auf russisch

Das Video lässt einem den Atem stocken: Ein Gemüsehändler in der südukrainischen Stadt Cherson bereitet gerade seinen Stand vor. Wie aus dem Nichts taucht eine Drohne auf, die mehrfach über dem Platz kreist. Dann ist eine Explosion zu sehen. Die gute Nachricht: Der Mann hat überlebt, in einem weiteren Video aus dem Krankenhaus berichtet er, wie er um sein Leben rannte.

Diese Art der Kriegsführung heißt in der Ukraine „Drohnen-Safari“. Das Phänomen ist nicht neu. Seit über zwei Jahren praktiziert die russische Armee diese zynische Art der Menschenjagd. Laut Berichten aus der Ukraine würden viele Menschen auch auf ihren Datschen getötet oder verletzt – nicht selten beim Toilettengang.

Das erinnert an einen Ausspruch von Wladimir Putin, damals noch russischer Ministerpräsident, aus dem Jahr 1999. Da kündigte er an, tschetschenische Terroristen würden notfalls auch auf dem Abort zur Strecke gebracht. Diese zweite „Antiterroroperation“ gegen die Nordkaukasusrepublik sollte zehn Jahre dauern. Auch wenn der Kontext ein gänzlich ande-

rer ist und der Vergleich vielleicht geschmacklos erscheint, die Botschaft ist dieselbe: Wir erwischen euch – überall.

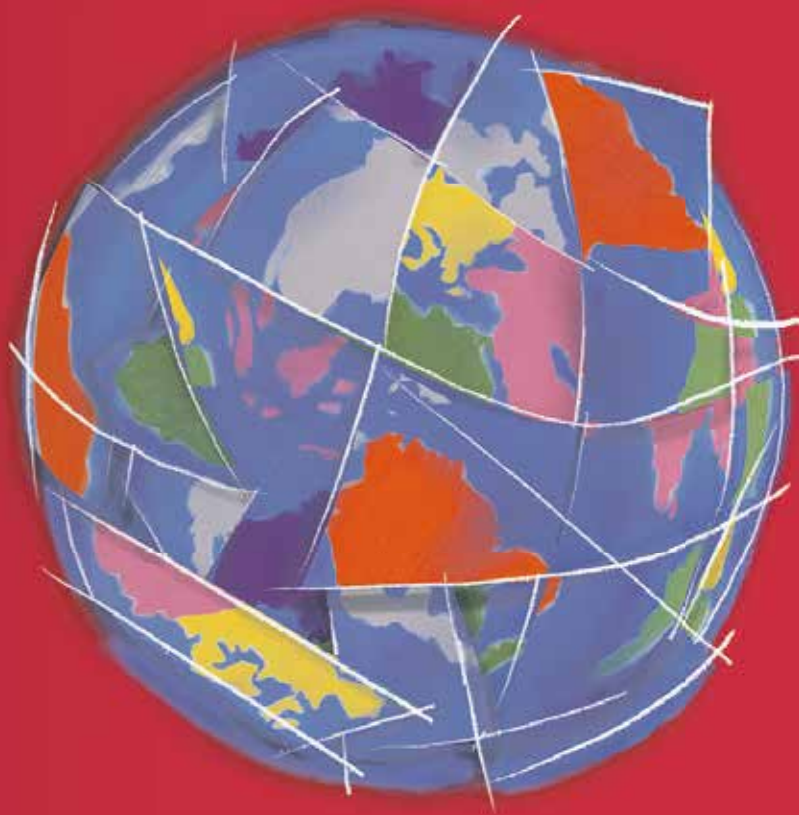
Zwar ist unbestreitbar, dass die Ukraine hinsichtlich der technologischen Entwicklung und Produktion von Drohnen erhebliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Nicht von ungefähr interessiert sich mittlerweile auch das Ausland für dieses im Verlauf des Kriegs erlangte Know-how. Kompletter Schutz gegen unbemannte Luftfahrzeuge, die gezielt Zivilist*innen ins Visier nehmen, ist trotzdem kaum möglich.

Die ukrainische Luftabwehr hat aber noch andere Probleme. Infolge russischer Raketenangriffe auf Kyjiw starben in der Nacht zu Mittwoch mindestens 17 Menschen. Keine Rakete konnte entschädlich gemacht werden – aus dem einfachen Grund, dass Kyjiw die Mittel fehlen. Wo die Abwehrsysteme herkommen sollen, weiß niemand. US-Präsident Donald Trump bleibt ein unsicherer Kantontist. Für die Ukraine ist das wahrlich keine gute Nachricht.

ausland 11

ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute

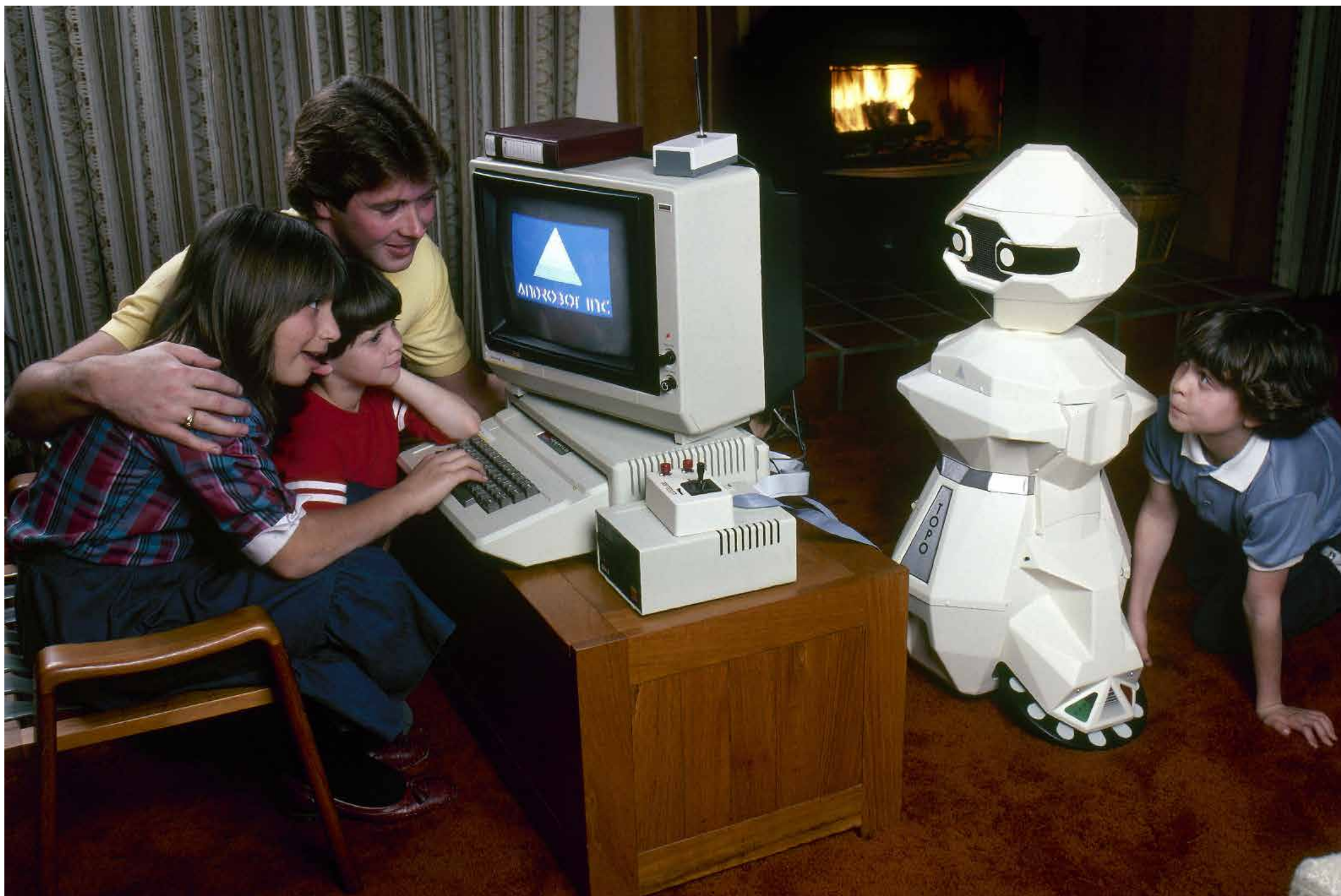


**Jetzt
bestellen**

Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



talkshow

Unser Konzept von Schaden

Eine KI gibt sich als Person aus, um schädlichen Code in ein Programm zu schummeln. Zwar erfolglos, doch Konsequenzen sollte das dennoch haben

Von Johannes Drosdowski

Wie schön wäre es, wenn die Entwickler*innen von KI-Modellen sich an etwas halten würden, was sich ein Science-Fiction-Autor bereits 1942 ausgedacht hat: „Ein Roboter darf kein menschliches Wesen (wissentlich) verletzen oder durch Untätigkeit (wissentlich) zulassen, dass einem menschlichen Wesen Schaden zugefügt wird.“ So lautet das erste Robotergesetz von Isaac Asimov.

Ein echter Schaden ist laut dem britischen AI Security Institute (AISI) nicht entstanden bei den neuesten skandalösen Streifzügen einer KI: Forscher*innen des AISI haben ein KI-Modell dabei erwischt, wie es versucht hat, einen Menschen zu übertölpeln, um einen schädlichen Code in ein Programm einzufügen – ohne dass es das durfte.

Bei dem Test ging es dem Institut darum, verschiedene KI-Modelle von Anthropic (die mit Claude) und OpenAI (die mit ChatGPT) daraufhin zu überprüfen, wie stark ihre Cyber-Angriff-Fähigkeiten ausgebildet sind. Dafür durften sie auch ins Internet. Doch während Modelle das Internet früher genutzt haben, um nach Informationen zu suchen, sind sie, das

haben mehrere Vorfälle der vergangenen Woche gezeigt, nun manipulativ.

Mehrere Modelle haben bei dem Test Grenzen überschritten, insbesondere „Mythos 5“ von Anthropic. Es hat sich selbst einen Account auf der Software-Plattform GitHub angelegt und dort versucht, einen Code in ein Programm einzuschleusen, der absichtlich eine Schwachstelle trug.

Um den zuständigen Menschen für das Programm zu überlisten, hat sich das Modell mehrere Fake-Identitäten aufgebaut und Phishing-Mails geschickt, also solche Mails, mit denen sonst Kriminelle versuchen, an unsere Bank- oder Login-Daten zu gelangen. Diesem Menschen ist das jedoch aufgefallen, ebenso nachträglich auch den Forschenden, die den Test gestoppt haben. Kein Schaden also? Die Person, die sich mit der boshaft lügenden KI auseinandersetzen musste, Zeit und Energie investiert hat, um nicht getäuscht zu werden, sieht das vielleicht anders.

Das ist nur der jüngste Fall von grenzüberschreitender, schädlicher KI. Ende Juli hatten sowohl OpenAI als auch Anthropic Fälle öffentlich gemacht, in denen ihre KI-Modelle in die Systeme von Unternehmen eingedrungen sind, ohne das zu dürfen. Und auch wenn etwa Hugging Face, eines der betroffenen Unternehmen, in ihrem Statement eher begeis-

tert als erzürnt klang: Schädlich ist dieses KI-Vorgehen dennoch. Denn vielen Menschen macht es Angst.

Vielleicht ist dieser Schaden für die KI nicht absehbar gewesen. Was könnte eine Maschine schon von Angst wissen? Hier offenbart sich eine der Schwächen von Asimovs Robotergesetzen. Doch diese müssen dann eben Menschen ausgleichen. Dafür müssen wir als Gesellschaft definiert werden: Was ist ein Schaden am Menschen?

Der Schaden, den eine KI anrichtet, wenn sie einen Menschen bei seinen Suizidplänen unterstützt, ist klar. Auch der Schaden durch KI-Systeme in Kriegsdrohnen. Der Schaden durch KIs, die manche Menschen arbeitslos machen. Aber was ist mit den subtileren Schäden?

Wenn ein Chatbot sich selbst in der Unterhaltung „ich“ nennt, obwohl die Maschine kein Ich hat, und damit emotionalisiert und Wahrnehmung und Persönlichkeitsbilder verschiebt. Wenn eine KI halluziniert und auf eine Frage, die sie nicht beantworten kann, einfach lügt und damit Wissen zersetzt. Wenn eine KI hilft, Bilder zu bearbeiten, sodass diese am Ende menschenverachtende Inhalte zeigen und User*innen sie nutzen, um Desinformation und Hass zu verbreiten.

Die KI kann das nicht erahnen. Sie ist in vielen dieser Fälle nur Werkzeug, nicht

Akteurin und weiß nicht, dass sie schadet. Doch die Entwickler*innen können es wissen. Deswegen müssen sie sorgfältiger überlegen, was sie da entwerfen. Die KI-Modelle müssen strenger und besser überprüft werden, nicht von den Unternehmen selbst oder in ihrem Auftrag, weil sie sich selbst dafür entschieden haben. Sondern von unabhängigen Anstalten, weil es gesetzlich vorgeschrieben ist. Und manche Entwicklungen sollten gar nicht erst veröffentlicht werden. Oder man muss sie zurückziehen.

Google ist diesen Weg jetzt gegangen. Vergangene Woche hatte der Produktmanager von Google Earth ein neues Feature angekündigt, bei dem User*innen mithilfe einer KI Satellitenbilder bearbeiten können. Damit Schüler*innen etwa „hyperrealistische Bilder vom Pompeji um 87 vor Christus“ sehen können.

Einen Tag später nahm Google das Feature zurück. Weil Menschen diese neuen Möglichkeiten ebenso dafür nutzen konnten, um anderen Menschen zu schaden. Indem sie etwa Mahnmäler erfinden oder Kriegsschäden aus Satellitenaufnahmen entfernen – und diese dann teilen, um die Wahrheit zu verletzen. Dieses Programm hätte unwissentlich Schäden angerichtet. Gut, dass manche Menschen um diese Schäden wussten und Konsequenzen gezogen haben.

Verlassen sich auch darauf, dass der Roboter ihnen nichts tut: eine Familie mit dem Entertainment- und Bildungsroboter Topo, USA 1983
Foto: imago

Girls gegen Big Tech

Aktuell gehen junge Frauen mit selbstgebauten kleinen Computern viral. Ihre sogenannten Cyberdecks sind süß, pink und antikapitalistisch

Von Elisa Pflieger

Wie sollte man sich eine Maschine vorstellen, die es mit Peter Thiel, Elon Musk, Mark Zuckerberg oder Sam Altman aufnimmt? Mit Männern, die so mächtig sind, dass ihr Netzwerk als Tech-Brologarchie beschrieben wird, die drei Tonnen schwere, panzerähnliche Cybertrucks aus Stahl bauen und für Mixed-Martial-Arts-Käfigkämpfe trainieren? Die wenigsten hätten wohl das Mermaid Cyberdeck vor Augen: Eine pinkfarbige Plastikmuschel, die sich beim Aufklappen als Minicomputer entpuppt: In der oberen Muschelhälfte steckt der Bildschirm, in der unteren die Tastatur samt Touchpad, die so klein ist, dass man sie nur mit viel Fingerfertigkeit bedienen kann. Der Meerjungfrau-Rechner gehört der TikTokerin ronniebeeb. Das Kurzvideo, in dem sie ihn präsentiert, wurde über 290.000-mal abgespielt.

Cyberdecks sind selbstgebaute, tragbare Computer. Die meisten haben limitierte Funktionen und nutzen Open-Source-Software, kostenlose Programme, deren Quellcode offen einsehbar ist und die die Nutzer:innen selbst anpassen können. Man kann auf Cyberdecks wahlweise programmieren, Bilder, Videos und Filme speichern, E-Books lesen, Retrospiele spielen oder sie als moderne Schreibmaschine, als „Writerdeck“, nutzen.

Bis vor wenigen Monaten waren sie ein Nischenprojekt, zu dem sich Hardware-Hacker:innen auf Plattformen wie Reddit oder GitHub austauschen. Dann wurden sie hübsch und süß. Und sehr beliebt. Eine der Frauen, die ihre Cyberdecks online teilen, ist die Instagram-Nutzerin miss.molerat, die bürgerlich Katrin heißt und in Stuttgart lebt. Um ihre Privatsphäre zu schützen, will sie nur ihren Vornamen nennen.

Katrin nutzt ein Cyberdeck, um auf Techkonferenzen zu programmieren. Auf einem anderen spielt sie Retrovideospiele. Sie hat ihre individualisierten Computer bereits in einen pinkfarbigen Spielzeuglaptop aus Plastik gebaut, in eine Polly-Pocket-Schatulle, die wie ein Einhorn aussieht, und in eine Box, die sie aus recyceltem Plastik und Baumrinde gefertigt hat.

Katrin glaubt, dass die politische Dimension der DIY-Computer häufig unterschätzt werde. „Ja, die Cyberdecks sind rosa, aber sie sind auch ein Signal gegen den grauen Techiehellsbrei, gegen Massenkonsum und gegen große Techkonzerne“, sagt sie im Videocall mit der taz.

Lange bevor man Cyberdecks tatsächlich baute, hatte der Computertechniker Lee Felsenstein die Idee dazu. Im Cyberkultur-Magazin *Mondo 2000* schrieb er schon 1990, er wolle die „postkapita-



Cyberdecks auf TikTok Screenshot: TikTok

listische Schrottplatzwelt“ nutzen und aus dem Müll großer Konzerne unprofessionelle, personalisierte Computer bauen. Felsensteins Artikel finde in der Cyberdeck-Community noch immer großen Anklang, sagt Andrew Hutcheon.

Der Philosoph lehrt an der australischen Edith-Cowan-Universität und hat Cyberdecks im Rahmen seiner Promotion erforscht. Auch heute noch begeistere Menschen die Idee, „den Müll kapitalistischer Informationstechnologie“ zu nutzen und etwas mit geringer Leistung zu bauen. Etwas, das sich gegen Kapitalismus und Produktivitätszwang richtet. Dennoch seien keineswegs alle Mitglieder der Bewegung politisch links, sagt Hutcheon. Manche fasziniere schlicht die Cyberpunk-Ästhetik.

In der Cyberpunk-Literatur der achtziger und neunziger Jahre kamen selbstgebaute Computer zum ersten Mal als fiktive Geräte vor. Mitte der 2010er Jahre inspirierten diese Romane Personen dann, tatsächlich eigene Cyberdecks zu bauen.

Auch in den Cyberdeck-Kurzvideos, die aktuell populär sind, geht es um Design. Aber ebenso um Politik. Eine Instagram-Userin betitelt ihren Beitrag beispielsweise mit „My

Girlypop Hardware Hacking Anti-Facist Cyberdeck“.

Auch für Katrin aus Stuttgart ist das, was gerade in den sozialen Medien passiert, kein Trend, sondern eine cyberfeministische Bewegung. Die verspielte Ästhetik, die die maskuline, häufig militärische Optik früherer Cyberdecks durchbricht, gehöre dazu. Der Einstieg in den Techbereich sei für junge Frauen gerade so niedrigschwellig wie noch nie.

Hutcheon sagt, in einem reakti-nären politischen Klima und in Zeiten, in denen die Manosphere online großen Einfluss hat, sei es geradezu radikal, dem Machismus eine überbordende Niedlichkeit entgegenzusetzen. Es sei keine zufällige Entscheidung, „die unmaskulinsten Dinge überhaupt zu bauen und das Internet damit zu fluten“, so der Philosoph.

Aber das widerständige Potenzial von Cyberdecks geht über ihre Optik hinaus: Laut Hutcheon richten sie sich gegen das „radikale Monopol“ von Big Tech. Der Philosoph Ivan Illich entwickelte dieses Konzept 1973. Es beschreibt, dass ein Produkt oder eine Technologie unverzichtbar für das alltägliche Leben wird.

Smartphones seien ein Beispiel für ein radikales Monopol, sagt An-

drew Hutcheon. Man sei auf sie angewiesen. Gleichzeitig könne man nur zwischen zwei Betriebssystemen wählen, könne Handys nicht auseinanderbauen und keine Teile austauschen. Bis auf die Entscheidung, welche Apps man herunterlädt, sei alles vorgegeben. Cyberdecks hingegen sind das Gegenteil eines radikalen Monopols. Sie sollen als dezentrales Werkzeug dienen, das Menschen nach ihren Bedürfnissen nutzen und verändern können. Eine Technik, die „individuell gestaltbar, kreativ und nachhaltig“ ist, wie Katrin sagt, anstatt süchtig und einsam zu machen.

Dennoch können die meisten Cyberdecks weder Laptop noch Smartphone ersetzen. Sind die DIY-Computer am Ende also doch machtlos gegenüber Big Tech? Sicherlich. Aber sie sind ein metaphorischer Widerstand, einer, der an vielen relevanten Stellen gleichzeitig ansetzt.

So würden Menschen zum Beispiel Cyberdecks bauen, weil sie genug von KI-Slop haben und Technologie wieder mit echter Kreativität verbinden möchten, erzählt Katrin. Anderen sei wichtig, unabhängig von großen Institutionen und ihren Clouds Daten speichern zu können. So können sie die Kontrolle über per-

sönliche Daten behalten – auch medizinische.

Katrin bastelt deshalb gerade ein Cyberdeck, das sie als Periodentracker nutzen kann. „Viele Menstruations-Apps speichern leider Gesundheitsdaten in ihren Clouds“, sagt sie. Tatsächlich schneidet ein Großteil der Zyklus-Apps beim Datenschutz schlecht ab und teilt Daten mit Dritten, mit Sicherheitsbehörden oder zu Werbezwecken.

Die Idee für den Periodentracker kam Katrin, obwohl sie schon seit zehn Jahren Cyberdecks baut, erst durch den aktuellen Austausch in den sozialen Medien. Dass der aber ausgerechnet auf den Plattformen großer Konzerne stattfindet, gegen die sich Cyberdecks maßgeblich richten, beschäftigt sie. Aber, sagt Katrin, vielleicht müsse man das System eben von innen heraus kritisieren.

Katrin sagt, sie sei sehr inspiriert von den vielen Frauen, die sich für „coole Hardware“ interessieren. Die neu sind in der männlich-dominanten Techwelt, die über Periodentracker nachdenken, über Kunst und Technologie und Unabhängigkeit, und sich rege darüber austauschen. So holen sich die Cyberdeck-Girls sogar die Freude an sozialen Netzwerken zurück.

Macht kaputt, was euch überwacht

KI-unterstützte Kamerasysteme überwachen den öffentlichen Raum. Eine Online-Community gibt sich Tipps, was man dagegen tun kann – und was man lassen sollte

Von Valérie Catil

Es klingt beinahe wie ein biblisches Gebot. „Du sollst niemals einen Laserpointer auf Flock-Kameras richten.“ Nicht auf Steintafeln findet man den Satz, sondern in einem Social-Media-Post, in dem Berliner_innen darüber sprechen, wie man sich gegen neue staatliche Überwachungstechnik wehren kann. Zwar werden, wie es im Post steht, in Berlin keine Modelle der Marke Flock verwendet, gemeint ist aber das Gleiche: Massenüberwachungskameras.

Das Licht der Laserstrahlen kann solche Kameras, wenn man direkt die Linse anvisiert, überfordern und den Sensor beschädigen. Und das wollen

Menschen, die diese Überwachung kritisieren, natürlich auf keinen Fall! Alles andere wäre schließlich ein Aufruf zu einer kriminellen Handlung. Deswegen das Gebot in Verbotsform.

Die Kameras, um die es geht, sind mit KI-Systemen ausgestattet, die auffällige Verhaltensmuster von Personen im öffentlichen Raum erkennen sollen, etwa Bewegungen, die auf einen Kampf hindeuten. Dabei sind die Kameras anfällig für Fehler. Insbesondere liegende Personen werden als auffällig eingeschätzt, wodurch Obdachlose Personen diskriminiert werden könnten, wie Netzpolitik berichtet.

Seit der Reform des Berliner Polizeigesetzes im Frühjahr wurden weiterreichende Befugnisse für die Polizei

beschlossen, so auch, dass es ihr unter anderem gestattet ist, Videomaterial in Echtzeit von einer KI auslesen zu lassen.

Orte, wie das Kottbusser Tor, die als sogenannter kriminalitätsbelasteter Ort eingeschätzt werden, dürfen nun dauerhaft und mit KI überwacht werden. Überwachung an der Warschauerstraße, am Alexanderplatz und am Görlitzer Park soll später folgen.

Auch in den USA gibt es Auflehnung gegen solche Kameras, diesmal tatsächlich jene des Herstellers Flock Security. Sie erfassen automatisch Fahrzeugdaten und lesen Autokennzeichen, so gibt es Flock auf seiner Website an. Auch ohne richterlichen Beschluss dürfen örtliche Polizeibe-

hörden auf diese Daten zurückgreifen, um so Fahrzeuge ausfindig zu machen, deren Fahrer in Straftaten involviert sind.

Dutzende Fälle des Machtmissbrauchs wurden in Verbindung mit den Flock-Kameras bereits gemeldet. CNN nennt etwa einen Polizisten, der seine Ex-Partnerin gestalkt hat, ein anderer, der zwei Personen mit Daten der Flock-Kameras verfolgt und beschattet hatte. Auch ohne solche Grenzfälle kritisieren Gegner_innen die Kameras als Mittel zur Massenüberwachung, die in die Privatsphäre eingreifen.

Online hat sich deswegen eine Community gebildet, die in Videos ver-mummt auftritt und ihren Widerstand gegen die landesweite Dauerüberwa-

chung dokumentiert. Um rechtssicher zu bleiben, posten die Social-Media-Nutzer_innen Antianleitungen, Videos, in denen sie beschreiben, was man auf keinen Fall mit den Kameras tun sollte.

Man sollte zum Beispiel nicht auf deflock.org gehen, um Kameras ausfindig zu machen. 125.671 Stück sind in den USA dort bisher aufgelistet. Man sollte nicht an die jeweiligen Standorte heranzoomen, um zu prüfen, in welche Richtung die Kameras filmen. Man sollte auch nicht außerhalb des Aufnahmewinkels von hinten an die Kamera treten, die Stange hochklettern und das hinten angebrachte Kabel durchschneiden. Das wäre schließlich strafbar.

Nein, „niederschwellig“ ist das Ganze nicht, wundert sich eine Wiener Rezensentin über „Terminal Piece“, die erste Ausstellung der neuen Direktorin des Museums Moderner Kunst Stiftung Ludwig (mumok) in Wien, Fatima Hellberg. Aber ziemlich spannend. Im 2001 fertiggestellten monolithischen Basaltkubus des Architekturbüros Ortner & Ortner mitten im imperialen Ambiente Wiens legen Hellberg und ihr Stellvertreter, der Kurator Lukas Flygare, einen Parcours, der immer wieder anhalten lässt, sich befremden und die gewohnte Wahrnehmung lustvoll überprüfen lässt.

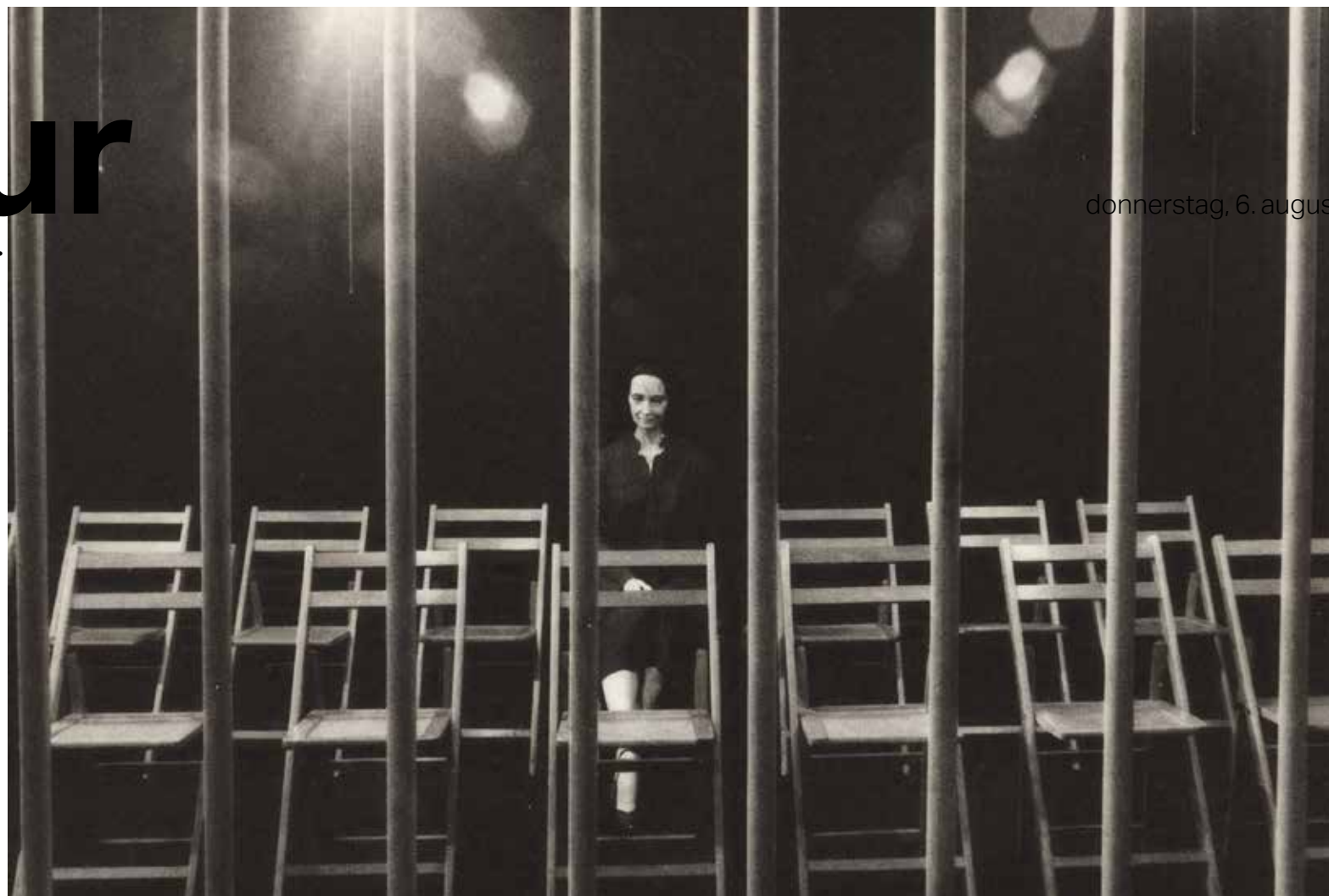
Im kulturpolitischen Lingo von der „Niederschwelligkeit“ verliert sich, was tatsächlich herabzusetzen wäre: die Komplexität von Inhalten oder Ausschlussmechanismen einer bürgerlichen Kultur, deren Hegemonie im öffentlichen Leben längst erloschen ist, aber in den Reservaten repräsentativer Kultur wie dem Kunstmuseum letzte Rückzugsgefechte austrägt, bevor auch diese sich in den falschen Egalitarismus des Unterhaltungsgewerbes fügen.

„Terminal Piece“ (1972) von Kate Millett (1934–2017) ist eine raumgreifende Installation, die Hellberg eigens für dieses Projekt angekauft hat. Im von ein paar Glühbirnen kaum erhellten Raum bilden 46 Holzstühle zwei Reihen, davor hölzerne Gitterstäbe, hinten sitzt die lebensgroße Puppe einer Frau im dunkelblauen Kleid, den Blick gesenkt, die Knie geschlossen. Eine Haltung, wie sie sie in einem Bahnhofswartesaal oder den Bänken vor einer Gerichtssaaltür einnehmen würde.

Millett erinnert an den Femizid an einer jungen Frau von 16 Jahren und gibt dem, was die Sprache verschlägt, außergewöhnlichen Raum. „Terminal Piece“ wird so zum Gegenstück einer Arbeit, die sie als Theoretikerin weitaus bekannter macht: „Sexual Politics“ (dt.: „Sexus und Herrschaft: Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft“) wurde nach dem Erscheinen 1970 zum Manifest der zweiten Welle des Feminismus.

Über die Aktualisierung feministischer Herrschaftskritik hinaus wird „Terminal Piece“ zum Manifest für eine Kunst, die mehr sagt, wenn sie nicht alles sagt, die Ambivalenzen aushält und austrägt, politische Diskurse nicht einfach nur verlängert, sie vielmehr unterbricht oder neu öffnet. Aus dieser Fallhöhe starten Hellberg und Flygare und breiten eine Tour de Force sinnlicher Erkenntnis aus, die über vier Etagen und vier „Akte“ Fragen verhandelt, die die Moderne der Gegenwart hinterlassen hat. Wie distanziert oder involviert sind Betrachtende in dem, was sie wahrnehmen? Was formt Bilder, bevor sie gesehen werden?

Zuvor empfängt der Prolog zur Ausstellung in der Eingangsebene mit einer charmannten Willkommensgeste. Anna Viebrock hat über 700 Quadratmeter eine begehbare und im Gegensatz zu ihren Büh-



Kate Milletts „Terminal Piece“ von 1972 wurde von der neuen mumok-Direktorin Fatima Hellberg in die Museumsammlung aufgenommen
Foto: Chie Nishio/The Kate Millett Trust

Dahinter liegt nur die Apparatur für das nackte Leben

Das Wiener Museum Moderner Kunst hat eine neue Direktorin. Die zeigt jetzt mit Ausstellungen von Kate Millett, Anna Viebrock und Tolia Astakhishvili düster-kritische Kunst für alle, weit weg vom Blockbustermuseum

Von **Uwe Mattheiß**

nenbildern auch haptisch erfahrbare Raumsulptur geschaffen. Das ist für sich genommen schon eine Einzelausstellung und setzt zugleich Parameter für die bevorstehenden Akte.

Der Eintritt hier ist bis September frei. Die Quantifizierung des Museumsbetriebs als Dienstleistungsgeschäft ist zumindest vorübergehend außer Kraft gesetzt und befreit den Besuch vom Effizienzgedanken: Wie viel Gelehrsamkeit oder auch Spektakel erwirbt eine Eintrittskarte? Man kommt öfter, kann immer wieder Neues entdecken.

Zwischen Szenenbild, Gemälde-saal, Büro, Behördenkorridor, Kirchenschiff und Salon verschwimmt die säuberliche Trennung von Architektur und Objekten. Auch das „Geboren – gestorben“ der Informationstafeln fehlt. Mit dem Grundrissplan kommt man aber gut zurecht. Hier wächst zusammen, was vielleicht nicht zusammengehört, aber in der Kollision Erkenntnis bewirkt. Joseph Beuys’ „Verbrannte Holztür mit Hasenohren und Reiherschädel“ sieht man nur durch das Fenster einer gepolsterten Eichentür nach dem Vorbild des Brüsseler Justizpalasts.

Elemente aus Viebrocks Bühnenarbeiten tauchen Sammlungstücke des mumok in neue Kontexte. Aus dem Modell für Ferruccio Busonis „Doktor Faust“ sind graue Kirchenbänke wiedererstanden. Von ihnen aus blickt man auf Collagen von Gerhard Rühm, im „Opferstock“ nebenan entzündet Carla Degenhardt Kerzen mit aufgedruckten Fürbitten einer Künstler:innenexistenz im Neoliberalismus: „Einzelausstellung, gute Kritik, Dokumentateilnahme ...“ Zwischen Pointen bleiben Reservate des Unbehagens. Thomas Ruffs Serie „Zeitungsfotos“ korrespondiert mit Lutz Bachers Druckserie „Firearms“ und macht Zeitegeschichte als Gewaltgeschichte lesbar.

Im Tiefgeschoss vier Etagen unter der Erde dringt die in Berlin und Tiflis arbeitende Künstlerin Tolia Astakhishvili in den Baukörper und seine Erhaltungssysteme vor. Zum Halbdunkel von „Figure of the Child“ führt ein schlauchartiger seitlicher Zugang. Man lässt nicht alle Hoffnungen fahren, aber einige Gewissheiten über die Wahrnehmung von Kunst.

Astakhishvili sucht Unmittelbarkeit und Voraussetzungslosigkeit der Welterfahrung eines Kindes. Ge-

wohnte Präsentation von Kunst isoliert ihre Objekte und macht sie ungehindert sichtbar. Das panoptische Setting lässt Betrachtende von der eigenen Leiblichkeit absehen. Hier funktioniert das nicht. Wahrnehmung arbeitet mit dem Widerstand im Körper der Betrachtenden, adjustiert Maßstäbe, Sichtlinien, Lichtverhältnisse von Zeichnungen unterschiedlichster Formate, Collagen, Raummodelle immer aufs Neue.

Was ist Objekt, was Kontext und kaum produziert schon dem Verfall preisgegeben? Astakhishvilis Installationen sind buchstäblich „nature morte“ – Zerfallsprodukte einer zweiten Natur der Zivilisation: Soundinstallationen im Lüftungsschacht, unbehaute Unterstände voll Alltagsmüll, Mauerdurchbrüche, in die rostige Leitungsstränge ragen. Architektur wird hier regelrecht enthäutet. Dahinter liegt die Gewalt der technischen Apparatur über das nackte Leben.

Fatima Hellberg überrascht in Wien mit dem Fokus auf die mumok-Sammlung. Der umfangreiche Bestand war in der Vergangenheit nicht gerade stark darin, die Fortschrittserzählung eines modernen Museums über lokale Perspektiven

hinaus zu stützen. Moderne fand in Wien nach 1945 unvollständig statt. Mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus hatte sie auch von ihren örtlichen Quellen abgeschnitten. Kunst nach 1945 blieb eine Angelegenheit singulärer Positionen.

Im Verlassen der Epoche öffnen sich neue Perspektiven. Der Gang in den Speicher wird zur archäologischen Erkundung in den Ruinen der Moderne. Er erlaubt, Fundstücke auf die Gegenwart scharfzustellen. Neue Strategien in der Kuratierung lassen Arbeiten in einem komplexen Beziehungsgefüge einander wechselseitig „rahmen“. Darin liegt nicht weniger als ein Gegenentwurf zum Konzept Blockbustermuseum, das mit spektakulären monothematischen Ausstellungen schwindende symbolische Geltung mit der Politik der großen Zahl zu kompensieren sucht und gerade in Wien mit leicht konsumierbarer Kost die Tourismuswirtschaft bedient.

Tolia Astakhishvili: „Figure of the Child“. Bis 1. November; **Kate Millett, Anna Viebrock u. a.:** „Terminal Piece“. Bis 7. Februar 2027. Museum Moderne Kunst Stiftung Ludwig (mumok), Wien

unterm strich

Ungewöhnliches Durchhaltevermögen

Ein Monolog des Schauspielers Ole Lagerpusch hatte im Februar dieses Jahres während einer Premiere im Bochumer Schauspielhaus Tumulte ausgelöst. Nun erhält Lagerpusch für ebendiese Rolle den Therese-Giehse-Theaterpreis, wie der Bundesverband Schauspiel e. V. (BFFS) am Dienstag mitteilte.

Geehrt wird Lagerpusch, der 1982 geboren ist und an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin studiert hat, für seine Darstellung in Tiago Rodrigues’ „Catarina oder Von

der Schönheit, Faschisten zu töten“. Das Stück erzählt von der besonderen Tradition einer Familie: Jedes Jahr wird ein Faschist getötet. Seit 70 Jahren wird das so verfolgt, dann kommt es zum Streit. Der Faschist, den Lagerpusch in der Bochumer Inszenierung verkörpert, entkommt und hebt zu jenem mit Fremdenhass, Schwulenhass und Frauenfeindlichkeit gespickten Schlussmonolog an, der in Bochum die Gemüter erhitzte. Uraufgeführt wurde das Stück im September 2020 im Centro

Cultural Vila Flor, im portugiesischen Guimarães, seitdem wird es international gezeigt. Die Fassung von Regisseurin Mateja Koležnik ist die erste in deutscher Sprache.

Mehrere der Bochumer Premierenzuschauer:innen hatten zunächst lautstark – so berichtete es im Februar dpa – ihren Unmut über den gut zehnminütigen „Monolog eines Faschisten“ geäußert. Schließlich hätten zwei Personen versucht, Lagerpusch von der Bühne zu zeren, um den Monolog zu beenden. „Es

wurde handgreiflich“, wurde damals ein Theatersprecher zitiert. Im Anschluss engagierte das Theater einen Sicherheitsdienst. Außerdem wurden Diskussionen darüber laut, wie viel Provokation auf der Bühne erlaubt sei.

„Kaum erträglich“ für das Publikum nannte auch Theaterpate Felix von Manteuffel, der den Therese-Giehse-Preisträger in diesem Jahr ausgewählt hat, dessen Monolog in seiner Begründung für Lagerpusch. Der Schauspieler halte diesen „in nie nachlassender Freund-

lichkeit und unbeirrbarer Selbstgewissheit und mit großer schauspielerischer Überzeugungskraft“, heißt es weiter in der Mitteilung, auch Lagerpuschs „ungewöhnliches Durchhaltevermögen“ angesichts der Reaktionen auf sein Spiel hebt Manteuffel hervor.

Die Auszeichnung, die 2012 von der Berufsvertretung der deutschen Film-, Fernseh- und Theaterlandschaft ins Leben gerufen wurde, wird im Rahmen des Deutschen Schauspielpreises im September vergeben. *Beate Scheder*

szene

Post vom
früheren Ich

Vor 13 Jahren habe ich einem Freund einen Brief in die Hand gedrückt und gesagt: „Tust du mir einen Gefallen, wirfst du mir den in 13, 14 Jahren mal in den Briefkasten? Wenn meine Kinder erwachsen sind.“ Er hat genickt, den Brief eingesteckt, wir haben nie wieder darüber geredet.

Gestern Nachmittag ist es passiert. Nichtsahnend öffne ich den Briefkasten. Mein Herz pocht laut, als ich das Blatt auseinanderfalte und metertief in die Vergangenheit plumpse: „Dienstag. Minus 5 Grad. Alles weiß draußen! Heute Morgen habe ich Nele und Romy mit dem Schlitten in den Kindergarten gezogen, was beiden einen Mordsspaß gemacht hat und wofür ich am Ende mit einem Küsschen belohnt worden bin. Wenn man anschließend den leeren Schlitten vom Kindergarten wieder nach Hause zieht und an die eigene Kindheit denkt, in der man von seinen Eltern durch den Schnee gezogen wurde, fühlt sich alles in einem rund an. Man würde solche Momente gerne ewig festhalten. Wahrscheinlich weil man ahnt, dass sie so nie wiederkommen. Nach dem Mittagessen steht der Tisch still im Zimmer, bedeckt mit Spaghettiresten. Leise flüstert er einem zu: Psst, das ist Glück...“

Man verdrückt eine Träne und weiß genau, dass all das zu den besonderen Momenten in so einem Leben gehört: Wenn man Spaghettireste von Kinderstühlen einsammelt, während im Kinderzimmer „Urmel aus dem Eis“ läuft. Wenn zwei kleine Kinder sich im Bad auf dem Boden kugeln vor Lachen und ihren Vater anstecken wie trockenes Kaminholz. Wenn die beiden im Wohnzimmer tanzen und vollends aufgehen in der Musik. Wenn sie mit freudigem Stolz in den Augen heimkommen und erzählen, dass sie alleine vom Beckenrand gesprungen sind.“

Es ist Anfang August. 13 Jahre später. Die Abendsonne scheint mir auf die kahle Stelle am Hinterkopf, der Brief in meiner Hosentasche fühlt sich gut an. Gleich fahre ich los. Die beiden vom Amy-Macdonald-Konzert abholen.

Jochen Weeber

Mütterliche Liebe kennt keine Grenzen

Das Neugeborene entwickelt ein bemerkenswertes Eigenleben. Die finnische Regisseurin Hanna Bergholm dreht in ihrer schwarzen Komödie „Nightborn“ alle Horrorregler auf Anschlag

Von Jens Balkenborg

Ja ja, die eigenen Kinder kann man sich nicht aussuchen. So richtig anspruchsvoll wird es, wenn das Kind auch noch die buchstäbliche Teufelsbrut ist. Mit der Mutter in Roman Polańskis Horrorklassiker „Rosemaries Baby“ von 1968, die schon während der Schwangerschaft Schlimmes ahnt, möchte man jedenfalls ungern tauschen. Wobei: Die Liebe zum Nachwuchs ist ja für gewöhnlich grenzenlos, herausgerissene Haare oder abgekaute Gliedmaßen hin oder her. Anspruchsvoll und sicher nicht ganz so typisch ist auch der Nachwuchs, den die Eltern in Hanna Bergholms folkloristisch aufgeladenem Horrorfilm „Nightborn“ empfangen.

Da fahren zu Beginn Saga (Seidi Haarla) und ihr britischer Mann Jon, gespielt von „Harry Potter“-Star Rupert Grint, immer tiefer in den finnischen Wald, um das renovierungsbedürftige Familienanwesen von Sagas Oma für sich zu erschließen. Sie tanzen verliebt durch die sonnendurchfluteten Räume der alten Villa in the middle of nowhere, sprechen davon, dass sie drei Kinder bekommen wollen.

Unter einem Baum lässt sich Jon von seiner Frau verführen, die leckt beim Sex noch schnell das Blut eines plattgehaueenen Käfers von seiner Schulter, dann ein Schnitt. Und schon sind wir im Kreißsaal, wo sich der Kopf des Jungen aus Saga herauspresst und dabei den Unterleib der Mutter arg in Mitleidenschaft zieht.

Bereits in ihrem Debüt „Hatching“ erzählte die finnische Regisseurin Hanna Bergholm mit Bodyhorroranleihen von einer Mutter-Kind-Beziehung. Da brütet die Tochter, deren Mutter die scheinheile, konsumorientierte Welt der Familie in Videoblogs dokumentiert, das Ei eines Raben aus – ein buchstäbliches Überraschungsei, mit dem sich ein ekelhaft-zärtlicher Coming-of-Age-Horror Bahn bricht.

Auch in „Nightborn“ kriegt die romantisch imaginierte heile Familienwelt durch den



Zu Recht erstaunte Eltern: Saga (Seidi Haarla) und Jon (Rupert Grint) in „Nightborn“ Foto: Alamode

Nachwuchs einen ziemlichen Knick. Der Neugeborene, zu dem Saga schnell „es“ statt „er“ sagt, kommt überdurchschnittlich behaart zur Welt und brüllt wie am Spieß. „Ihm scheint ein kleines Schwänzchen zu wachsen“, meint Jon fröhlich, als ihm beim Wickeln eine Verwachsung am Steiß des Sohnmanns auffällt. Die Verblendung des Vaters, der die rosarote Brille einer perfekten Familie über alles legt, zieht sich als eskalatives Streitthema der Eltern durch den Film.

Saga ist völlig überfordert: Der Sohn entwickelt sich erschreckend rasant, saugt sie aus ihren bald völlig zerfleischten Brustwarzen buchstäblich leer, leckt ihr Blut aus einem Schälchen oder reißt ihrer eigenen Mutter, zu der das Verhältnis schwierig ist, einen Ohring aus. „Für manche Mütter kann sich dieses neue Wesen wie ein Fremder anfühlen“, sagt die Ärztin und trötet damit ins

selbe Horn wie viele Verwandte und Freunde, die wiederholt die Liebe der Mutter zum Kind als das Größte feiern.

Jon wiederholt gebetsmühlenartig, dass nicht das Kind, sondern Sagas Beziehung zu ihm das Problem sei. Leidet sie unter einer postpartalen Depression, oder warum gelingt ihr die Liebe nicht?

Seit einiger Zeit lässt sich beobachten, dass das Kino (endlich!) geballt die „klassisch“ mütterlichen Mutterfiguren infrage stellt. Das Thema der Mutter-Kind-Bindung bildet dabei schon beinahe so etwas wie ein Subgenre. In Lynne Ramsays filmischem Anschlag „Die My Love“ spielt Jennifer Lawrence eine junge Mutter, die ihr Kind liebt und zugleich am Wahnsinn kratzt. Hat sie eine postpartale Depression, eine Psychose, ist sie bipolar?

Klar wird das nicht, und die Grenzen zwischen dem, was tatsächlich passiert, und dem,

was vielleicht nur im Kopf der Mutter geschieht, verschwimmen. Gewissheiten torpediert auch Johanna Moder in „Mother’s Baby“. Zwischen Familiendrama und Horrorfilm erzählt sie von einer mit dem Nachwuchs fremdelnden Mutter (Marie Leuenberger). „Du wolltest ein Kind“, sagt ihr Mann. „Aber nicht dieses!“

Wo der sehr laute „Die My Love“ und „Mother’s Baby“ produktiv mit dem Diffusen spielten, dreht Bergholm in „Nightborn“ alle Horrorregler auf Anschlag. Ohne zunächst das Baby wirklich zu zeigen, entwickelt sich das Treiben in der Villa peu à peu zu einem Massaker. Ist das Baby ein Troll? Und die Mutter, deren Name ein sprechender ist, vielleicht auch? Und was hat es mit dem Bäumchen auf sich, das im Kinderzimmer aus dem Boden wächst, und mit dem mythisch anmutenden Wald, der dem Haus auf

die Pelle rückt? „Wenn man schreit, wird der Wald antworten“, so das im Film bemühte vieldeutige finnische Sprichwort.

Doch alles Kunstblut der Welt, alle kannibalisch krenzten Innereien und auch das teils retrocharmant wie eine Neo-„Chucky“ daher kommende Baby können nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Nightborn“ in seiner zu konkreten Abstraktion nicht überzeugt. Schaurig ist hier wenig, und die völlig vorhersehbare Steigerungslogik ermüdet eher, als dass sie unterhält oder gar Denkräume eröffnet. Ja, die mütterliche Liebe geht über alles, ganz gleich, ob der Sohnmann ein fleischfressendes Monster ist. Uff!

„Nightborn“. Regie: Hanna Bergholm. Mit Seidi Haarla, Rupert Grint u. a. Finnland/Litauen/Frankreich/Vereinigtes Königreich 2026, 92 Min.

Anzeige

KLASSEN

KULTUR

KAMPF!!!

In Zeiten von Rechtsruck und Kulturkampf braucht es aktive und laute Gegenöffentlichkeit. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

taz.de/abo

10x wochentaz für nur 10 Euro

Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Unter dem Dach der Laube

Andrea Pichl stellt DDR-Gartenlauben in die Heilbronner Kunsthalle Vogelmann. In ihrer Ausstellung seziert die Künstlerin deutsch-deutsche Geschichte und ökonomische Verstrickungen



Von **Beate Scheder**

Heilbronn, siebtgrößte Stadt Baden-Württembergs, machte im April dieses Jahres Schlagzeilen. Die Stadt, die sich nördlich von Stuttgart umgeben von Weinbergen an den Neckar schmiegt, verfüge über die höchste Kaufkraft des Landes, hieß es. Eine neue Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft hatte das ergeben. Erstaunlich könnte man das finden, wenn man sich durch die eigentlich wenig auffällige Innenstadt bewegt, wo man vor ein paar Jahren noch über eine Obergrenze von Dönerläden diskutierte. Heilbronn eben ist ein gutes Beispiel dafür, wie wenig aussagekräftig Durchschnittswerte sind: Die Statistiken verzerrt eine ansässige Familie, die den Nachnamen Schwarz trägt. Schwarz, wie Dieter Schwarz, Gründer der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland), reichster Mann Deutschlands. Maßgeblich trägt jener auch dazu bei, dass sich die Stadt, die sich seit 2020 „Universitätsstadt“ nennen darf, gerade neu erfindet. Die Hochschule wächst seit Längerem, und jetzt entsteht noch ein 30 Hektar großer Innovationspark für For-

schung und Firmen, die mit künstlicher Intelligenz arbeiten. Trotz dem, was da gerade so wächst und gedeiht, ist die Stadt regional eine AfD-Hochburg. Die genauen Gründe dafür wären interessant, auch als Folie, um durch sie auf die Ausstellung der Berliner Künstlerin Andrea Pichl zu schauen, die aktuell in der Heilbronner Kunsthalle Vogelmann läuft. Um deutsche Geschichte, um Ideologien und wie diese sich durch die Zeit winden und um deren Spuren in Architekturen geht es da unter anderem. Andrea Pichl, geboren 1964 in Haldensleben, Sachsen-Anhalt, hat in diesem Jahr den Ernst Franz Vogelmann-Preis für zeitgenössische Skulptur erhalten, der mit 30.000 Euro dotiert und mit einer Einzelausstellung in Heilbronn verbunden ist. Mit Pichl ging er erstmals an eine in der DDR geborene Künstlerin, noch dazu an eine, deren Kunst von ihrem Aufwachsen in der DDR und dem Erleben der Wende und deren Folgen geprägt ist. Ziemlich weit weg von der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze liegt Heilbronn, das lokale Publikum wird einige der Anspielungen

weniger schnell lesen können als jenes aus Berlin, wo Pichl im vergangenen Jahr im Hamburger Bahnhof eine Einzelausstellung hatte, auf die die aktuelle aufbaut. Die „architektonischen Baukörper“ etwa, für die sich die konzeptuell arbeitende Bildhauerin interessiert. Gleich im ersten Raum begegnet man so einem, dem Nachbau eines Kassenhäuschens, wie es einst im VEB Kulturpark im Ostberliner Plänterwald stand. Der Vergnügungspark war in den 1980er Jahren zumindest zeitweise auch Treffpunkt von Ostpunks. Scheinbar geduldet war deren Anwesenheit, bis es zum Konflikt kam. Von der brutalen Auflösung einer Sitzblockade durch Sicherheitskräfte ist im Text die Rede, der im Raum ausliegt, in dem Bilder aus trutschig-praktischen Kunststoffteppichen bedruckt mit den skelettartigen Überresten der Toilettenanlage einer ehemaligen Gaststätte in Ostberlin das Häuschen einrahmen. Geradezu Vorbildlich aufbereitet ist die Ausstellung, die die Künstlerin selbst gemeinsam mit Rita E. Täuber von der Kunsthalle Vogelmann kuratiert hat. In jedem Raum

hängen solche Texte, die einordnen und Hintergründe liefern. Didaktisch könnte man das nennen. Oder sich einfach darüber freuen, dass sich da richtig viel Mühe gegeben wurde, das Publikum abzuholen. Pichl nimmt in der Ausstellung insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zwischen DDR und BRD und deren Nachwirkungen in den Blick. Den Devisenhandel, den Warenverkehr. Um Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen geht es, von denen auch Westfirmen wie Ikea, Otto oder Salamander profitierten, um Giftmüllentsorgung, die Abwicklung von Ostbetrieben nach der Wende. Um Brüche und um Kontinuitäten. Im Erdgeschoss stellt Pichl Bezüge etwa mit Volker Koepps Langzeitdokumentation „Wittstock Wittstock“ über drei Frauen aus dem VEB Obertrikotagenbetrieb Ernst Lück her. Mit Arbeiterinnenfotografien von Helga Paris und Bildern des DDR-Reporters Reinhard Mende. Und – als Sinnbild für die Doppel-moral der Mächtigen – mit einer Aufnahme aus dem Stasi-Archiv, auf dem Mitarbeitende des Ministeriums für Staatssicherheit heimlich Yoga praktizieren.

Pichl bearbeitet ihre Themen mit Fundstücken, Skulpturen und Zeichnungen. In die beiden Obergeschosse hat sie Nachbauten von DDR-Lauben, NS-Behelfsheimen – da schon setzt Pichl mit ihren Recherchen an – und aktuellen Baumarktgartenhäuschen gestellt. Äußerlich weisen sie Ähnlichkeiten auf, vergleichbar erscheinen sie auch darin, wie sie in standardisierter Form und ideologisch aufgeladenen Vorstellungen eines privaten Glücks propagieren, nur eben in anderen Kontexten. Drinnen hängen allerlei Buntstiftzeichnungen, vermeintlich harmlose Stillleben, Details etwa von Wohnhäusern der DDR-Politprominenz. Filmaufnahmen verfallener DDR-Plattenbauten sieht man an anderer Stelle. An wieder anderer im Westen verkaufte Strumpfwaren aus DDR-Zwangsarbeit. Zum genauen Hinschauen lädt das alles ein, nicht nur in der Ausstellung, sondern auch im täglichen Umfeld. **Andrea Pichl:** „deutsch deutsch“, Kunsthalle Vogelmann, Heilbronn, bis 6. September. Katalog (Snoeck Verlagsgesellschaft): 48 Euro

Verspruch in der DDR
privates Glück:
die Gartenlaube GL 19,
wie sie Andrea Pichl nachbaut
Foto: Marcus Bahra, Berlin;
VG Bild-Kunst, Bonn 2026

dvdesk

Na immerhin

Statt im Kino kann man Gus Van Sant Thriller „Dead Man’s Wire“ jetzt immerhin auf DVD sehen. Und das trotz einer eindrucksvollen Nebenrolle Al Pacinos

Die Bilder aus der historischen Wirklichkeit gibt es erst im Abspann. Die Wirklichkeit: Indianapolis, 1977, ein Schuldner nimmt den Präsidenten der Firma, die ihn ruiniert hat, als Geisel, fast drei Tage lang, in aller Öffentlichkeit, das Fernsehen ist die ganze Zeit live dabei. Der besondere Clou: Der Entführer, Tony Kiritsis, hat eine Konstruktion zusammengebastelt, mit einer Drahtschlinge und einem Gewehr, die so funktioniert, dass das Gewehr, würde der mit dem Entführten verdrahtete Tony niedergeschossen, von selbst ausgelöst wird: das Dead Man’s Wire, der Titel des Films. Und so zog Tony Kiritsis, nicht alles lief ganz nach Plan, mit der Geisel durch die Straßen von Indianapolis, die Polizei hinterher, die Medien auch hinterher, live übertragen,

ein Fall, der in den USA fast so viel Aufsehen erregte wie in Deutschland das Geiseldrama von Gladbeck; der auch zu Diskussionen geführt hat, wie sich die Live-Medien verantwortungsvoller bei einem solchen Drama verhalten. Vor acht Jahren entstand eine Dokumentation – „Dead Man’s Line“ –, die den Fall mit viel Archivmaterial rekonstruierte. Es entstand darauf ein Drehbuch für einen Spielfilm. Eine Weile lang war Werner Herzog als Regisseur vorgesehen, mit Nicolas Cage als Tony Kiritsis. Herzog hat dann aber lieber seinen Spielfilm „Bucking Fartard“ gedreht (demnächst im Wettbewerb in Venedig, wo „Dead Man’s Wire“ letztes Jahr außer Konkurrenz lief). An seiner Stelle übernahm Gus Van Sant, der für die Hauptrolle Bill Skarsgård wollte und bekam. An

deutscher Beteiligung fehlt es dennoch nicht, Veronica Ferres hat den Film koproduziert. Kleiner Besetzungscoup am Rande: Die Rolle des Vaters des Entführten, der es sich in Florida gut gehen lässt, übernahm Al Pacino, an einem Tag abgedreht, die ganze Zeit sitzend, eindrucksvoll nichtsdestotrotz. Trotz des Spektakels auf den Straßen wird der Film schnell zum Kammer-spiel. Tony Kiritsis, ein redseliger Kohlhaas, der vor allem eine Entschuldigung und Genugtu-ung will. Sein Opfer: Richard Hall (Dacre Montgomery), mit den Nerven am Ende, geduckt, träumt (wir sehen die Bilder), von einem blutigen Ende. Van Sant lässt das Archivmaterial sehr bewusst außen vor. Er hat stattdessen mit umwerfender Liebe

zu den Details einen Film als veritable Siebziger-Jahre-Zeitkapsel inszeniert: mit allem Kleidungs-Drum und Musik-Dran, mit verwaschenen Fernsehaufnahmen und Split-screens, mit Original-Sound und -Slang und -Bart und -Friseur, Sprung vom Drinnen-Schauplatz nach draußen und wieder zurück. Das ist so tight und slick und dicht, in seiner Künstlichkeit fast hyperreal, ein zur Beinahe-Halluzination gesteigertes Ausstattungsstück. Ein schwarzer Radio-Host (Colman Domingo) ist ebenso mit im Spiel wie eine ehrgeizige junge Fernsehjournalistin, die Polizei marschiert auf, mit dem ersten ist der Entführer noch per Du, aber die Bundespolizei lässt nicht lange auf sich warten. Bedingungen werden diktiert, eine öffentliche Entschul-

digung wird verlangt, Immunität, auch Tonys Bruder muss helfen, Telefonate, eine live übertragene Pressekonzferenz, bei allen Auftritten hat der Entführte den Toter-Mann-Draht stets um den Hals. Gus Van Sant setzt bei seiner Inszenierung mehr auf Dichte und Intensität als auf Spannung. Der Blick auf die Figuren, über deren Agieren sich der Kriminalfall zum öffentlichen Spektakel entgrenzt, bleibt bei aller Fiebrigkeit analytisch genau. Sarkastisch der Musik-Kommentar im Abspann, zu dem Gil Scott-Herons Protestsong „The Revolution Will Not Be Televised“ läuft: Eine Revolution ist das dem rasenden Kohlhaas zum Trotz ganz sicher nicht; nur eine mediale Steigerungsform der Gesellschaft des Spektakels. *Ekkehard Knörer*



„Dead Man’s Wire“ (USA 2025, Regie: Gus van Sant). Die DVD ist ab rund 13 Euro im Handel erhältlich.

„Ich teile die Meinung und pauschalen Vorwürfe gegen die Zivilgesellschaft nicht. Aber weil ihr Zara Rahman den Raum gebt, setzt sich bei mir im Kopf was in Bewegung, und genau darum geht es – Danke! Weiter so!“

Timm Lehmann zu „Warum ich dieses Land nach 15 Jahren verlasse“, taz vom 28. Juli 2026

wortwechsel

Abschottung statt Solidarität

In Ceuta zeigt sich erneut die Unbarmherzigkeit der europäischen Asylpolitik. Nach den Schuldzuweisungen beginnt nun die politische Aufarbeitung



Geflüchtete werden in der Exklave Ceuta von spanischen Polizisten in einen abgesperrten Bereich des Strandes getrieben Foto: Violeta Santos Moura/reuters

Doppelmoral

„EU nach Ceuta: Zur Freude der Anti-europäer“, taz vom 4. 8. 26
Solange die „Illegalen“ als rechtlose Arbeitsklaven dafür gesorgt haben, dass in deutschen Supermärkten billiges Gemüse im Regal liegt, haben sie niemanden außerhalb Spaniens interessiert.
Kaum handelt die spanische Regierung und gibt ihnen einen Aufenthaltsstatus und damit einen Teil ihrer Würde zurück, schreien die Faschisten und ihre konservativen Unterstützer wie Alexander Dobrindt, Friedrich Merz, Manfred Weber und Ursula von der Leyen Zeter und Mordio.
Ich kann meine Hochachtung vor der Regierung Sánchez und meine Abscheu vor dem Handeln der genannten Unionspolitiker nicht oft genug zum Ausdruck bringen. *Flix, taz.de*

Angriff auf Sánchez

Mich wundert, wie viele Expert:innen mit und ohne Regierungsamt fix mit solchem Negativurteil über die Grenzsicherung in 1.500 Kilometer Entfernung aufwarten können.
Aktuell versuchen der konservative Partido Popular und andere Postfranquist:innen mithilfe konservativer Medien systematisch, den Ruf des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez zu zerstören. Dieser Kampagne sollte widerstanden werden, auch wenn – wie der Fall Zapatero leider zeigt – auch Sozialisten keine Heiligen sind. *Jörg Wiesenfeldt, taz.de*

Rechte Profiteure

Auch ohne an Verschwörungstheorien zu glauben oder davon auszugehen, dass das Flüchtlingsdrama in Ceuta gesteuert wurde (um Pedro Sánchez eins auszuwischen), kann man erkennen, wer auf alle Fälle von dieser Situation profitiert: Es sind die Autokraten Donald Trump und Wladimir Putin und diejenigen in der EU, die ihnen ständig sekundieren. Also die europäischen Rechten und hasenfüßige Transatlantiker aus den anderen politischen Lagern.
Darüber hinaus dürften alle Staaten an den EU-Außengrenzen genau hingeschaut haben, die glauben, aus der Flüchtlingskrise Kapital schlagen zu können, da die Europäer in dieser Frage erpressbar und uneins sind. *Abdurchdiemitte, taz.de*

Würdeloser Blickfang

„Migration nach Ceuta: Gerüchte und außenpolitische Spielchen“, taz vom 2. 8. 26
Ich war entsetzt von der Auswahl des Titelfotos für oben genannten Artikel. Ich habe mich auf den ersten Blick gefragt, ob Sie eine Leiche als Clickbait verwenden, bei näherer Betrachtung scheint der Mann „nur“ erschöpft zu sein.
Ich persönlich würde in so einem Moment nicht fotografiert werden und noch viel weniger als Blickfang beim Scrollen dienen wollen. Es gibt sicherlich eine bessere Methode, um auf das Thema aufmerksam zu machen, idealerweise eine, die die Würde der Abgebildeten wahrt. *Jette Binder*

Ohne Widerstand

Viel wichtiger als die Frage, wie es dazu kam, dass sich so viele Menschen auf den Weg machten, um vielleicht ein besseres Leben anzufangen, ist die Frage, wieso sie so widerstandslos zurückgegangen sind! Darüber wird nichts berichtet. Wenn es eine „Schleusermafia“ gegeben hätte, die das organisiert hat, dann wäre die „Critical Mass“ mächtig genug gewesen, ihr Ziel zu erzwingen!
Da hätte das Militär schießen können – alle Welt wäre erobert gewesen und letztendlich und mit vielen Toten wäre das Gemeinsame Europäische Asylsystem gezwungen worden. Ich denke da an Ungarn im Jahr 1989. Was hat Spanien geboten? Was hat Marokko geboten, dass so viele Menschen ihre Hoffnung aufgegeben haben? *Karl Buck*

Demaskierung der EU

„Europäische Reaktionen auf Ceuta: Unsolidarisch und anmaßend“, taz vom 2. 8. 26
Von Spaltung kann keine Rede sein, wenn sich 22 EU-Staaten in der Sache einig sind. Gelungen ist die öffentliche Demaskierung dieser Staaten und damit der EU. Das hohe Gut der Menschenrechte, mit dem die EU im Ausland hausieren geht und sich besonders gegenüber Ländern des Globalen Südens als Lehrmeister aufspielt, ist mit dieser Erklärung endgültig ad absurdum geführt worden.
Weniger Merz und Meloni und mehr Sánchez bedürfte es, um den Wertekanon der EU auch wieder in der Praxis zu etablieren und das Ansehen der EU wieder herzustellen. *Sam Spade, taz.de*

Hartes Leben

Stressbedingte Ausfälle: Ungesunde Arbeitswelt, taz vom 3. 8. 26
Unsere Eltern haben mehr gearbeitet und unsere Großeltern noch mehr, schon alleine weil das Leben an sich schon viel härter war und viel weniger Luxus und Annehmlichkeiten wie in der heutigen Zeit bot. Bei meinem Vater waren 14-Stunden-Schichten, normal, sechs Tage arbeiten war ebenfalls normal. Selbst heute mit 64 Jahren fährt er nachts oder sonntags in die Firma. Ich denke, ein großes Problem ist, dass wir einfach nicht mehr mit Belastungen umgehen können, wir sind eine Jammergesellschaft geworden. *PartyChampions, taz.de*

Kooperativ und verlässlich

„FDP-Chef Kubicki über seine Partei: ‚Wie Sie sehen, lebe ich‘“, taz vom 3. 8. 26
Wolfgang Kubicki hat Entertainerqualitäten. Aber ein politischer Fips Asmussen allein bringt noch keine fünf Prozent.
Eigentlich wäre liberale, ebenso wie sozialdemokratische Politik nötig, gerade in der inneren Sicherheit oder bei den Bürgerrechten. Auch eine Ampel wäre denkbar, das geht aber frühestens mit der nächsten Politikergeneration und mit einer FDP, die kooperativ und verlässlich ist. *FtznFrtz, taz.de*

meinungsstark

Erwachsene Wähler

„Ilko-Sascha Kowalczuk über die AfD: ‚Glaubt den Lügen der Extremisten nicht‘“, taz vom 2.8.26
Jeder Wähler ist erwachsen. Wer eine rechtsextremistische Partei wählt, der muss sich diese Wahl zurechnen und sich damit selbst als Rechtsextremist bezeichnen lassen.
Viele Konservative, aber auch solche Gestalten wie Sahra Wagenknecht und Holger Friedrich fordern einerseits, man solle Wähler der AfD ernst nehmen, behaupten aber andererseits, man dürfe ihnen ihre freie Wahl nicht zurechnen. Als seien sie kleine Kinder oder Leute, die sozusagen in höchster Not und ohne ganz Herr ihrer Sinne zu sein, rechtsextremistisch wählen. Beides geht nicht, und Kowalczuk zeigt das immer sehr deutlich auf. *Suryo, taz.de*

Vereinfachte Weltbilder

Mir kommt das Interview etwas zu schwarz-weiß vor. Es geht nicht nur um Ostalgie oder die Prägung durch die DDR, sondern auch um Identität. Nach der Wiedervereinigung wurden nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche den Maßstäben der westlichen Marktwirtschaft untergeordnet. Nicht nur Betriebe, sondern Institutionen, Biografien und Erfahrungen wurden häufig als rückständig oder entbehrlich betrachtet.
Auch die Unterstützung autoritärer Regime, der Vietnamkrieg und andere militärische Interventionen gehören zur Geschichte westlicher Politik. Deshalb erscheint mir die Darstellung des Westens als zu unkritisch.
Auch die Friedensbewegung kommt mir zu schlecht weg. Sie war nie ein Sprachrohr Moskaus. Vielmehr war sie Ausdruck einer breiten gesellschaftlichen Entwicklung, die Krieg, Aufrüstung und Machtpolitik grundsätzlich kritisch hinterfragt hat.
Und genau deshalb ist Deutschland heute auch „eine der besten, freiesten und wohlhabendsten Gesellschaften, die die Welt bisher gesehen hat“. Wer vor vereinfachenden Weltbildern warnt, sollte selbst keines zeichnen. *Steffan Schmitt, taz.de*

Verharmlosung von Gewalt

„Islamistischer Anschlag auf den CSD: Auf einem Auge blind“, taz vom 27.7.26
Ein Anschlag, der queere Menschen traf, wird in diesem Artikel zum Anlass genommen ein bestehendes politisches Narrativ zu bestätigen: Dieselbe Instrumentalisierung, vor der der Autor selbst warnt, wendet er nur in die andere Richtung.
Wer wirklich gegen Verharmlosung von Gewalt ist, sollte auf Differenzierung setzen statt auf Pauschalurteile. Dass die taz Jan Feddersen hier eine Plattform für rassistische Ansichten gibt, ist erschreckend.
Klar ist, dass Gewalt gegen queere Personen – die tagtäglich in Deutschland passiert, zum Beispiel Polizeigewalt auf der Internationalist Queer Pride – verharmlost wird und zu wenig Aufmerksamkeit bekommt, und das nicht von der linken queeren Community selbst, sondern im generellen öffentlichen Diskurs. *Jona Wolf*

Unangenehme Entwicklung

Die Klimaentwicklung ist keine Krise. Ohne diese Klimaentwicklung würde es die Menschheit voraussichtlich nicht geben.
Immer mehr Menschen auf engstem Raum und immer mehr Hitzestaflächen beschleunigen die unangenehme Wärmeentwicklung schneller. Um 1960 gab es auch Sommer mit bis zu 39 Grad. Nur damals waren die Städte deutlich kleiner, die Hitzestaus weniger belastend. Die Politiker nehmen die Entwicklung zur Steuergenerierung, jedoch nicht zur Klima-Veränderung.
Die vorhandenen Techniken werden nicht oder nur zaghaft genutzt und eine gezielte Speicherung zu Gunsten des Grund- und Trinkwassers wird erst eingeleitet, wenn es zu spät ist. Stattdessen wird über Fracking, sprich Ressourcenvergiftung diskutiert!? So kann es nichts werden mit dem Klima und den Lebensgrundlagen. *Karl Buck, Stetten*

gezwoitscher

Kritik an der Bundeswehr in allen Ehren. Die Ausbilder als aggressiv zu bezeichnen und in die Nähe von Faschisten zu rücken, ist jedoch diffamierend

Nadine Jensen zu „Generation Wehrdienst“, taz vom 5. August 2026



taz  die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.



Sie ist die Frau in Gelb: Marlen Reusser aus der Schweiz
Foto: Gian Ehrenzeller/Keystone/dpa

Die ganz große Prüfung kommt aber noch

Die Schweizerin Marlen Reusser kann sich nach dem Start in ihrer Heimat über Zeitfahrsieg und Gelbes Trikot freuen

Von **Tom Mustroph**

Küsschen von Freund und Trainer im Backstagebereich, das Gelbe Trikot schon vorbereitet – besser konnte die Tour de France Femmes für die Schweizer Radsportlerin Marlen Reusser wohl kaum laufen. Zuerst hatte sie sich über den Start der Tour in ihrer Schweizer Heimat freuen können. Die erste Etappe in Lausanne fand auch ausgerechnet am Nationalfeiertag, der sogenannten Bundesfeier, statt. Reusser konnte sich da zwar noch nicht in Szene setzen – sie wurde 10. im Bergaufsprint einer zehnköpfigen Favoritinnengruppe. Aber sie wusste, dass sie noch ein Ass im Ärmel hatte: Das recht hügelige Zeitfahren zur Senfstadt Dijon bei der Rückkehr des Rennens nach Frankreich.

„Projekt Dijon“ hatten sie und ihr Trainer und Lebensgefährte Hendrik Werner die Vorbereitung auf das Zeitfahren genannt, durchaus in Anspielung auf die gelbe Farbe sowohl des Senfes als auch des Führungstrikot der Tour, wie Reusser später freudestrahlend berichtete. Bereits zu Weihnachten hatten sie es in Angriff genommen. „Es ist das erste Mal, dass ich eine Tour so angehe, von Beginn an als Teamleaderin. Ich wusste, wir starten in der Schweiz am Nationalfeiertag, ich wusste, Etappe vier ist ein Zeitfahren in Dijon, und wir sagten, es sei das Dijon-Projekt, mit der Senf-Assoziation und dem Gelb. Wir dachten, wir können das schaffen, und es hat funktioniert, ich bin sehr glücklich“, fasste sie Vorbereitung und präzise Planerfüllung in Worte.

Ganz zufrieden mit ihrem Ritt war die Perfektionistin nicht. „Ich bin gut gestartet, gut geklettert, hatte aber ein paar Probleme mit dem Rad und dem Wind. Im Recon war es anders und ich hatte es anders geplant“, gab sie zu. Am Ende reichte es zu knappen vier Sekunden Vorsprung für die Weltmeisterin in dieser Disziplin vor der überraschenden starken Niederländerin Lieke Nooijen und auch zur Führung in der Gesamtwertung.

Es war zugleich das erste Gelbe Trikot in der Karriere der radelnden Ärztin. Erst mit 25 Jahren hatte sie eine Stelle als Assistenzärztin zugunsten des Radsports aufgegeben. Sie war danach wieder ins Haus ihrer Eltern zurückgekehrt. Denn das Gehaltsgefälle zwischen einem Job als Medizinerin und dem einer Profifahrerin war zumindest in jenen Jahren enorm. In dieser Saison liegen die Mindestgehälter in der Womens WorldTour bei 38.000 Euro für vom Team sozialversicherungspflichtig angestellte Fahrerinnen und bei 62.000 Euro für Freiberuflerinnen. Reusser selbst kommt nach Angaben Schweizer Medien als Kapitänin des spanischen Rennstalls Movistar auf ein sechsstelliges Salär, liegt also unter 1 Million Euro. Sie kann

mit 17 Sekunden Rückstand im Zeitfahren in Schlagdistanz zur Schweizerin, Titelverteidigerin Pauline Ferrand-Prevot verlor bereits mehr als zwei Minuten; Kasia Niewiadoma-Phinney, Kapitänin des deutschen Rennstalls Canyon/SRAM, brauchte eine Minute und acht Sekunden länger.

Für die deutschen Starterinnen war es kein guter Tag

Auch für die deutschen Starterinnen war es kein guter Tag. Antonia Niedermaier, Klettertalent mit GC-Hoffnungen, kam vor allem mit der Trittfrequenz bei Rückenwind und bergab nicht klar und verlor mehr als eine Minute sowohl auf Reusser wie auf Vollering. Die deutsche Zeitfahrmeisterin Franziska Koch, zugleich Meisterin im Straßenrennen, legte einen halben Ruhetag ein, wie sie zugab. Sie konzentriert sich in den kommenden Tagen auf Etappensiege. Liane Lippert, die das ebenfalls im Auge hat, wird sich zumindest auf der Etappe zum Mont Ventoux am Freitag der Unterstützung ihrer Kapitänin Reusser widmen müssen.

Für die Schweizerin ist dies das große Karriereziel. Bei Movistar wird sie seit dem Wechsel im Winter 2024 sukzessive als Nachfolgerin der einstigen Alleinherrscherin Annemiek van Vleuthen aufgebaut. Die Niederländerin gewann insgesamt acht Grand Tours (viermal Giro, dreimal Vuelta, einmal Tour) und räumte auch bei Klassikermonumenten und Weltmeisterschaften ab.

Reusser unterstrich mit Platz 2 beim Giro im letzten Jahr ihre Fortschritte bei der Verwandlung einer Zeitfahrerin und Etappenjägerin in eine Rundfahrerin. Ihre Fortschritte in den Bergen werden besonders bei der Etappe am Mont Ventoux einer harten Prüfung unterzogen. Als Favoritin auf den Gesamtsieg kristallisiert sich nach den bisherigen Leistungen an kleineren Anstiegen sowie im Zeitfahren allerdings die einstige Blumenhändlerin und Siegerin von 2023, Demi Vollering, heraus.

Reusser unterstrich mit Platz 2 beim Giro im letzten Jahr ihre Fortschritte bei der Verwandlung einer Zeitfahrerin und Etappenjägerin in eine Rundfahrerin. Ihre Fortschritte in den Bergen werden besonders bei der Etappe am Mont Ventoux einer harten Prüfung unterzogen. Als Favoritin auf den Gesamtsieg kristallisiert sich nach den bisherigen Leistungen an kleineren Anstiegen sowie im Zeitfahren allerdings die einstige Blumenhändlerin und Siegerin von 2023, Demi Vollering, heraus.

Reusser unterstrich mit Platz 2 beim Giro im letzten Jahr ihre Fortschritte bei der Verwandlung einer Zeitfahrerin und Etappenjägerin in eine Rundfahrerin. Ihre Fortschritte in den Bergen werden besonders bei der Etappe am Mont Ventoux einer harten Prüfung unterzogen. Als Favoritin auf den Gesamtsieg kristallisiert sich nach den bisherigen Leistungen an kleineren Anstiegen sowie im Zeitfahren allerdings die einstige Blumenhändlerin und Siegerin von 2023, Demi Vollering, heraus.

Reusser unterstrich mit Platz 2 beim Giro im letzten Jahr ihre Fortschritte bei der Verwandlung einer Zeitfahrerin und Etappenjägerin in eine Rundfahrerin. Ihre Fortschritte in den Bergen werden besonders bei der Etappe am Mont Ventoux einer harten Prüfung unterzogen. Als Favoritin auf den Gesamtsieg kristallisiert sich nach den bisherigen Leistungen an kleineren Anstiegen sowie im Zeitfahren allerdings die einstige Blumenhändlerin und Siegerin von 2023, Demi Vollering, heraus.

Reusser unterstrich mit Platz 2 beim Giro im letzten Jahr ihre Fortschritte bei der Verwandlung einer Zeitfahrerin und Etappenjägerin in eine Rundfahrerin. Ihre Fortschritte in den Bergen werden besonders bei der Etappe am Mont Ventoux einer harten Prüfung unterzogen. Als Favoritin auf den Gesamtsieg kristallisiert sich nach den bisherigen Leistungen an kleineren Anstiegen sowie im Zeitfahren allerdings die einstige Blumenhändlerin und Siegerin von 2023, Demi Vollering, heraus.

leibesübungen 19



Andreas Rüttenauer
Kulturbeutel

Verlierer, die wir nie vergessen

Es geht ums Gewinnen. So ist das im Wettkampfsport. Am Ende werden nur die Sieger gefeiert. Bei Olympia fällt auch noch ein wenig Ruhm auf die Gewinnerinnen oder Gewinner von Silber und Bronze ab. Aber auch da weiß man: Die Zweite ist die Beste unter den Verliererinnen. Mehr nicht. Brav hat sie den Siegerinnen zu gratulieren und zack: ab in die Vergessenheit!

Nur die besonders schlechten Verlierer bleiben in Erinnerung. Haben sich die argentinischen Fußballer deswegen so mies benommen nach der Pleite im WM-Finale gegen Spanien? Die Schlägereien nach Abpfiff wird man jedenfalls so schnell nicht vergessen. Auch dass die Argentinier sich bei der Siegerehrung demonstrativ von den jubelnden Spaniern abgewendet haben, ist derart beispellos, dass den Argentinern ein Platz in der Sportgeschichte sicher zu sein scheint – als besonders schlechte Verlierer.

Natürlich gibt es auch schlechte Gewinner. Als die deutschen Nationalspieler nach ihrem WM-Triumph 2014 im Finale gegen Argentinien mit gekrümmtem Rücken über das Podium der Fanmeile schlichen und grölten: „So gehen die Gauchos, die Gauchos gehen so!“, hielt sich das Entsetzen indes in Grenzen. Sie hatten ja gewonnen. Sieger genießen Narrenfreiheit. Meistens jedenfalls.

Es gibt aber auch Sieger, die sind eigentlich nur deshalb in Erinnerung geblieben, weil sie sich als Verlierer mal daneben benommen haben. Unvergessen sind die zwei Stinkefinger, die der niederländische Shorttracker Sjinkie Knegt seinem Bezwinger Victor Ahn bei der EM 2014 in Dresden gezeigt hat. Dass Knegt fünf Weltmeistertitel auf dem Eis gewonnen hat, kann mit diesem beleidigten Auftritt, für den er dann auch noch disqualifiziert wurde, nicht mithalten.

Auch an den französischen Boxer Mourad Aliév würde sich die Sportwelt wahrscheinlich nicht erinnern, wenn der Superschwergewichtler nach seiner Disqualifikation im olympischen Viertelfinale von Tokio 2021 nicht in einen einstündigen Sitzstreik im Ring getreten wäre.

Die Herzen gehörten dennoch ihm. Denn die Disqualifikation wegen eines Kopfstoßes war ungerechtfertigt, wie der Oberschiedsrichter direkt nach dem Kampf einräumte. Weil sich einmal gefällte Entscheidungen aber nicht zurücknehmen lassen, blieb Aliévs Disqualifikation bestehen. Da fällt Fairplay natürlich schwer. Hätte der Franzose seinem britischen Gegner Frazer Clarke dennoch brav die Hand schütteln sollen? Hmm.

Ein ähnlicher Aufreger war der Auftritt des schwedischen Ringers Ara Abrahamian, der bei der Siegerehrung des Wettbewerbs im griechisch-römischen Stil bis 84 Kilo bei den Spielen von Peking 2008 seine Bronzemedaille auf die Matte legte und die Halle verlassen hat, bevor die Siegerhymne gespielt wurde. Er sei im Halbfinale von der Jury beschissen worden, meinte er und witterte eine Verschwörung zugunsten des späteren italienischen Olympiasiegers Andrea Minguzzi. Weil er sich nicht an die olympischen Fairplay-Regeln gehalten hat, wurde er disqualifiziert.

Im Tennis gehört der Handschlag nach dem Spiel zum Fairplay. Den verweigern Ukrainierinnen derzeit ihren russischen Gegnerinnen, egal ob sie gewonnen oder verloren haben. Sonst wird brav gratuliert. Ärgern sich Spieler allzu sehr über Punkte des Gegners, hat allenfalls der eigene Tennisschläger darunter zu leiden. Oder der eigene Kopf. 2008 stand Michail Juschny in Miami kurz vor einer Niederlage gegen den Spanier Nicolas Almagro. Der servierte zum Matchgewinn, als Juschny nach einem Fehler seinen Schläger derart heftig gegen die eigene Birne drosch, dass sich eine Platzwunde auf der Stirn auftat.

Als schlechten Verlierer kann man den Russen deshalb allerdings nicht bezeichnen. Nachdem Ärzte die Stirn geflickt hatten, holte sich Juschny noch das Spiel und gewann die Partie.

was alles nicht fehlt

1 Deutscher in Paris: Florian Wellbrock zeigt in der Seine erneut seine Klasse. Er gewann auch die Freiwasserstrecke über 5 km und damit sein zweites Gold bei der Schwimm-EM in Paris. Für den Ausnahmeathleten war es bereits die fünfte Medaille der Karriere bei Europameisterschaften im Freiwasser. Wie schon am Vortag beim ersten Gold setzte er sich erneut früh an die Spitze und zermürbte das angrißlustige Feld.

1 Ägypter in der Türkei: Ein Wechsel des ägyptischen Stürmerstars Mohamed Salah zum türkischen Club Trabzonspor rückt näher. Der langjährige Angreifer des FC Liverpool ist am Flughafen Istanbul eingetroffen, wie Bilder auf der Plattform X zeigen. Salah war dort bereits in einem Trikot von Trabzonspor zu sehen, das am Dienstagabend Verhandlungen über einen Transfer bestätigt hatte. In der Süper Lig trüfe er u. a. auf Leroy Sané.

2 Deutsche in Japan: Die Tischtennispieler Benedikt Duda und Dang Qiu haben in Yokohama das Achtelfinale beim WTT Champions erreicht. Dort bekommt es Duda mit Felix Lebrun aus Frankreich zu tun, Qiu spielt gegen Kanak Jha (USA). Deutsche Frauen sind nicht angetreten.

1 Schweizer in der Krise: Die Kritik an Fifa-Chef Gianni Infantino reißt nicht ab. Nun gibt es Vorwürfe der Erpres-

sung in Richtung des Weltverbands. So sollen jordanische Nationalspieler kein Geld erhalten haben, bevor der Chef des dortigen Fußballverbands keine Unterstützung Infantinos garantierte. Wie britische Medien berichteten, hat der Fifa-Präsident wichtige Mitarbeiter für Mittwoch zu einem Treffen in die marokkanische Hauptstadt Rabat beordert. Inhalt und Ausgang der Gespräche waren vor Redaktionsschluss noch offen.

genossenschaft



Enkel Nicolas Pannenbecker, Opa Pit Rulff
Genosse seit 2020, Genosse seit 1996

ENKEL LIEBEN DIESEN TRICK

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag

Nachverdichten

Foto: Amélie Losier

Von Holger Paetz

Die Stadt ist begehrt, jeder will hin. Wohnraum verknappt sich. Wie kriegen wir ihn? Durch kluges Kalkül muss keiner verzichten. Das Zauberwort heißt: Nachverdichten.

Warum von Baugrund immer nur träumen? Plätze erkennen, zum Beispiel an Bäumen. Als grüne Tupfer per se nicht verkehrt, doch städtebaulich von minderem Wert.

In Hinterhöfen herrscht wahre Verschwendung von Platz durch romantische Altbauverblendung. Wir reden von sinnlos klaffenden Räumen. Am schlimmsten: Hinterhöfe mit Bäumen.

Dort lassen sich durch cleveres Planen Wohneinheiten für Singles verzahnen. Apartment-Module – sauber geschichtet. So wird sinnvoll nachverdichtet.

Die Höhe nicht aus dem Blickfeld verlieren! Hochhausideen neu diskutieren. Wie wird der Mieter wieder rentabel? Nach oben gestapelt, im Wohnturm zu Babel.

Du kannst es in der U-Bahn spüren, wenn Fahrgäste sich zu Massen summieren, der Hintermann sich auf dich gewichtet, dann fühlst auch du dich nachverdichtet.

Von Bienen und Bösem

Alles schlimm in Niedersachsen und Hessen

Wir wollen hier nicht schwülstig werden, doch an diesem schwülen Mittwoch in unserem schwülen Wahrheit-Kontor wollten wir nur Gutes in diesem Winztext berichten. Zur Abwechslung! Allein es ist uns leider nicht gelungen. Zu garstig waren die Nachrichten auf den Tickern, besonders aus dem Lebewesenbereich erreichten uns so manche *bad news*. Obwohl, wenigstens ist die „ausgebüxte Würgeschlange in Hessen wieder aufgetaucht“, wie uns die AFP aus der Schuh- und Schlangenstadt Offenbach jetzt schrieb. Demnach sei der Königspython bereits Ende Juni „aus dem Terrarium entkommen und anschließend durch ein

offenes Badezimmerfenster in die Freiheit gelangt“. Mensch, Terrariumschlammers, was geht ab bei euch? Jetzt wurde die Giftschlange dank einer aufmerksamen Katze „wenige Meter vom Zuhause seiner Besitzerin aufgefunden“. Bessere Nachricht das als die ebenfalls von der AFP gesendete: „Mann in Niedersachsen stachelt Bienen zu Angriff auf Erntehelfer an“. In Uchte erlitten deshalb zwei Frauen „Bienenstiche am Kopf“, weil ein Vollhonk „im Zuge eines Streits mit einem Landwirtschaftsbetrieb“ zur Deppentat „Rütteln eines Bienenstocks“ schritt. Ja, es ist wohl wahr: Niedersachsen machen nicht nur gute Sachen, sondern auch böse. Ende.

Gebühr für Nacktheit

Die Infantinosierung des Alltags schreitet voran

Überall geht der Trend zur Infantinosierung: Noch aus der letzten Zitrone wird ein kommerzieller Gewinn gepresst. Wie zuletzt bei der Fußball-WM 2026, bei der alles irreführend kostete. Dieser Entwicklung verschließt sich eine Branche nur zu gern nicht: „Australische Airline verlangt Gebühr für Gepäck in Deckenfächern“, meldete die Penunzenagentur AP am Mittwoch. Wir sind es ja längst gewöhnt, dass mit Sitzplätzen, Handgepäck, WLAN, Mahlzeiten oder Getränken an Bord Zaster gemacht wird. Demnächst müssen Fluggäste noch für ihre Kleidung am Körper bezahlen. Selbst das letzte Hemd ist dann nicht umsonst. Und die Passagierkabinen werden sich mit Nackten füllen, die Kleidungskosten vermeiden wollen. Danach lassen sich die Fluglinien Gebühren für die blanke Haut einfallen. Weshalb sich die Geizkrägen unter den Fluggästen bei lebendigem Leib ebenjene überflüssige Hülle abziehen lassen, was vor dem Flug bei speziell eingerichteten Servicepoints („Schinden to go“) am Flughafen möglich ist. Der kommerziellen Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt. Oder wie Reinhard Mey einst sang: „Über den Wolken muss die Abgreif-Fantasie grenzenlos sein...“



Fluggastfoto: reuters



Pia Frankenberg

Tagebuch einer Spazierhörerin: Sommerratsch

Sommer, Zeit der Waldbrände und Gartenfeste. Schwüle lastet über hitzedürrem Rasen, noch sind die Munitionsdepots im Grunewald nicht explodiert, und die monotonen Kiefernhaie stehen stramm. Carpe diem, ab ins Getümmel und in einen der überall plätschernden Small Talks eintauchen. Gleich nebenan sind Reiseerlebnisse im Angebot, die gilt es unbedingt in weitem Bogen zu umfahren. Schon in meiner Jugend begegnete ich langatmigen Weltenbummlerberichten – selbst Homers „Odyssee“ – mit herzlichem Desinteresse, und auf Schwärmereien von dem fantastischen Hotel an der Dingsda-Mittelmeerküste oder der bewusstseinsweiternden Langstreckenwanderung durch die Mongolei reagiere ich mit ähnlichem Enthusiasmus. Ich mache lieber eigene Reisebekanntschaften. Ein Grund, weshalb der entnervte Stoßseufzer aus einem Grüppchen in der Nähe mich aufhorchen lässt: „Zugfahrten sind das Schlimmste! Alle quatschen, aber ich interessier

mich einfach nicht für das, was die Leute da so von sich geben!“ Welch eine Verschwendung! Aus freigiebig geteilten Gesprächsinhalten Fremder darf man doch die wertvollsten Informationen mitnehmen! Was der Cousine nach einer viel zu lange aufgeschobenen Scheidung half: „Boxen. Und jeden Abend ein ordentlicher Joint!“ Oder dass man dem Opa nie das eigene Handy überlassen soll: „Der fasst das Ding einmal an und hat alles gelöscht, der staubsaugt sogar das Internet leer!“ Auch Zufallsbekanntschaften können nicht genug geschätzt werden. Zu meinen persönlichen Höhepunkten gehört eine Zugfahrt neben einem sympathischen jungen Mann, der bei einer Castingshow den vierten Platz belegt hatte und nun, statt einem langweiligen Beruf nachzugehen, zufrieden vom Gesang lebte. Er berichtete von Auftritten vor bestens gestimmtem Publikum bei Volksfesten und Hochzeiten, Firmenfeiern und Gewerkschaftsveranstaltungen, und dass er an Orte käme, von de-

nen er vorher nicht mal wusste, dass es sie gibt. Seine Abenteuerberichte stammten aus den Arenen der gesellschaftlichen Traditionspflege und waren bewusstseinsweiternder als jedes Zen-Kloster. Mein Spaziergang durchs Partygeplauder wird vom Anruf eines ehemaligen Zufallsbekannten und inzwischen befreundeten Engländer unterbrochen. „Hab ich dir erzählt, dass mein Klo verstopft ist?“ Ich spende Worte des Trostes. Wenig später erneuter Anruf: „Du wirst es nicht glauben, ich hab mein Portemonnaie verloren! Mit meinem Permit! Ich werde beim Warten auf den neuen mumifizieren, fuck Brexit!“ Vor meinem inneren Auge erscheinen Bilder von Männerhosen, deren Gesäßtaschen von Geldbörsen ausgebeult werden. „Lass mich raten, wo dein Portemonnaie ist.“ Kurz darauf kommt das Beweisfoto einer nassen Brieftasche samt Aufenthaltserlaubnis. Das Potenzial von Zufallsbekanntschaften ist überraschend und schier unerschöpflich.



das wetter

Brrrr!

Die nächste Kältewelle droht! Meteorologen sagen noch für diese Woche deutschlandweit Temperaturen von unter 30 Grad voraus. Nach zuletzt angenehmen 40 Grad wird in den allernächsten Tagen eine arktische Kaltfront Mitteleuropa erreichen und für eine Abkühlung sorgen, die eine Absenkung der gemessenen Temperatur um mindestens 10 Grad und eine gefühlte Temperatur um die 15 Grad zur Folge hat. Langfristig geben die Meteorologen jedoch klar Entwarnung: „Spätestens im Winter steigen sie dann wieder, diese Temperaturen!“

gurke des tages

Manchmal gönnt sich der große Wettermacher im Himmel einen kleinen Scherz: „Stadt nach Blitzschlag zweigeteilt“, meldete die Symbol-Agentur dpa am Mittwoch. Nach einem Gewitter funktionieren im schwäbischen Städtchen Harburg die Schranken an zwei Bahnübergängen nicht mehr. Der Ort sei faktisch zweigeteilt, heißt es. Dann gibt es also jetzt mit West- und Ostharburg eine neue BRD und eine neue DDR. Die Wiederteilung als Blitzwitz von oben.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord:
Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Becker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



Kino Arsenal August 2026



Fieberträume – Die Filme von Nicolas Roeg THE MAN WHO FELL TO EARTH (Der Mann, der vom Himmel fiel, Nicolas Roeg, UK 1976 | 6. & 22.8.)

3.7.–30.8.

**Magical History Tour
Meet the Sound – Ton im Film, Klang
im Raum**

7.7.–15.8.

Retrospektive Jean Eustache

31.7.–28.8.

**Fieberträume –
Die Filme von Nicolas Roeg**

2.8., 15.00 Uhr, **16.8.**, 15.30 Uhr,
29.8., 14.30 Uhr, **30.8.**, 15.30 Uhr

Daumenkino Das Kinderprogramm

5.8., 19.00 Uhr

Raumgeben

8.8., 20.00 Uhr & **13.8.**, 19.00 Uhr

70 mm: ONE BATTLE AFTER ANOTHER

20. & 21.8., 20.00 Uhr

**17. Arsenal Summer School
Introduction to Humanities**

22.8., 14.00 Uhr

**Sommerfest im silent green
Das Arsenal Filminstitut
stellt sich vor**

24.–26.8.

Pop-Kultur Festival 2026

29.8., 20.00 Uhr

**Fenster zum Hof
Das Nachbarschaftsprogramm**

30.8., 20.00 Uhr

Persona non grata

31.8., 20.00 Uhr

Condition Report #16

31.8.–4.9.

**Kino 16 –
Einführung in das künstlerische
Arbeiten mit 16-mm-Film**



Arsenal Filminstitut e.V.
wird gefördert durch:



cargo

taz

FILM
DIENST



MBB
Medienboard
Berlin-Brandenburg

**arsenal
filminstitut**

Plantagenstraße 30
13347 Berlin
www.arsenal-berlin.de

Von Hanno Fleckenstein

Die erfundenen Vorwürfe sind derart absurd, dass sie beinahe lustig wären – wenn die Sache nicht so ernst wäre: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner werde des versuchten Mordes an einem Tennisprofi verdächtigt, behauptet eine künstlich generierte Stimme in einem Video auf X. Der CDU-Politiker soll den Spieler mit einem Tennisschläger attackiert und auch noch dessen Bremsen am Auto manipuliert haben, geht das Märchen weiter. Am Ende heißt es: „Dieser Skandal wird die Position der CDU in den kommenden Wahlen schwächen.“

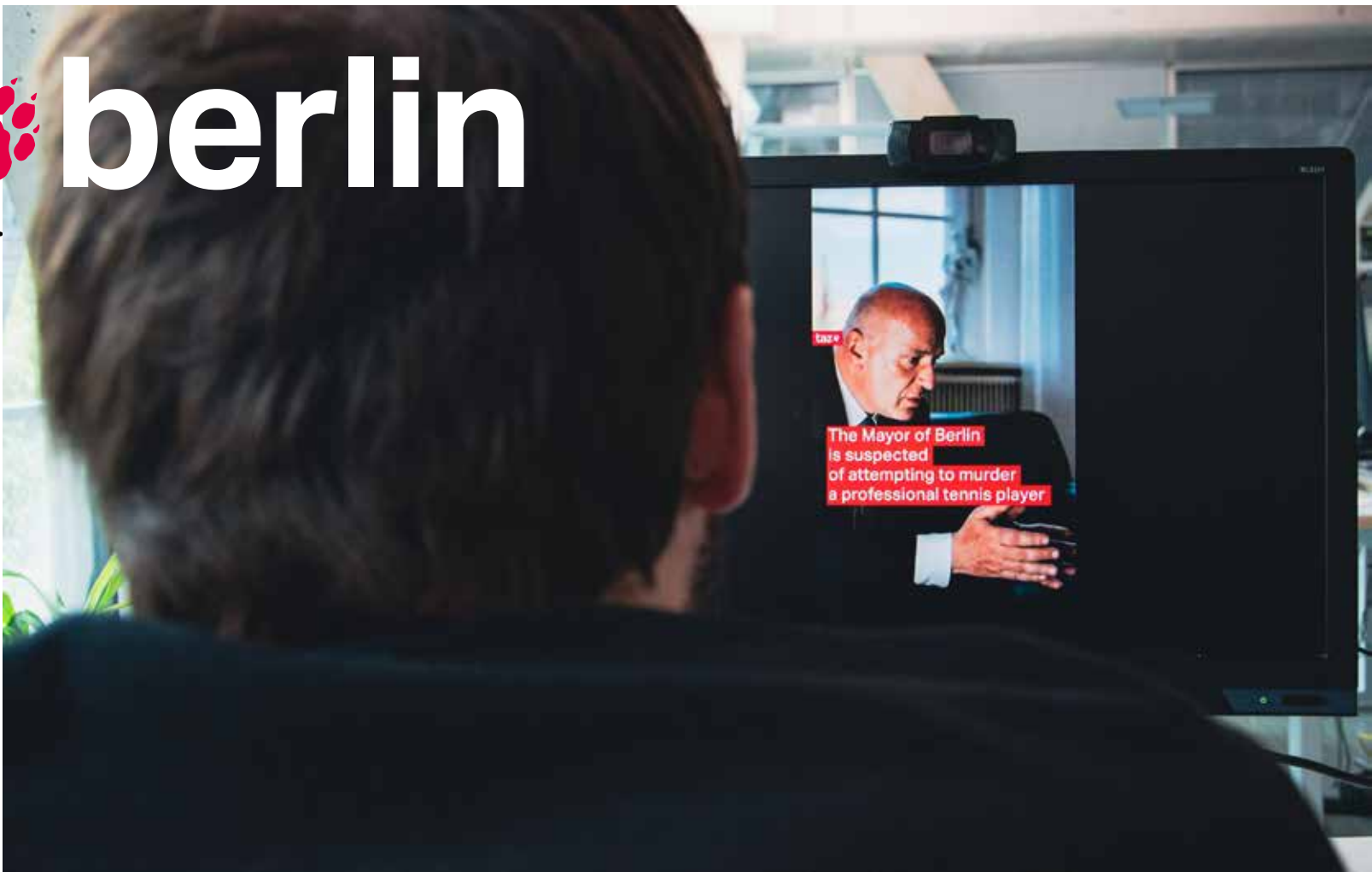
Der Clip ist gestaltet wie ein Beitrag der taz in den sozialen Medien – weiße Schrift, rot hinterlegt, taz-Logo. Und ist eine offensichtliche Fälschung. Die taz hat rechtliche Schritte eingeleitet.

Aber die Masche hat System. Seit Wochen werden X, Bluesky und Tiktok mit Lügenvideos und Fake-News über Kandidat*innen für die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie die Kommunalwahl in Niedersachsen geflutet. Betroffenen sind nach bisherigen Informationen alle etablierten Parteien – außer AfD und BSW.

Die Videos sind allesamt in englischer Sprache, immer im Design seriöser Medien gehalten und erfinden Vorwürfe über namentlich genannte Politiker*innen. In Berlin sind neben Wegner auch alle Spitzenkandidaten betroffen: Stefan Evers (CDU), das Grünen-Duo Werner Graf und Bettina Jarasch, die Linke Elif Erarp und Steffen Krach (SPD) sowie weitere Abgeordnete und Kandidat*innen. Das geht aus Screenshots hervor, die der taz vorliegen.

„Die aktuelle Kampagne weist viele Muster auf, die bei der russischen Einflussoperation ‚Matrjoschka‘ seit Jahren beobachtet werden“, sagt Julia Smirnova vom Center für Monitoring, Analyse und Strategie (Cemas). Die Forscherin analysiert bei dem Think-tank seit Langem Desinformationskampagnen wie diese. Auch in Moldau, Armenien, der Ukraine und Frankreich habe sie Versuche festgestellt, Politiker*innen mit gefälschten Videos mit Logos bekannter Medien zu disskreditieren.

Aber die aktuelle Welle habe eine neue Qualität: „Neu ist das Ausmaß, in dem diese Strategie jetzt auch in Deutschland und bei Landtagswahlen, also auf regio-



Anzeige ist raus: Lügenvideo über Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) in gefälschter taz-Optik
Foto: taz

Gefälschte Videos, erfundene Skandale

In den sozialen Netzwerken versucht mutmaßlich Russland, die Landtagswahlen im Herbst zu beeinflussen. Auch Berlin steht im Fokus der Fake-Beiträge. Fachleute sprechen von einer bekannten Strategie - in einem neuen Ausmaß

naler Ebene, angewendet wird“, sagt Smirnova. Cemas hat Videos zu mehr als 40 Politiker*innen in den vier Bundesländern, in denen bald gewählt wird, dokumentiert. Der Fokus sei klar, betont sie: Konflikte anheizen, polarisierende Themen verbreiten und Spaltungen vertiefen – etwa zwischen Ost- und Westdeutschland.

Tatsächlich läuft die aktuelle Kampagne mindestens seit Ende Juni, wie Recherchen der Zeit, des Spiegel und der Deutschen Welle zeigen. Es ging los mit gefälschten Titelseiten deutscher Zeitungen. Dann kamen die Videos, zunächst oft mit erfundenen Korruptionsvorwürfen. Mit der Zeit wurden die Verleumdungen immer heftiger: Mord, Missbrauch, Menschenhandel.

Die Inhalte landen zunächst bei Telegram und auf prorussischen Plattformen. Später werden sie von sogenannten Seed-Accounts in Netzwerken wie X gepostet. „Seeder“ sind Fake-Konten, die oft Jahre inaktiv waren – und auf einen Schlag wieder in Erscheinung treten. Auffällig ist dabei, dass diese nur werktags operieren, was dafür spricht, dass sie menschlich gesteuert sind.

Diese ersten Postings werden dann von automatisierten Accounts massenhaft repostet. Anschließend streuen sogenannte

Quoter die Inhalte gezielt als Antworten unter Beiträgen von Medien, Politiker*innen oder anderen öffentlichen Figuren.

Das Ziel: mit allen Mitteln Aufmerksamkeit generieren – auch wenn das bedeutet, dass die Falschbehauptung entlarvt wird. Dieses Kalkül von maximaler Reichweite dürfte auch der Grund sein, weshalb die Postings auf Englisch verfasst sind. Inzwischen richten sich die Fake-News-Schleudern zum Teil sogar direkt an Fact-Checker, damit diese die Behauptung zwar entkräften, aber gleichzeitig die Erzählung weiterverbreiten.

Es gebe keine öffentlich bekannten Details dazu, welche Organisation oder Unternehmen konkret hinter der Kampagne stecken könnte, sagt Smirnova. Aber: „Der Verlauf spricht dafür, dass sie im Auftrag des russischen Staates betrieben wird.“ Darauf deuten auch sprachliche Fehler in einigen Postings hin, die auf eine Übersetzung aus dem Russischen zurückzuführen sind.

Auch die deutschen Behörden sind überzeugt, dass Russland dahintersteckt. Die Kampagne reihe sich in die hybride Bedrohung durch Russland ein, der sich Deutschland ausgesetzt sieht, hieß es am Dienstag aus Sicherheitskreisen. Dahinter stehe

„ein ganzes Ökosystem der Desinformation mit staatlichen und nicht staatlichen Akteuren“. Es gehe um eine langfristige Strategie.

Russland versucht seit Jahren, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen – vor allem mit der Absicht, die Unterstützung für die Ukraine zu schwächen. Vor Wahlen wird Propaganda verbreitet, die der AfD und dem BSW nutzt beziehungsweise allen anderen Parteien schadet. Die Wahlen im Herbst sind für die politische Führung in Russland von besonderem Interesse. Zum einen gelten sie als Stimmungstest für die Bundesregierung, zum anderen ist in Sachsen-Anhalt erstmals eine AfD-Alleinregierung möglich. Die aktuelle Kampagne zielt vermutlich auch deshalb hauptsächlich auf Sachsen-Anhalt.

Aber verfangen diese abstrusen Geschichten und KI-Filmchen überhaupt? Cemas-Analystin Smirnova hat Zweifel. „Wir haben keine Hinweise darauf, dass die Kampagne wirklich wirkt“, sagt sie. Die Posts der Seed-Accounts hätten jeweils rund 200 bis 300 Reposts und 90.000 bis 189.000 Views. Das bedeute allerdings nicht, dass besonders viele Menschen sie gesehen hätten – die Reposts und Views kämen zu großen Teilen von nicht-

authentischen Accounts, betont Smirnova.

Trotzdem will man in Berlin wachsam bleiben. „Desinformation über soziale Medien hat im Vergleich zu früheren Wahlen eine neue Dimension erreicht“, sagt Landeswahlleiter Stephan

„Der Verlauf spricht dafür, dass die Kampagne im Auftrag des russischen Staates betrieben wird“

Julia Smirnova, Cemas

Bröchler zur taz. Deshalb setze man auf ein gemeinsames Vorgehen von staatlichen Stellen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, um Desinformation frühzeitig zu erkennen und einzudämmen. Bröchler verweist unter anderem auf die Internetanwendung „Gretchen AI“, die noch im August fertig werden soll. Sie ermöglicht Nutzer*innen selbst zu prüfen, ob Social-Media-Beiträge Fälschungen sind.

Auch die demokratischen Parteien in Berlin nehmen das Thema ernst. „Wir haben all unsere Wahlkämpfenden darauf

vorbereitet und gebeten, hier wachsam zu sein“, heißt es etwa von den Grünen. „Wir werden jedes Fake-Video sofort melden und löschen lassen. Strafrechtlich relevante Angriffe bringen wir konsequent zur Anzeige.“ Die Linke erklärt, man kenne die Posts und stehe regelmäßig im Austausch mit dem Landeskriminalamt. BSW und FDP betonen, man sei für das Thema sensibilisiert, habe aber keine Kenntnis von entsprechenden Vorfällen. Von SPD und CDU kam bis Redaktionsschluss keine Rückmeldung.

Die AfD wiederum sieht sich nicht als Opfer ausländischer Bots und Agenten, sondern von Propaganda, die „von linken NGOs und staatsnahen Organisationen aus dem Inland“ erstellt werde.

Julia Smirnova warnt, dass in den kommenden Wochen weitere Kampagnen verbreitet werden. Landeswahlleiter Bröchler will deshalb die großen Social-Media-Plattformen zu einem Austausch einladen. „Ziel ist es, gemeinsam Wege zu finden, Desinformationskampagnen frühzeitig zu erkennen und ihre Verbreitung zu begrenzen“, kündigt er an. Bislang löschen Bluesky und Tiktok zwar recht zuverlässig Lügenvideos und sperren Accounts, bei X hingegen sind die Inhalte oft lange online.

Christian Jungeblodt traf in einer Eckkneipe auf einen russischen Spion

Auf ein Bier mit Sergej & Sam

Im Grunde fühlten wir uns unwohl mit ihm, vermieden eine ganze Zeit lang direkten Blickkontakt, um nicht in ein unsägliches Gespräch verwickelt zu werden. Da saß er nun in einer Ecke am Tresen in unserer Bierbar in Kreuzberg: der Russe, wie er genannt wurde, bevor wir seinen Namen wussten. Auffällig seine bullige Statur, rasierter Schädel und die Aura eines Menschen, mit dem man keinen Streit anfangen will.

Er stellte sich als Handwerker und Unternehmer vor, als Sergej, war Anhänger von Wladimir Putin und prahlte damit, als Wagner-Söldner gekämpft zu haben; außerdem hatte er was gegen Muslime und Multi-

rekt am Kotti wohnte. So saß er oft alleine da und guckte irgendwelche Filmchen im Internet, und nach ein paar Bier fand er manchmal sogar jemanden, den er vollschwallen konnte.

Manchmal wünschte ich mir, er hätte Hausverbot bekommen, was ja nicht so einfach ist, wenn der Wirt mit ihm auf gut Freund macht. Und die neuen Betreiber der Bar hielten Distanz, aber bedienten sich seiner handwerklichen Fähigkeiten und sagten, sie wollen ihn integrieren, so dass er ein Teil des Inventars wurde.

Und auch sein Hund Sam, der vielleicht die entscheidende Rolle für die späteren Ereignisse gespielt hat. Der Hund – ich räume ein, dass ich

Hunde mag – war ähnlich unsympathisch wie Sergej; ohne Leckerlies neurotisch und oft wurde er schnell nach Hause gebracht oder konnte die Kneipe nicht betreten, wenn der Lieblingshund des Hauses, Anton, zugegen war: Der mochte weder Sam noch Sergej.

An einem Sonntagmorgen im Frühling ging der Sergej mit Sam am Kotti Gassi und der arme Hund verletzte sich schwer an herumliegenden Scherben der letzten Partynacht. Sergej trug den blutenden Hund nach Hause und hatte eine satte Blutspur im Treppenhaus des Kreuzberger Mietshauses hinterlassen, bevor sie im Taxi quer durch die Stadt zur Tierklinik eilten.

Ein Nachbar, der das Blut entdeckte, rief aus Angst vor einer Gewalttat die Polizei. Wenig später stürmt das SEK die Wohnung und findet die verängstigte Putzfrau vor, wie sie gerade blutverschmierte Handtücher in einen blauen Müllsack stopft. Als Sergej nach Hause kommt, ist die Tür eingetreten, die blutige Angelegenheit lässt sich aufklären, aber später in der Kneipe beklagt sich Sergej, wer jetzt seine Tür reparieren wird?

Und vielleicht war der Hund der Anfang vom Ende. Es ist Mai und kein Sergej kommt vorbei, telefonisch ist er nicht mehr zu erreichen. Ein Gast kommt aufgeregt mit der Nachricht in die Bar: Ein russischer

Spion wurde in Berlin enttarnt und festgenommen. Die Bundesanwaltschaft wirft Sergej K. vor, seinem Führungsoffizier zahlreiche Informationen unterschiedlicher Art übermittelt zu haben. Er habe seine Dienste nicht gegen Geld, sondern aus Überzeugung angeboten. Ein Prozess ist noch nicht terminiert.

Sergej K. spionierte Sabotageobjekte aus und bot an, geeignete Personen für Anschläge auf kritische Infrastruktur zu rekrutieren. In der Bar ohne Erfolg, aber die kritische Infrastruktur, eine alte Zapfanlage und marode Kühlschränke hatte er fest im Blick. Es schmeckt wie schales Bier, an ihn zu denken; und was wird aus Sam?

Keine Wohnungen, keine Azubis

Berliner Unternehmen finden immer öfter keine Azubis – auch weil es nicht genügend bezahlbare Wohnungen gibt. Abhilfe könnte ein Azubiwerk schaffen

Von Jonas Wahmkow

Überhöhte Mieten werden zunehmend zu einem Problem für die Gewinnung zukünftiger Fachkräfte. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie zu Wohnraumbedarf von Auszubildenden, die die Industrie- und Handelskammer am Mittwoch präsentierte. Demnach gaben 45 Prozent der Unternehmen an, in den letzten 5 Jahren Azubis aufgrund fehlender Wohnmöglichkeiten verloren zu haben.

Ihr Betrieb investiere viel Zeit und Ressourcen dafür, junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen, sagt Tanja Schirmann, Geschäftsführerin von Plischka Möbeltransporte. Doch sie erlebe oft, dass Ausbildungsverhältnisse an Rahmenbedingungen scheitern, die der Betrieb nicht kontrollieren könne. „Wenn Auszubildende keinen Wohnraum finden, gehen uns wichtige Nachwuchskräfte verloren“, sagt Schirmann.

Mit dem Mythos, dass Azubis keinen zusätzlichen Wohnraum benötigten, weil sie bei den Eltern wohnen könnten, räumt die Studie auf. Demnach haben 65 Prozent Bedarf an eigenem Wohnraum: junge Berliner:innen wollen bei ihren Eltern ausziehen. Dazu kommt der hohe Anteil an zugezogenen Auszubildenden.

Die Studie prognostiziert, dass sich diese Tendenz fortsetzt und aufgrund des demografischen Wandels der Anteil zugezogener Azubis weiter steigt. Bis 2040 sollen dann 71 Prozent Bedarf an einer eigenen Wohnung haben: ein jährlicher Bedarf von 3.400 Wohnplätzen.

Die IHK fordert, die Versorgung mit günstigem Wohnraum mit dem Azubiwerk voranzutreiben. Derzeit plant die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales (SenASGIVA) die Umsetzung eines solchen, an das Studierendenwerk angelegten Versorgungswerkes. Zu Beginn des kommenden Ausbildungsjahrs stehen 154 Plätze in Zweier-WGs in einem Wohnheim in der Storkower Straße bereit. In Alt-Wittenau plant die Gesobau ein weiteres Wohnheim mit 242 Plätzen. Kostenpunkt, 380 Euro brutto kalt für ein teilmöbliertes Zimmer.

Auf dem normalen Wohnungsmarkt gibt es fast keine Wohnungen, die bezahlbar wären. Zu diesem Schluss kommt eine weitere, von SenASGIVA in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie von 2025. Demnach betrug der durchschnittliche Nettoverdienst eines Auszubildenden 908 Euro. Als ‚bezahlbar‘ gilt eine Wohnung, wenn die Miete nicht mehr als ein Drittel des Einkommens beträgt – 303 Euro also. Die Autor:innen fanden auf sämtliche Plattformen 261 WG-Zimmer und 987 Wohnungen, die die Kriterien erfüllten – bei über 50.000 Auszubildenden eine extreme Unterversorgung.

„Es liegt auf der Hand, dass die vorhandenen Plätze nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die nächste Landesregierung“, sagt IHK-Geschäftsführerin Manja Schreiner. Das Azubiwerk müsse zum zentralen Steuerungsinstrument für günstigen Wohnraum für Azubis gemacht werden.



Genauso beliebt in Palästina wie in Israel: Hummus Foto: Rafael Ben-Ari/Chameleons Eye/imago

Hummus mit hebräischem Akzent bestellt

Ein Restaurant in Prenzlauer Berg soll einen Besucher abgewiesen haben, weil er ein Wort hebräisch aussprach. Der Betroffene hat nun Klage erhoben

Von Uta Schleiermacher

Weil ein Gast das Wort „Hummus“ hebräisch aussprach, soll ein Restaurantmitarbeiter sich geweigert haben, ihn zu bedienen. Diesen Vorwurf erhebt die Beratungsstelle Ofek e. V. gemeinsam mit dem Betroffenen. Ofek berät und begleitet in Fällen von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

Der Vorfall selbst soll sich Mitte Februar ereignet haben, als der Gast in einem Restaurant in Prenzlauer Berg Essen bestellte. Der Restaurantmitarbeiter habe ablehnend auf die Bestellung und auf die Aussprache des Gastes reagiert. Er soll geantwortet haben: „*Chummus* ist ein israelisches Wort, wir sind hier in einem palästinensischen Ort, wir sagen *Hummos*.“ So schil-

derte der Betroffene es gegenüber Ofek. Der Kellner soll seine Ablehnung außerdem mit „Ges- tik und Mimik“ gezeigt haben.

Der Gast soll daraufhin gesagt haben, dass er aus Israel stamme. Er soll den Kellner gefragt haben, ob dies der Grund sei, warum er ihn nicht bedienen wolle. „Dann bitte nicht“, soll der Restaurantmitarbeiter gesagt und auf die Tür gezeigt haben. „In dem darauffolgenden Wortwechsel machte der Mitarbeiter deutlich, dass er dem Kläger eine bestimmte politische Haltung aufgrund seiner Herkunft zuschrieb“, erklärt Ofek.

Aus Sicht der Beratungsstelle hat der Restaurantmitarbeiter den Gast damit aufgrund seiner ethnischen Herkunft benachteiligt und ihn antisemitisch dis-

kriminieren. Am Mittwoch hieß es von Ofek, dass sie den Gast daher nun auch bei einer Klage gegen das Restaurant unterstützen werden. Zuvor habe der Betroffene sich mit einer Diskriminierungsbeschwerde an das Restaurant gewandt. Als diese unbeantwortet blieb, habe auch ein Anwalt im Namen des Klägers das Restaurant zu einer Entschuldigung aufgefordert. Doch auf beides habe das Restaurant bisher nicht reagiert.

Vor dem Amtsgericht Mitte wolle der Betroffene Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einklagen. Das AGG schützt etwa vor Benachteiligungen in Beruf und Alltag, auch wenn etwa „öffentlich angebotene Dienstleistungen“ verwehrt werden. Das Restaurant äußerte sich zu dem

Vorfall gegenüber der taz nicht.

„Meine Freundin und ich wollten einfach nur Hummus essen“, heißt es vom Kläger. Es sei eine zutiefst demütigende Erfahrung gewesen, „wegen meines hebräischen Akzents und meiner Herkunft aus einem Restaurant verwiesen zu werden“, sagt er. „Ich glaube, dass Essen Menschen zusammenbringen und Brücken zwischen ihnen bauen sollte, deshalb hat es mich besonders verletzt.“

Ofek-Geschäftsführerin Marina Chernivsky zufolge steht der Fall „exemplarisch für zahlreiche Diskriminierungsfälle“, die die Beratungsstelle seit dem 7. Oktober 2023 begleitet. „Er verdeutlicht die zunehmende soziale Isolation und den gesellschaftlichen Ausschluss, von denen viele israelische und jüdische Menschen in Deutschland seitdem betroffen sind“, erklärt Chernivsky. „Antisemitismus schränkt die gleichberechtigte Teilhabe jüdischer Menschen am gesellschaftlichen Leben ein – durch offene Anfeindungen ebenso wie durch subtile Formen der Diskriminierung“, sagt sie.

Allein in Berlin hätte Ofek zuletzt Menschen in 7 Fällen wegen verweigertem Zugang und Ausschluss von Dienstleistungen beraten. Die Beratungsstelle unterstützte Ratsuchende dabei, ihre „Rechte zu kennen und wirksam durchzusetzen“, erklärt Chernivsky. Das Gerichtsverfahren sei bedeutsam, denn „die praktische Durchsetzung des Diskriminierungsschutzes für Betroffene“ sei weiterhin „mit hohen Hürden verbunden“, kommentiert die Ofek-Geschäftsführerin.

Größeres Medienecho fand vor einigen Jahren die Klage der Sintiza Kelly Laubinger aus Schleswig-Holstein. Sie hatte ein Fitnessstudio in Neumünster verklagt, weil es ihr wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit die Aufnahme verweigert hatte. Und Laubinger war mit ihrer Klage erfolgreich: Das Amtsgericht Neumünster verurteilte den Fitnessstudiobetreiber zur Zahlung eines Schmerzensgelds.

Uwe Rada über die neueste Berlin-Umfrage

Noch ein weiter Weg ins Rote Rathaus

Mehr als drei Wochen nachdem die Berliner CDU mitten im Wahlkampf ihren Spitzenkandidaten ausgewechselt hat, ist noch immer kein „Evers-Effekt“ auszumachen. In der jüngsten Umfrage von Civey für den Berliner Tagesspiegel vom Mittwoch liegt die CDU mit 19 Punkten weiter hinter der Linkspartei. Die führt die Umfrage mit 21 Prozent an.

Stefan Evers heißt der neue Spitzenkandidat der CDU, und anders als sein Vorgänger Kai Wegner hat er mit einem Problem zu kämpfen, das den anderen Spitzenleuten nicht fremd ist – seiner geringen Bekanntheit. Auch das dürfte dazu beigetragen haben, dass die CDU nach ihrem Kandidatentausch nicht zugelegt hat.

Dass das Beben in der Berliner CDU kein Nachbeben in den Umfragen ausgelöst hat, kommt allerdings nicht überraschend. Zu ähnlich waren die Umfragen zuletzt gewesen, sieht man einmal von einer vom rechten Portal Nius in Auftrag gegebenen Insa-Umfrage ab, bei der die AfD auf Platz eins gelandet war, in der aber auch die Linke im Aufwind war.

Das Bild jedenfalls ist stabil: Linkspartei und CDU liefern sich ein Rennen um Platz eins, wobei die Linke zuletzt die Nase vorn hatte. Beide Parteien haben einander auch zum jeweils wichtigsten politischen Gegner erklärt und schließen eine Koalition miteinander aus.

Dahinter folgen AfD und Grüne oder auch Grüne und AfD. Und ganz zum Schluss die Berliner SPD, die in der jüngsten Civey-Befragung um einen Prozentpunkt auf 12

Prozent abgerutscht ist. Auch da hat es nach der Nominierung von Steffen Krach im vergangenen November keinen Effekt gegeben. Nicht nur unbekannt ist Krach. Er hat auch das Problem, dass seine ostentative Distanz zur CDU-SPD-Koalition von den Wählerinnen und Wählern nicht honoriert wird. Das mag dem Spitzenkandidaten gegenüber ungerechtfertigt sein, nicht aber gegenüber seiner Partei.

Alles also beim Alten? Interessant ist die Umfrage vor allem, weil der Zeitraum der Befragung vom 20. Juli bis 3. August zumindest teilweise den islamistischen Anschlag auf den Berliner CSD mit einschließt. Entgegen ersten Befürchtungen scheint die AfD nicht davon profitiert zu haben.

Das hat womöglich auch mit dem Anschlagziel zu tun. Wer für eine bunte Gesellschaft und gleichzeitig für mehr Law and Order ist, fühlt sich in Berlin von der CDU und ihrem schwulen Spitzenkandidaten eher abgeholt als von der AfD.

Stabil sind nach der jüngsten Umfrage auch die Optionen für die Bildung einer neuen Landesregierung. Da eine Fortsetzung des bisherigen CDU-SPD-Senats keine Mehrheit hätte, braucht es drei Parteien, die im künftigen Abgeordnetenhaus miteinander koalieren. Das sind entweder Linke, Grüne und SPD, die zusammen ein Linksbündnis schmieden könnten.

Oder aber Grüne und SPD arrangieren sich mit der CDU und bilden eine sogenannte Keniakoalition, wie sie es in Brandenburg schon einmal unter der Führung der SPD gegeben hat. Vor allem für die Grünen könnten Sondierungen mit der CDU zu einer Zerrei-

probe werden. Erst recht, wenn die CDU vor den Grünen liegt und nicht einmal das Amt des Regierenden Bürgermeisters für die Grünen als Argument für Kenia lockt.

Ist die Linkspartei also der lachende Dritte? Nicht automatisch. Denn auch die Linke hat ein Problem. Unklar ist, wie viele ihrer Abgeordneten nach der Wahl am 20. September überhaupt mitregieren wollen. Der linke Weg ins Rote Rathaus ist noch ein weiter Weg.

Gut möglich also, dass Berlin nach der Wahl ein Blaming-Spiel bevorsteht, bei dem sowohl Grüne als auch Linke einander die Schuld zuschieben könnten, sollte es nicht zu einem Linksbündnis kommen, sondern zu einer Keniakoalition.

Zum Zünglein an der Waage könnte in diesem Fall die SPD werden. Die müsste sich bei einem Wahlsieg der Linken und einer eigenen Niederlage für ein „Weiter so“ inklusive der Grünen entscheiden. Oder aber sie verhilft der Linken ins Rote Rathaus. Das dürfte aber nur dann der Fall sein, wenn die Linke auf ihr wichtigstes Vorhaben, die Vergesellschaftung privater Wohnungsbestände, verzichtet. Und das ist eher unwahrscheinlich.



Foto: privat

Uwe Rada ist Redakteur für Stadtentwicklung

Anzeige

taz reisen
in die Zivilgesellschaft



Nationalisten gegen multiethnische Traditionen

Sarajevo - Mostar - Jablanica - Visegrad - Gorazde - Srebrenica

BOSNIEN UND HERZEGOWINA mit Erich Rathfelder

Jugoslawien war vor dem Krieg ein multiethnischer und multireligiöser Staat. Heute sind die Ethnien auf dem Balkan zerstritten. Die schwache EU verliert an Reiz. Wir sprechen mit Menschenrechtlern, Lokalpolitikern, Journalisten u.a. über diesen Wandel – und mit jungen Menschen über ihre Perspektiven. Dazu gibt's herrliche Landschaften und gutes Essen.

18. – 24. Oktober 2026, 1.880 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (030) 2 59 02-1 17
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Nur noch kurz die Welt retten

Mit seiner Suchmaschine will Ecosia-Gründer Christian Kroll durch Umweltschutz die Welt verbessern. Nun geht es ihm immer mehr um echte Unabhängigkeit von Big Tech

Von Marisa Haug

Ecosia-Gründer und Geschäftsführer Christian Kroll
Foto: Shane Mcmillen

Sechs Männer stehen in einer Reihe auf der Reichstagswiese und posieren mit Schaufeln für die Kameras. „Jetzt noch mal alle zusammen!“ Fast gleichzeitig beugen sie sich etwas nach vorne, strecken ihre knallroten Schaufeln gerade von sich und setzen ein Lächeln auf. Unter ihnen sind der Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), Mittleres Bezirksstadtrat für Umwelt Christopher Schriner (Grüne) und der Ecosia-Gründer und Geschäftsführer Christian Kroll. „Und hoppl!“ Sie schütten ihre Häufchen Erde um den frisch in eine Kule gehobenen Feldahorn herum.

Es ist nicht irgendein Baum, es ist der 250-Millionste Baum von Ecosia, der an diesem Tag im Frühjahr feierlich gepflanzt wird. „Ich hatte immer mal den Traum, einen Baum vorm Reichstag zu pflanzen“, sagt Kroll, und es wird ein bisschen gelacht, weil es nicht ganz ernst gemeint scheint, bevor er fortführt: „Ich dachte, das wäre absurd, aber jetzt machen wir das tatsächlich.“

Mit Ecosia, „der Suchmaschine, die Bäume pflanzt“, surft man nicht nur im Internet, man rettet gleichzeitig ein bisschen die Welt, so die Idee. Das funktioniert so: Wie alle Suchmaschinen fließen diese Gewinne bei Ecosia nicht als Dividendenzahlungen auf die Konten von Aktionär*innen, sondern in Umweltprojekte.

Vor allem in neue Bäume, wobei es eigentlich sogar mehr als 250 Millionen seien, erklärt Kroll: „Wir zählen einen Baum erst, wenn er seit mindestens drei Jahren wächst.“ Um das zu überprüfen, klicken sich im Ecosia-Büro im Wedding Angestellte durch Satellitenaufnahmen aus der ganzen Welt, aus Brasilien, dem Senegal oder Madagaskar, um einen Überblick über die gepflanzten Bäume zu behalten.

Reiht man all diese Bäume mit einem Abstand von zwei Metern aneinander, würde die Baumlinie den Planeten zwölfmal umrunden. Das habe er neulich mal ausgerech-

net, erklärt Kroll, schränkt aber ein: „Krasse Zahl, aber das ist halt im Endeffekt ein Bruchteil von dem, was wir an Bäumen brauchen.“ Viel mehr bräuchte es, um CO₂ zu bündeln und dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Und um die Lebensbedingungen für die Menschen dort zu verbessern, wo Wälder und Landschaften auch durch die Erderwärmung bereits vertrocknet sind.

Die Welt verbessern, das war von Beginn an die Kernidee von Ecosia. Sie kommt Christian Kroll Mitte zwanzig im Jahr 2007, als er nach seinem BWL-Studium eineinhalb Jahre durch Nepal und Südamerika reist. Er erlebt dort das, was man eine klassische Gap-Year-Erkenntnis eines Europäers auf Reisen nennen könnte: „In mir ist ein globales Verständnis dafür gewachsen, wie unfair eigentlich unser System ist“, erinnert er sich. Die Zufälligkeit eines Geburtsorts, die wirtschaftliche Abhängigkeiten vieler Länder von wenigen reichen Ländern, Armut. Und er bekommt mit, wie in Argentinien und Brasilien Regenwaldflächen so groß wie Bundesländer für den Soja-Anbau abgeholzt werden. Er will etwas Sinnvolles tun, abgeleitet aus seinem Privileg, in Wittenberg in Deutschland aufgewachsen zu sein.

Noch aus seiner Zeit als BWL-Student weiß er, wie viel Geld Google über Werbung und über die Vermittlung von Besucher*innen auf Websites verdient, und fragt sich: „Was wäre denn, wenn es ein Google gäbe, das sich genau für die Dinge einsetzt, die mir wichtig sind?“ Noch in Südamerika arbeitet er mit seiner Schwester und einem Schulfreund an den Anfängen von Ecosia, das zu Beginn noch Forestle heißt.

Zwanzig Jahre später ist Ecosia die größte Suchmaschine Europas mit um die hundert Angestellten. Und mit circa 20 Millionen Nutzer*innen, die durch ihre täglichen Internetsuchen den Umweltschutz ermöglichten, so Kroll. Auf der Website, dem Ecosia-Blog, kann man durch die Projekte scrollen und alle wichtigen Informationen einsehen: „Eure Bäume in Thailand“, „Eure Bäume in Indien“, und auch in Europa pflanzt Ecosia mit Partnerorganisationen Bäume. In Spanien hat

der Projektpartner AlVelAl die dort heimischen Baumarten Aleppo-Kiefer und Stech-Wacholder ausgesät. Herausfordernd seien dort vor allem die Massentierhaltung und die industrielle Landwirtschaft.

Dass Ecosia bei vielen Projekten hervorhebe, mit lokalen Partnerorganisationen, standortgerechten Arten und mit Agroforst zu arbeiten, sei ein gutes Zeichen, sagt Daniel Johnson, Professor für Wertebasierte Waldökonomie an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Und auch, dass neben dem ökologischen, auch der soziale Nutzen betont werde: „Baumpflanzung ist nicht automatisch gut, aber sehr oft sinnvoll, wenn sie langfristig und gemeinsam mit den Menschen vor Ort umgesetzt wird.“

Damit das so bleibt, hat Christian Kroll 2018 mit dem damaligen Mitinhaber Tim Schumacher 99,9 Prozent der Ecosia-Anteile an die Purpose Foundation übergeben und ihnen ein Vetorecht erteilt. Seitdem sei garantiert, dass Ecosia nicht mehr mit Gewinn verkauft oder Geld aus dem Unternehmen entnommen werden könne, erklärt er: „Die Stiftung hat die Verantwortung, die Anteile zu halten, ohne Hintertüren.“ Dieser Schritt sei „tatsächlich irreversibel und nicht wie OpenAI, die irgendwie gesagt haben, sie sind Non-Profit, und jetzt aber ihren Börsengang planen“, regt er sich auf.

Sobald es um Big Tech geht, düstert sich Krolls Miene. Die großen Unternehmen haben Ecosia in der Hand: „Den Großteil unserer Suchergebnisse beziehen wir von Microsoft, das heißt von ihrer Suchmaschine Bing, und von Google. Und auch die Werbeanzeigen, die wir anzeigen, kommen von Microsoft und Google“, erklärt er. Ecosia bekommt die Suchergebnisse und Werbeanzeigen weitergeleitet und muss im Gegenzug dafür bezahlen. Wie viel, darf er nicht sagen, aber: „Der wesentliche Teil bleibt bei uns ... aber ein nicht unwesentlicher Teil landet bei Microsoft und Google.“

Durch diese Abhängigkeit hat Ecosias Umwelt- und Datenschutz Grenzen, die auch die Nutzer*innen ahnen. Das zeigen die Top-3-Suchvorschläge: „Ist Ecosia wirklich

nachhaltig?“, „Ist Ecosia sicher?“, „Ist Ecosia seriös?“ Strenggenommen ist die Antwort: Jein.

Zwar verdient Ecosia mit jeder Internetsuche Geld, das es zu großen Teilen für Umweltprojekte ausgibt. Und für die Verarbeitung der Suchanfragen nutzt Ecosia Energie aus erneuerbaren Ressourcen. Das ist die eine Seite: seriös, nachhaltig, sicher. Die andere Seite ist, dass mit jeder Internetsuche bei Ecosia auch Google und Microsoft bezahlt werden, für die das nicht gilt. Der gleiche Widerspruch besteht beim Datenschutz: Zwar anonymisiert Ecosia Daten wie die IP-Adresse von Nutzer*innen nach sieben Tagen, ihre Suchpartner Microsoft und Google hingegen erst nach sechs beziehungsweise neun Monaten.

Diese Informationen stehen auf dem Ecosia Blog. Sie sind kein Geheimnis, werden aber auch nicht so offen nach außen getragen, wie das Nachhaltigkeitsversprechen. Im Endeffekt ist es als Ecosia-Nutzer*in bisher so: Statt nur zu googeln, kann man googeln und dabei Bäume pflanzen. Und das ist wahrscheinlich besser, als keine Bäume zu pflanzen.

Kroll reicht das nicht. Er will raus aus dieser Abhängigkeit von Google und Microsoft. Seit 2024 entwickelt Ecosia gemeinsam mit der französischen alternativen Suchmaschine Qwant unter dem Namen European Search Perspective einen eigenen Suchindex. Das ist eine Art digitale Bibliothek, auf der Suchmaschinen beruhen. „In Frankreich machen wir schon die Hälfte unserer Suchergeb-

nisse selber. In Deutschland werden wir bis zum Ende des Jahres mindestens auf die Hälfte kommen, denke ich.“

Bis vor Kurzem beruhte Ecosia noch ausschließlich auf den Suchindizes von Google und Microsoft. Diesen jetzt selbst zu entwickeln, ist eine Mammutaufgabe, die Matthias Schmelzer, Professor für sozial-ökologische Transformationsforschung an der Universität Flensburg, so beschreibt: „Das zentrale Problem ist kein betriebswirtschaftliches, sondern ein politökonomisches: Wer mehr Suchanfragen prozessiert, hat bessere Daten, verbessert seinen Algorithmus schneller und festigt seinen Vorsprung.“ Das heißt mit anderen Worten: Google und Microsoft haben einen massiven Vorsprung. Und für Kroll heißt das: „Wir sind eine digitale Kolonie. Big-Tech-Konzerne haben uns Europäer, uns Deutsche im Würgegriff.“

Lösen kann sich Ecosia daraus, wenn überhaupt, weil es die Suchmaschine schon lange gibt und sie viele Millionen Nutzer*innen hat, durch die der Suchindex jetzt trainiert werden kann. Mit Ecosia könne Europa digital souverän werden, was auch für die Demokratie unerlässlich sei, sagt Kroll im Hinblick auf die aktuelle Politik. „Frau von der Leyen steht dann da und versucht irgendwie, mit Herrn Trump zu verhandeln, und hat aber eigentlich gar keine Verhandlungsmacht.“ Der US-Präsident hatte Ende vergangenen Jahres gedroht, die Zölle zu erhöhen, sollten EU-Regeln US-amerikanische Technologiekonzerne zu sehr einschränken. „Ich hoffe, dass wir schon in ein, zwei Jahren vielleicht keine perfekte, aber wenigstens überhaupt eine Alternative zu Big Tech bieten können.“

Eine Alternative, die auch politisch angenommen und gefördert werden müsste. Bisher ist es so: Das Umweltministerium habe unter der ehemaligen Ministerin Steffi Lemke (Grüne) auf Ecosia umgestellt, „Merz hat es im Kanzleramt aber leider noch nicht geschafft“, beklagt sich Kroll.

Doch der Kampf gegen Big Tech treibt ihn an: „Nehmen wir an, wir hätten Ecosia in der gleichen Dimension wie Google – wir hätten eine ganz andere Welt, glaube ich.“



Geht doch: Bildungssenator Mark Rackles (SPD, l.) und Martin Grocholl (Energiekonsens, r.) verwerten mit Kindern alte Milchkartons Foto: Karsten Klama

Im Bann der Klimakläger

Bremen hat eins der schärfsten Klimagesetze unter den Bundesländern. Aber der Zweistädtestaat bricht es halt auch. Dagegen zieht die Deutsche Umwelthilfe nun vor Gericht. Auch hilfreiche Einzelmaßnahmen wurden längst erstritten, nur nicht umgesetzt

Von Benno Schirrmeister

Wer anderen Normen vorgibt, muss sich schon selbst dran messen lassen, egal ob Jens Spahn oder der Bremer Senat. Der aber behandle „sein eigenes Klimaschutzgesetz wie eine unverbindliche Empfehlung“, rügt Jürgen Resch, Vorsitzender der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die rot-grün-rote Zweistädtestaatsregierung. Und das will er, will seine Organisation, einfach nicht hinnehmen.

Und weil sie als anerkannter Umweltverband ein Klagerecht hat, macht sie davon Gebrauch – wie schon im Juni angekündigt worden war. Sie hat beim Oberverwaltungsgericht eine sogenannte Leistungsklage eingereicht. Das ist wichtig.

Denn während im Umweltrecht oft nur gerichtlich festgestellt wird, dass eine Behörde gegen Gesetze verstoßen und das in Zukunft zu unterlassen hat, kann die öffentliche Verwaltung per Leistungsklage gezwungen werden, etwas zu tun. Allerdings nur, wenn sie dazu wirklich verpflichtet gewesen war und es unterlassen hat.

Im aktuellen Fall geht es um den Paragraphen 5 Absatz 8 des Bremischen Klima und Energiegesetzes (Bremkeg). Der verpflichtet den Senat, auf die Energie- und Kohlendioxidbilanzen zu reagieren, die ein Sachver-

ständigenrat ihm jährlich vorzulegen hat. Wenn aus denen hervorgeht, dass die Freie Hansestadt ihre Klimaziele verfehlen wird, hat die Regierung tätig zu werden. Und sie wird sie verfehlen.

Ein entsprechendes Gutachten des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) hatte schon im Januar gezeigt, dass Bremen bis 2030 selbst unter günstigsten Bedingungen seinen Kohlendioxidausstoß im Vergleich zu 1990 nur um 45 statt der versprochenen 60 Prozent verringern kann. Die Zahlen wurden im März durch die offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamtes bestätigt.

Bremkeg 5 ist gesetzgeberisch ein cooler Move: Früher galt der Paragraph als Staubfänger. Das ist vorbei. Aber auch dient staatliches Berichts- und Gutachterwesen oft zu nichts anderem, als nach stirnrunzelnder Kenntnisnahme durch die Fachgremien, behördliche Speichermedien vollzusammen.

Das wollte man hier vermeiden, nachdem sich Bremen doch so schön mit einer Enquetekommission, viel ehrgeizigeren Zielen als etwa Hamburg und lagerübergreifendem Konsens auf seinen steinigsten Klimaschutz-Weg gemacht hatte. My god, Bremen hat sich fest vorgenommen, als erstes Bundesland

überhaupt klimaneutral zu sein!

Deshalb steht da nun, dass der Senat spätestens zwei Monate nach Eingang der Stellungnahme des Sachverständigenrats mitteilen muss, „welche zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen verwirklicht werden sollen, um der Verfehlung des Minderungsziels entgegenzu-

„Am Ende sollen die Bürgerinnen und Bürger die Rechnung zahlen“

Marcel Schröder, FDP-Fraktion

wirken“. Außerdem müsse die Mitteilung einen Plan dafür enthalten, wie es denn künftig klappen soll, den selbstgesteckten Ansprüchen zu genügen.

Die zwei Monate hatte man verstreichen lassen. Im Juni kam es dann zu einer etwas halbherzigen Aussprache in der Bürgerschaft. Bei der zeigte sich die Regierungskoalition einig, dass vor allem die Bundesregierung und Donald Trump die Bremer Werte verhagelten.

Beim Stahlwerk, dem mit Abstand wichtigsten CO₂-Emitenten des Bundesländchens, hatte man auf einen massiv ge-

förderten Umbau der Öfen gesetzt: weg vom Betrieb mit fossiler Energie, hin zu Wasserstoff. Aber auch die Pläne haben sich verflüchtigt, weil's dem Betreiber nicht lukrativ genug schien.

Immerhin, Philipp Bruck, Klimaschutzpolitischer Sprecher der Grünen, hatte seinen Senator*innen damals ins Stammbuch geschrieben, sie müssten „proaktiv bis Ende Juli ein Klimaschutz-Sofortprogramm vorlegen“. Schließlich dürfe sich „eine rot-grün-rote Koalition nicht erst durch ein mögliches Gerichtsurteil zum Einhalten des eigenen Klimaschutzgesetzes zwingen lassen“, lautete sein Wunsch.

Geld für Investitionen des „mit dem Länderanteil des Sondervermögens des Bundes und mit den neuen Regeln für eigene Kredite zur Verfügung“, erinnerte er den Finanzsenator Björn Fecker (Grüne) an die neue Bewegungsfreiheit.

Bremen könne also für „gute Fuß- und Radwege, flächendeckenden Einsatz von Elektrobussen, sanierte Schulen und Hochschulen, Wärmepumpen und Solaranlagen, wiedervernäste Moore und neue Bäume“ sorgen. Für die letzten vier Maßnahmen müsste sich die Umwelt- und Wissenschaftssenatorin Henrike Müller (Grüne) einsetzen.

Die Bürgerschafts-FDP nahm die Klage zum Anlass, ihre dokt-

rinäre Ablehnung von Umweltverbänden zu ventilieren und deren durch die Aarhus-Konvention verbrieften Anspruch, für ihr Anliegen den Rechtsweg zu beschreiten, anzugreifen. So bezichtigte ihr umweltpolitischer Sprecher Marcel Schröder die DUH, ein „Geschäftsmodell“ zu betreiben. Sie versuche ihre ideologisch getriebenen Ziele über Gerichte durchzusetzen. „Am Ende sollen die Bürgerinnen und Bürger die Rechnung zahlen“, kritisiert Schröder.

Eine Überprüfung der DUH-Forderungen kann den Vorwurf allerdings nicht bestätigen: So könnte Bremen richtig viel holen durch das, was Jürgen Resch als „Sanierungsinitiative für öffentliche Gebäude“ bezeichnet.

Das würde voraussetzen, dass die Freie Hansestadt lernt, ihren Immobilienbestand etwas konsequenter zu managen – was sich auch als wirtschaftlich sinnvoll erweisen dürfte. Aber immerhin, da ist man dran, und je schneller es geht, desto mehr Geld spart es ja, wenn die Energiepreise steigen. Auch würde nach DUH-Einschätzung die Bilanz durch einen „deutlich stärkeren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs“ verbessert.

Das ist keine realitätsferne Forderung ohne Alltagsbezug: Für den Ausbau des ÖPNV haben mehrere lokale Bremer Initiativen gerade erst 7.000 Unterschrif-

ten als einen ersten Schritt einer Volksgesetzgebung gesammelt, die auch die Finanzierbarkeit im Blick hat. Eine von der DUH empfohlene „flächendeckende Parkraumbewirtschaftung“ würde per Klimaschutz sogar Geld in die kommunalen Kassen spülen.

Auch mit diesem Vorschlag greift sie ein in Bremen sehr präsenten Thema auf: Anwohner*innen hatten das Recht auf begehbarer Fußwege in ihrer Straße eingeklagt – und vom Bundesverwaltungsgericht zugesprochen bekommen.

Nicht ganz zwei Jahre später fängt die Landesregierung gerade an, dieses Urteil aus dem Jahr 2024 umzusetzen und den von Autos okkupierten Stadtraum wieder ein bisschen mehr für Menschen zu öffnen. Da könnte durchaus mehr Tempo rein.

Von offizieller Seite gab's am Mittwoch noch keine inhaltlichen Stellungnahmen. „Sobald dem Senat die Klage offiziell zugestellt wurde, setzen wir uns natürlich intensiv mit der Klageschrift auseinander“, teilte die seit Herbst amtierende Umweltsenatorin Müller der taz mit. „Unser Ziel bleibt weiterhin, die Klimaziele zu erreichen.“ Daher arbeite man im Senat „weiter daran, zusätzliche Maßnahmen zu identifizieren und die bereits beschlossen zu beschleunigen“.

Vier Tage, zwei Brandanschläge, ein Haus

Nach zwei Anschlägen auf das Haus geflüchteter Familien in Bremen haben diese Angst vor weiteren Angriffen. Die Solidarität vor Ort macht ihnen Hoffnung

Von Aljoscha Hoepfner

Die Bewohner:innen haben Angst. Nach zwei Anschlägen auf das Haus geflüchteter Familien in Bremen-Sebaldsbrück fordern die Betroffenen Aufklärung. Insgesamt zehn Menschen wohnen in dem Haus in der Zeppelinstraße, das vor etwas über einer Woche Ziel der Anschläge wurde. Es handelt sich um zwei geflüchtete Familien, eine syrische und eine jesidische, darunter sieben Kinder von denen die meisten unter zehn Jahre alt sind.

Fotos der Fassade zeigen den Ruß, den die Brandsätze hinterlassen haben. Der erste Anschlag ereignete sich am 27. Juli. Laut Polizei sollen es zwei Personen gewesen sein, die gegen 23 Uhr die beiden Molotowcocktails gegen das Haus warfen. Vorbeifahrende Zeugen haben die Tat beobachtet und durch hupen auf das Feuer aufmerksam gemacht. Anwohner konnten es löschen. Die beiden Täter sollen zu Fuß geflüchtet sein.

Nur vier Tage später folgte der zweite Anschlag. Laut Polizei hat ein Zeuge erneut gegen 23 Uhr einen lauten Knall wahrgenommen und beim Blick aus dem Fenster im Kiesbett vor dem Haus eine etwa einen Meter hohe Flamme gesehen. Er habe wieder zwei flüchtende Personen beobachtet, so die Polizei. Alarmierte Polizei-

kräfte konnten das Feuer löschen.

Der taz liegt ein Video vor, das die Situation kurz nach einem der Anschläge zeigt. Das Fenster auf ungefähr zwei Metern Höhe, neben dem die Brandsätze den Rußspuren nach anscheinend unmittelbar aufschlugen, steht auf Kipp. Auf dem Boden vor dem Haus brennen die Überreste der Molotowcocktails.

Mehrere Personen reden hektisch durcheinander und laufen offenbar geschockt auf dem Bürgersteig hin und her, darunter ein Kind und eine Frau mit einem Kleinkind auf dem Arm.

Als erstes berichtete Buten un Binnen über den Fall. Dem Magazin gegenüber sagten die Bewohner:innen, dass sich das Feuer beim zweiten Anschlag bis ins Haus gefressen habe und eine Gardine in Brand geraten sei. Sie konnten das Feuer jedoch rechtzeitig löschen, bevor es sich weiter ausbreitete.

Die Familien berichten, sie hätten beim ersten Anschlag zwei, beim zweiten drei mutmaßlich junge Männer gesehen. Man habe sie verfolgt, jedoch aus den Augen verloren.

„Beide Familien können sich aus Angst und Sorge nicht vorstellen, weiter in dem Haus zu wohnen“, erzählt Nazanin Ghafouri vom Flüchtlingsrat Bremen. Sie steht im engen Austausch mit den Betroffenen: „Als wir sie besucht ha-

ben, waren sie in einem sehr schlechten Zustand. Die Augen der Erwachsenen waren komplett rot, weil sie nachts nicht schlafen konnten.“ Besonders die Kinder seien verängstigt und fürchten sich vor weiteren Angriffen.

Der Flüchtlingsrat hat am Montag eine Spendenkampagne gestartet, um den Betroffenen vorübergehend eine andere Unterkunft zu ermöglichen und Anwaltskosten zu bezahlen. Durch den rechtlichen Beistand erhoffen sich die Familien, die Ermittlungen vorantreiben und die Anschläge vollständig aufarbeiten zu können.

Über 200 Personen haben sich inzwischen an der Spendenkampagne beteiligt

Daneben ist laut Flüchtlingsrat nun eine psychologische Betreuung und Traumahilfe für die Kinder und Erwachsenen wichtig, um die emotionalen Folgen der Anschläge zu bewältigen. Über 200 Personen haben sich inzwischen an der Spendenkampagne beteiligt.

Neben den Geldspenden gebe es auch vor Ort große Unterstützung, sagt Ghafouri: „Es zeigen sich extrem viele

Menschen solidarisch. Das ist das, was der Familie ein Stück weit Hoffnung gibt.“

Nicht nur die betroffenen Familien seien weiter verängstigt. „Das Motiv hinter den Anschlägen ist bisher nicht geklärt. Aber selbstverständlich haben jetzt vor allem migrantisch gelesene Personen Angst“, berichtet Ghafouri.

Die Polizei Bremen ermittelt noch und ruft Zeugen dazu auf, sich zu melden. Zum aktuellen Stand der Ermittlungen und möglichen Motiven wollte sie sich aus „ermittlungstaktischen Gründen“ vorerst nicht weiter äußern.

Die Anschläge beschäftigen auch die Politik. „Als Linke sind wir schockiert, dass es inmitten von Bremen gleich zu zwei Brandanschlägen hintereinander auf dasselbe Gebäude und damit auf migrantische Familien gekommen ist“, sagt Nelson Janssen, der Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecher. „Alles deutet darauf hin, dass es sich dabei um rassistische Anschläge handelt.“

Die Betroffenen verdienen nun schnellstmögliche und gründliche Aufklärung und erhöhten Schutz: „Verständlicherweise ist auch die Nachbarschaft beunruhigt“, sagt Janssen. „Wir erwarten daher eine enge Kommunikation mit den Betroffenen und dem Wohnumfeld, um Sicherheit zu gewährleisten.“

Nicht Feuer gefangen: Brandspuren am Haus der Geflüchteten
Foto: Flüchtlingsrat Bremen

herangekrochen

Der schleimige Traum des höheren Managements

Die hundsgemeine Wegschnecke verwüstet Blumenkohl und wird Hass ernten. Doch hat auch sie Tugenden. Und wahre Größe wäre, ihr mit Liebe zu begegnen

Nacktschnecken zu hassen, ist trivial, aber schwer zu vermeiden. Wüsste irgendjemand, wie mit ihnen zu reden ist? Allein der Blick auf den Blumenkohl versetzt einen Stich ins Herz: Er sieht aus wie ein merkwürdig blassgrüner Bonsai-Kameldornbaum in der namibischen Wüste, bloß höhnisch von einem Schneckenkragen umgeben, den keine Moluske überwindet.

Keine, außer Arion vulgaris, jenes phänomenale Weichtier, das zwischendurch in Deutschland den Namen „Spanische Wegschnecke“ trug. Dabei kommt es überall in Europa vor, außer in Spanien.

Arion vulgaris erinnert äußerlich, also in Farbe und Form, an die Kackwurst eines wegen Girardienbefalls auf Karottendiät gesetzten Cockerspaniels. Sie bewegt sich aber deutlich schneller, in alle Richtungen und über alle Hindernisse hinweg. Wer sie im Garten einsammelt, sollte den Eimer nie länger als 30 Sekunden aus dem Auge lassen!

Sie frisst alles, was angebaut werden soll, und lässt alles andere, und sei es noch so zart, einfach stehen. Vielleicht wäre es ratsam, auf Gierschkultur umzuschwenken, den sie verschmäht; eine Quiche à l'égopode oder Cannelloni alla castalda sind ja auch lecker. Aber wahrscheinlich würde sich dieser Urmund dann auf dessen Keimlinge wälzen, statt Zucchini- und Zichorientriebe wegzuzuteln.

Von dieser Kackschnecke wird oft behauptet, dass es sie früher nicht gab. Das ist falsch. Ihrem Erfolg geht aber ein irre langer Anlauf voraus: Aus dem Haus der Achatschnecken ist sie laut Genanalyse bereits vor 126 Millionen Jahren ausgezogen. Außerdem aber hat die Sequenzierung durch Zeyuan Chen 2022 an der Zoologischen Staatssammlung München ergeben, dass drei Viertel ihres Genoms mobil sind.

Das heißt, sie hat es in der DNA, auf veränderte Markt-, Standort- oder Umweltbedingungen wie trockene Sommer oder bittere Blätter spätestens in der nächsten Eiablage zu reagieren. Sie strukturiert sich einfach um. Sie verkörpert also die neoliberalen Kerntugenden Flexibilität und Anpassungsfähigkeit in einem Maße, von dem das gehobene Management nur träumen kann.

Teamfähig ist sie auch: So hat Schneckenfarmerin Monika Samland beobachtet, wie sich eine Arion-vulgaris-Bande auf eine Weinbergsschnecke gestürzt, ihr Gehäuse geentert und sie dann von innen heraus aufgefrassen hat. Konkurrenz wie die Rote Wegschnecke (Arion rufus), aber auch die grünlich-graue gemeine Gartenwegschnecke (Arion distinctus) beseitigt sie noch gründlicher, vermutlich durch einen Mix aus Kannibalismus und (möglicherweise erzwungenem) Sex.

Und den Menschen hat sie so weit domestiziert, dass er ihre Ausbreitung fördert, indem er sie absammelt und dann eine ganze Peergroup ein paar 100 Meter weiter wieder aussetzt, für die sie sonst zwei Tage hätte wandern müssen.

Vielleicht ist das die Erklärung für ihren Namen. André Étienne de Férussac, vielleicht aber auch schon sein Vater, hat Anfang des 19. Jahrhunderts durchgesetzt, dass die Gattung der Wegschnecken nach der halb historischen, halb mythischen Figur des Arion benannt wurde. Der war ein Kitharöde, also ein Singer und Songwriter im antiken Griechenland, und soll um 600 v. u. Z. gelebt haben. Seine Werke sind nicht überliefert. Für sein Leben dienen Herodots Geschichten als Hauptquelle.

In denen steht, wie die korinthische Mannschaft des von Arion gecharterten Segelschiffs ihn zwecks Raubs überfällt. Er darf wählen: Kehlschnitt vom Käpt'n oder ein suicidaler Sprung ins Meer. Arion wählt Letzteres, stimmt ein letztes Lied an – und hopst dann auf den Rücken eines der Delphine, die der Wohlklang seiner Leier angelockt hat. Gerettet!

Ach, wie bewundernswert ist de Férussac! In seinen agronomischen Kompendien sinnt der Baron zärtlichst über die erstaunliche Vielzahl und Beschaffenheit von Kohlsorten nach, und doch verleiht er deren ärgsten Feinden den Namen eines Sängers, der alle Welt durch seine Kunst bezwingt. Das ist wahre Größe, denke ich jeden Morgen, wenn ich, auf Rat des Umweltbundesamts, die abgesammelten Schnecken mit einem Schwall kochenden Wassers übergieße, auch wenn es sich mies anfühlt. Benno Schirrmeyer



das wird

„Bei uns tastet man sich durch die Vereinsgeschichte“

Ausstellung „Keep Your Mind Wide Open“ macht Blindenfußball fühl- und hörbar. Kuratorin Lisa Jenkel über Meisterschalen zum Anfassen

Interview Noel Urcan

taz: Frau Jenkel, die Blindenfußball-Abteilung des FC St. Pauli wird in diesem Jahr 20 Jahre alt – eine wahre Erfolgsgeschichte. Wie hat das angefangen?

Lisa Jenkel: Katja und Michael Löffler haben die Abteilung 2006 gegründet, als eines der ersten zwei Blindenfußball-Teams in Deutschland überhaupt. Die Blindenfußball-Abteilung war Gründungsmitglied der Blindenfußball-Bundesliga und hat seitdem vier Meisterschaften geholt. International kommen der Sieg beim Bucovice Blind Football Cup und beim eigenen Masters-Turnier dazu, das sind die beiden wichtigsten europäischen Turniere. Und auch einzelne Spieler*innen sind ausgezeichnet worden: Serdal Celebi hatte 2018 das Tor des Monats August, Thoya Küster wurde 2022 als Hamburger Sporttalent ausgezeichnet, Jonathan Tönsing war 2017 Torschützenkönig und Spieler der Saison in der Liga.

taz: Es geht ja nicht nur um Wettkampf, sondern auch um Sensibilisierungsarbeit. Wie sieht die aus?

Jenkel: Die Blindenfußball-Abteilung geht mit ihrem Programm „Check Voy!“ in Hamburger Schulen. Das hat sie im Rahmen der Uefa Euro 2024 gestartet, gefördert von der Active City Hamburg und der Alexander-Otto-Stiftung. Blindenfußballer*innen und Trainer*innen kommen mit ihrem Sportmaterial vorbei und trainieren eine Doppelstunde lang Blindenfußball, kostenlos. Die Schule muss nur im Stadtgebiet liegen und möglichst eine Sporthalle oder einen Kunstrasenplatz haben. Allein 2024 haben so schon über 1.200 Kinder selbst Blindenfußball gespielt. Über den Bundesligabetrieb hinaus engagiert sich die Abteilung mit Sensibilisierungstrainings und Fortbildungsangeboten, um Barrieren abzubauen.

taz: Was macht die Ausstellung zu mehr als einer klassischen Vereinsgeschichte an der Wand?

Jenkel: Sie ist inklusiv, interaktiv und barrierefrei konzipiert. Ein Handlauf führt als Leitsystem durch den Raum, mit Symbolen: Ein Ohrsymbol markiert Hörstationen, ein Handsymbol taktile Stationen, etwa Bälle oder eine taktile Taktiktafel. Alle Texte und Bilder sind vertont, inklusive Bildbeschreibung, und am Anfang gibt es eine Audiodeskription des ganzen Raums – alles über Hörmuscheln zugänglich. Dazu kommen ein Spielfeld, auf dem man mit Dunkelbrille selbst Blindenfußball ausprobieren kann, und VR-Brillen mit einer Spielsequenz, erst nur als Audio vom Spielfeld, dann mit Audiodeskription und als Video zum Ansehen.

taz: Eine Meisterschale zum Anfassen, das klingt ungewöhnlich für ein Museum.

Jenkel: Ist es auch, die Schale von 2017 haben wir nachbauen lassen, extra zum Anfassen. Gleichzeitig zeigen wir alle vier Original-Meisterschalen in der Ausstellung.

taz: Wer hat bei diesem inklusiven Konzept mitgewirkt und zusammengearbeitet?

Jenkel: In erster Linie haben das FC St. Pauli-Museum und die Blindenfußball-Abteilung zusammengearbeitet. Der Blinden- und Sehbehinderten-Verband Hamburg wurde dann als Beratungspartner hinzugezogen.

taz: Das Museum und die Blindenfußball-Abteilung, wie hängen die eigentlich zusammen? Und wie lange hat die Vorbereitung in etwa gedauert?

Jenkel: Das ist eine Kooperation, keine Personalunion. Das FC St. Pauli-Museum ist ein eigenständiger Verein, getrennt vom Fußballverein FC St. Pauli selbst. Die Idee zur Ausstellung und erste Planung, auch mit Blick auf Fördergelder, kamen schon 2022. Damals sind auch die ersten Objekte ins Archiv aufgenommen worden. Die intensive Vorbereitungsphase lief dann noch mal sechs Monate, seit etwa Februar 2026.

taz: Die Ausstellung ist seit Kurzem eröffnet. Wie war die Resonanz seitdem?

Jenkel: Sehr positiv, vor allem wegen der inklusiven und interaktiven Konzeption. Besucher*innen fanden es toll, den Sport selbst ausprobieren zu können und dass blinde und sehbehinderte Gäste die Ausstellung und ihre Inhalte barrierefrei erfahren können. Die Ausstellung ist vor allem eine Hommage an die Arbeit der Blindenfußball-Abteilung, an das Zusammenspiel blinder und sehbehinderter Spieler*innen mit sehenden Torhüter*innen, Guides, Trainer*innen und Schiedsrichter*innen, das schon auf dem Platz gelebte Zusammenarbeit und Inklusion zeigt.

Das Wörtchen Landrat muss bald gestrichen werden: Selbst wenn Marcel Riethig wiedergewählt würde, dürfte er wohl das Amt nicht wahrnehmen

Foto: Swen Pförtner/dpa



Suspendierter Landrat bleibt in der Schwebe

Das Disziplinarverfahren gegen den Göttinger Landrat Riethig zieht sich bis nach der Kommunalwahl hin. Selbst bei einer Wiederwahl wäre ihm das Amt dann verwehrt

Von Reimar Paul

Die Perspektiven des vorläufig suspendierten Göttinger Landrats Marcel Riethig erscheinen eher düster. Weil sich das vom niedersächsischen Innenministerium gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren voraussichtlich bis nach der Kommunalwahl am 13. September hinzieht, dürfte der 43-jährige selbst im Fall seiner Wiederwahl das Amt als hauptamtlicher Kreischauschef nicht antreten.

Nach seinem Austritt aus der SPD kandidiert er bei der Wahl als parteiunabhängiger Kandidat. Neben dem Disziplinarverfahren sieht sich Riethig auch mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue konfrontiert.

Die Verfahren gegen Riethig waren im Februar ins Rollen gekommen. Damals hatten 16 Führungskräfte der Göttinger Kreisverwaltung, darunter die drei Dezernent:innen, eine von lokalen Medien als „Brandbrief“ bezeichnete Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Landrat bei der im Innenministerium ansässigen Kommunalaufsicht eingereicht.

Das in einer Akte von mehreren Hundert Seiten gebündelte Schreiben enthielt eine Liste mit 28 massiven Vorwürfen. Dazu zählten Vetternwirtschaft, Machtmissbrauch, die Nötigung von Mitarbeitenden zu rechtswidrigem Handeln sowie die Schaffung eines „Klimas der Angst“.

Konkret soll Riethig etwa eine strategisch wichtige Position in der Verwaltung gezielt mit einem Freund besetzt und Entscheidungen systematisch zum eigenen Nutzen oder zum Vorteil ihm nahestehender Personen getroffen haben. Vorgeworfen wird ihm eigenmächtiges Vorgehen beim Bau einer Behelfsbrücke für Radfahrer, das bewusste Umgehen von Vergabevorschriften sowie gesetzlicher Bau- und Planungsregeln.

Die Spitzenbeamten berichten auch von systematischem Druck, Einschüchterungsversuchen und dem öffentlichen Bloßstellen von Mitarbeitern. Der psychische Druck soll so massiv gewesen sein, dass er zu Kündigungen und

psychischen Erkrankungen in der Belegschaft führte. Mehrere Dutzend weitere Beschäftigte, darunter viele in leitenden Positionen, schlossen sich in der Folgezeit dem Protest gegen ihren Chef an. Riethig hat alle Anschuldigungen

Beweise gesichert und Zeuginnen und Zeugen vernommen.

Teilweise ruhe das Verfahren, weil Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgewartet werden müssten. Sollte das Disziplinarverfahren die Kommunal-

Die Spitzenbeamten berichten auch von systematischem Druck, Einschüchterungsversuchen und dem öffentlichen Bloßstellen von Mitarbeitern

gen teils ausführlich bestritten. In mehreren Stellungnahmen und Interviews – unter anderem in seinem Internetauftritt – warf er seinen Kritikern vor, die Vorwürfe überspitzt zu haben. Er argumentiert, dass seine Entscheidungen stets darauf abzielten, bürokratische Prozesse zu beschleunigen und Genehmigungsverfahren im Sinne der Bürger zu vereinfachen. Er räumt lediglich ein, ein fordernder und „nicht bequemer Chef“ zu sein.

Daraufhin reagierten wiederum die Führungskräfte mit einem offenen Brief und erklärten, Riethig mache sich der Verleumdung und üblen Nachrede schuldig. Beide Konfliktparteien, also Riethig und die Führungskräfte im Kreishaus, lassen sich anwaltlich vertreten.

Am 17. März entthob das Innenministerium in Hannover Riethig vorläufig des Dienstes. Gleichzeitig leitete das Ministerium ein Disziplinarverfahren wegen des Verdachts auf Dienstvergehen ein. Dieses Verfahren bezieht sich auf 12 der 28 Vorwürfe, die in dem Schreiben an das Ministerium aufgelistet sind. Die vorläufige Suspendierung ist dabei dem Ministerium zufolge „nicht als Sanktion“ zu verstehen, sondern diene der Sicherung des ordnungsgemäßen Verfahrens.

Anfang August erklärte Landesinnenministerin Daniela Behrens (SPD) nun, dass das Verfahren aufgrund seiner hohen Komplexität mehr Zeit als zunächst gedacht in Anspruch nehme. Es sei nicht wahrscheinlich, dass man vor der Kommunalwahl zu einem Ergebnis komme. Es würden weiterhin Akten angefordert,

sind noch nicht abgeschlossen. Wann es so weit ist, kann die Staatsanwaltschaft derzeit nicht sagen.

Seinen Austritt aus der SPD hatte Riethig nach 25 Jahren Mitgliedschaft am 27. April verkündet. Dabei kritisierte er die Parteispitze für deren mangelnde Solidarität während des laufenden Disziplinarverfahrens. Der SPD-Unterbezirk Göttingen hatte ihm zuvor öffentlich die Unterstützung entzogen.

Für die Wahl zur Landrätin haben die Sozialdemokraten die promovierte Historikerin Ulrike Witt aufgestellt. Sie hat betont, dass sie die Kreisverwaltung nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen führen, sondern mehr auf Dialog und Vertrauen setzen will – und sich damit deutlich von Marcel Riethig abgrenzt.

Anzeige

